

NORDDEUTSCHE BANK

AKTIENGESELLSCHAFT



GESCHÄFTSBERICHT *für das Jahr 1953*

TAGESORDNUNG

für die am Freitag, dem 9. April 1954, 12 Uhr,

im Großen Sitzungssaal unseres Hauses Hamburg 11, Adolphsplatz 7, stattfindende

ORDENTLICHE HAUPTVERSAMMLUNG

I

Vorlage des Jahresabschlusses und Geschäftsberichts für das Jahr 1953
mit dem Bericht des Aufsichtsrats

2

Feststellung des Jahresabschlusses und Beschlußfassung
über die Gewinnverteilung

3

Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats
für das Jahr 1953

4

Festsetzung der Vergütung für den ersten Aufsichtsrat
für das Jahr 1953
und die Zeit vom 1. 1. bis 9. 4. 1954

5

Beschlußfassung über Aufhebung des § 9 Absatz 1, Satz 3-5 der Satzung
(Fortfall des turnusmäßigen Ausscheidens von Aufsichtsratsmitgliedern)

6

Neuwahlen zum Aufsichtsrat gemäß Aktiengesetz § 87 III

7

Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1954

AUFSICHTSRAT

Dr. EDGAR WIEGERS, Hamburg, *Vorsitzer*

KURT BEINDORFF, Hannover, *stellvertretender Vorsitz*

GEORG WALDTHAUSEN, Bremen, *stellvertretender Vorsitz*

HERMANN HELMS jr., Bremen

Dipl.-Ing. HERBERT MUNTE, Braunschweig

BERNHARD H. NIEHUES, Nordhorn

Bürgermeister a. D. RUDOLF H. PETERSEN, Hamburg

ERNST LA PIERRE, Hamburg

ERNST RUSS, Hamburg

JOACHIM v. SCHINCKEL, Hamburg

als Vertreter der Arbeitnehmer:

WILLI AUGNER, Hamburg

ALFRED BOEHM, Bremen

HERMANN DEHARDI, Hannover

EDMUND HERBST, Hamburg

WILLI HOOPS, Hamburg

VORSTAND

ERICH BECHTOLF

Dr. KARL KLASSEN

FRANZ HEINRICH ULRICH

DIREKTOREN DER GESAMTBANK MIT GENERALVOLLMACHT

GEORG BELTERMANN, Hannover · MANFRED OHEIMB VON HAUENSCHILD, Bremen

DIREKTOREN DER HAUPTNIEDERLASSUNG HAMBURG

HEINZ ARNAL · Dr. WALTER CRÜGER · Dr. JOHANNES FESKE · ERNST FREIER
FRANZ SCHMIDT · OCTAVIO SCHROEDER · GEORG STEINMANN

stellvertretend:

WILHELM HOPP · Dr. ANDREAS KLEFFEL · ALBERT NIEMANN

DIREKTOREN DER NIEDERLASSUNGEN

Alfeld (*Leine*)

RUDOLF MEYER

Braunschweig *

ERICH OSTERKAMP

Dr. OSKAR SCHÖFFLER

HANS WITSCHER, *stellvertretend*

Bremen *

MANFRED OHEIMB VON HAUENSCHILD

Dr. PAUL WITTING

ADOLF MUSS, *stellvertretend*

Dr. KARL-EBERHARD SCHORR, *stellvertr.*

Bremerhaven

CARL HELLING

Celle

RUDOLF BÜTEMEISTER

Einbeck

OSKAR KEHRER

Göttingen

Dr. MAX FIEDLER

Goslar

GEORG NEUGEBAUER

Hameln

HERBERT PERSITZKY

Hannover *

GEORG BELTERMANN

ERNST RUNGE

Dr. WERNER ANDERS, *stellvertretend*

HERBERT MACKUTH, *stellvertretend*

Hamburg-Altona

ARTUR NOUVEL, *Leiter*

Hamburg-Harburg

WALTER HANSEN, *stellvertretend*

Hildesheim

KURT DENECKE

PAUL SCHOLZ

Itzehoe

CARL ARFSTEN

Lübeck

Dr. ERNST SAND

Lüneburg

THEODOR BARKE

Nordhorn

PAUL GROTHAUS

Osnabrück *

FRANZ LEIFFOLTS

HANS RICHTER

ADOLF BARCHEWITZ, *stellvertr.*

Osterode (*Harz*)

ADOLF BRACKEBUSCH, *Leiter*

Salzgitter-Bad **

AUGUST KITTSCHER, *Leiter*

Salzgitter-Watenstedt

AUGUST KITTSCHER, *Leiter*

Verden (*Aller*)

ALFRED JENTZSCH, *Leiter*

Wolfenbüttel

LOUIS RODENSTEIN

Wolfsburg

ERNST BOLLMANN, *Leiter*

* *Hauptfiliale*

** *wird demnächst eröffnet*

GESCHÄFTSBERICHT DES VORSTANDES

I

Die *wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik* im Jahre 1953 hat zwar nicht auf allen Gebieten den gehegten Erwartungen entsprochen, stand aber, als Ganzes genommen, im Zeichen weiteren Wachstums und hoher Aktivität. Die Zunahme des Sozialprodukts lag mit 5-6% über der normalen Wachstumsrate, die ein Land mit zunehmender Bevölkerung zur Aufrechterhaltung seines Lebensstandards braucht. Innerhalb des Volkseinkommens hat sich der Anteil der Arbeitnehmer erhöht, während das Einkommen der Selbständigen und der Kapitalgesellschaften relativ gesunken ist.

Der Anstieg von *Investition* und *Verbrauch* war nicht einheitlich. Im Verlauf des Jahres wurde die Beschäftigung stärker vom Verbrauch getragen, während von dem Bereich der Investitionsgüterindustrien schwächere Antriebskräfte ausgingen. Die Beschäftigung dieser Industrien würde sich fühlbarer verschlechtert haben, hätte sie nicht durch Auslandsaufträge eine starke Stütze erfahren. Wohl ist der Bedarf der Wirtschaft an Investitionen, weniger für Vermehrung der Erzeugungskapazitäten als für kostensparende Rationalisierungen, unvermindert hoch, doch stieß seine Befriedigung auf die Grenzen, die durch die Möglichkeiten der Kapitalversorgung gezogen waren. Eine Ausnahme stellte das Gebiet der Bauinvestitionen dar, vornehmlich der Wohnungsbau, der auf der Grundlage einer ausreichenden Bereitstellung langfristiger Kapitalmittel aus öffentlicher und privater Hand zur Steigerung von Produktion und Beschäftigung wesentlich beitrug. Die Bauwirtschaft wird als Schlüsselgewerbe auch weiterhin ihre Bedeutung als dauerhafte Stütze der Konjunktur behalten.

Bemerkenswert für die Gesamtentwicklung im Berichtsjahr war auch die Schaffung einer beträchtlichen Zahl neuer Arbeitsplätze bei gleichzeitig nicht unbeträchtlicher Erhöhung der *Produktivität*. Die je Arbeiterstunde erbrachte Leistung nahm wie schon im Vorjahr erneut um rd. 5% zu. Dieser Erfolg darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch in den kommenden Jahren noch eine erhebliche Steigerung der Produktivität erforderlich ist. Auch der Abbau einer in manchen Wirtschaftszweigen vorhandenen Übersetzung wird unvermeidlich werden.

Verstärkter Übergang zur Mengenkongunktur, ausgeglichene Preisentwicklung, gesteigerte Beschäftigung und erhöhte Einkommen bieten ein *Gesamtbild fortschreitender wirtschaftlicher Konsolidierung*. Was noch zu tun bleibt, ist die Beseitigung oder Milderung von Gegensätzlichkeiten und Widersprüchen, die das System unserer Marktwirtschaft

nach wie vor aufweist. An erster Stelle steht hier unverändert die Forderung, daß der Staat aufhört, die eigene Unternehmertätigkeit auszubauen, sie vielmehr abbaut. Hinzu muß der Verzicht auf alle irgend entbehrlichen Lenkungs Eingriffe treten.

Ordnung von Kapitalmarkt und Wohnungswirtschaft sowie Finanz- und Steuerreform sind die eng untereinander verbundenen Probleme, deren Lösung dringlich bleibt. An erster Stelle muß ein Abbau des Steuerdrucks stehen, der mit Wagemut weit genug geht, um den Weg zur Lösung aller übrigen Fragen frei zu machen. Insbesondere wird die Kapitalmarktfestigung nur erreichbar sein, wenn ihr die Steuerreform ein Fundament von genügender Breite schafft. Zwar hat im Berichtsjahr die Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes erheblich zugenommen. Der Gesamtbetrag der abgesetzten Wertpapiere stieg von 1,6 Mrd. DM im Jahre 1952 auf 3,1 Mrd. DM im Jahre 1953 und war damit fast doppelt so hoch. An den Markt können nunmehr größere Ansprüche gestellt werden. Auch die Aussichten für eine Senkung des Zinsfußes haben sich verbessert. Wie die bei einer Reihe von Industrieanleihen erzielten Erfolge bewiesen haben, ist bei einer den Marktverhältnissen richtig angepaßten Ausstattung und bei Vermeidung einer Überbeanspruchung eine glatte Unterbringung möglich. Besonders erfreulich war auch die Entwicklung der Spareinlagen, deren Jahreszuwachs rd. 3,8 Mrd. DM erreichte und damit – gemessen an Kaufkraft und Bevölkerungszahl – alle in der Vorkriegszeit erzielten Erfolge übertraf.

Dieser günstige Gesamteindruck wird jedoch durch die folgenden Tatsachen erheblich abgeschwächt. Die gesetzgeberischen Maßnahmen haben sich bislang als recht unvollkommene Mittel zur Förderung des Kapitalmarktes erwiesen. Die *öffentliche Hand* nahm die Vorzugsstellung, die ihr das *Kapitalmarktförderungsgesetz* gab, weit stärker in Anspruch, als es zur Finanzierung der staatlichen Investitionen notwendig gewesen wäre. Rund 40 % des Wertpapierabsatzes entfielen auf Anleihen der öffentlichen Hand und auf Kommunal-Obligationen. Dabei kam es sowohl beim Bund wie bei manchen Gebietskörperschaften zur Hortung von Kapitalmarktmitteln, die der dringend kapitalbedürftigen Wirtschaft fehlten. Diese ernststen Störungsfaktoren lassen sich für die Zukunft vermeiden, wenn die öffentliche Hand ihre Investitionen nicht mehr durch Steuern, sondern nur noch durch Anleihen finanziert, sich die Mittel nicht früher beschafft als sie tatsächlich gebraucht werden und darauf verzichtet, die Wettbewerbsbedingungen zum Nachteil der privaten Wirtschaft zu verschieben. Schließlich gilt es zu erreichen, daß der Staat seine Investitionen mehr und mehr auf den öffentlichen Bereich beschränkt und daß nicht fortgesetzt weiteres öffentliches Eigentum aus Steuermitteln gebildet wird.

Das Ergebnis des Kapitalmarktförderungsgesetzes war auch deshalb enttäuschend, weil dieses Gesetz in der steuerlichen Begünstigung der Zinserträge sehr weit ging und dennoch der überwiegende Teil der gesetzlich geförderten Emissionen nicht in die Hand privater Anleger gelangte, sondern von Kapitalsammelstellen und anderen Großzeichnern übernommen wurde.

Schließlich vollzog sich die Wiederbelebung des Kapitalmarktes ohne die Einschaltung der *Aktie*. Ihr Anteil an den Wertpapieremissionen betrug 1953 nur 9 %, die überdies den Kapitalmarkt größtenteils überhaupt nicht berührt haben. Alle Bemühungen um die *Aktie* sind bisher an fiskalischen Überlegungen gescheitert, obwohl der Rückgang der Selbstfinanzierung als Folge verminderter Unternehmungsgewinne die Ansprüche an den

Kapitalmarkt hat wachsen lassen. Es gilt, eine ausreichende Versorgung der gewerblichen Wirtschaft mit verantwortlichem Eigenkapital und damit ein angemessenes Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdmitteln bei den Unternehmen wiederherzustellen.

Das Jahr 1953 brachte als Folge der *Überschüsse des Außenhandels*, die in Höhe von 2,5 Mrd. DM das Ergebnis einer Zunahme der Exporte bei etwa gleichbleibendem Wert der Importe waren, eine weitere Festigung des Außenwertes unserer Währung. Besonders hervorgehoben zu werden verdient, daß von den noch um rd. 1 Mrd. DM höheren Gesamtüberschüssen im Zahlungsverkehr mit dem Ausland fast 68% in Gold oder US-Dollar anfielen. Schon dieser Umstand macht deutlich, daß die Gläubigerposition der Bundesrepublik nicht etwa überwiegend eine den deutschen Interessen im Grund schädliche Kreditgewährung an devisenschwache Länder darstellt. Doch auch das Ausmaß der Kreditgewährung an die EZU, die Ende 1953 460 Mill. \$ – das sind 14% eines Jahresexportes in die EZU-Länder – erreichte, erscheint nicht bedenklich.

Die Erzielung des hohen Aktivsaldos der Zahlungsbilanz, dessen Niederschlag die Anreicherung des Devisenfonds darstellt, ist nicht ohne Schattenseiten geblieben. Sie bestehen vornehmlich in der erheblichen *Geldschöpfung*, die durch das Zentralbanksystem Hand in Hand mit der Erhöhung der Devisenreserven vorgenommen werden mußte. Sie hat zu einem starken Abfluß von Zentralbankgeld in die Wirtschaft geführt und wesentlich zu der Erhöhung des Geldvolumens um annähernd 4 Mrd. DM beigetragen. So ergab sich eine Verflüssigung des Geldmarktes, die von der Außenwirtschaft her auf die Inlandsentwicklung einwirkt. Im Verlauf des Berichtsjahres wurde in 2 Etappen eine Senkung des Diskontsatzes auf 3½% vorgenommen. Gleichzeitig stieg bei verbilligten Kreditkosten der Gesamtbetrag der kurzfristigen Kredite an Wirtschaft und Private ununterbrochen weiter an. Die Ausweitung des Geldvolumens hat *keine Gleichgewichtsstörungen* zwischen Geld- und Güterseite der Wirtschaft zur Folge gehabt, war sogar eher mit einer leichten Tendenz zu Preisrückgängen verbunden. Die hier angedeuteten Zusammenhänge werfen eine Reihe nicht leicht zu lösender Probleme auf, die nicht zuletzt auch für das Bankgewerbe von großer Bedeutung sind.

Der inzwischen von der Bundesrepublik aufgenommene *Transfer* im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens, die Inanspruchnahme von EZU-Guthaben zur Realisierung des Israel-Vertrages, weitere Maßnahmen zur Liberalisierung im Waren- und Dienstleistungsverkehr, schließlich Transferlockerungen für das ausländische Kapital und seine Erträge, dürften die weitere Stärkung der Bundesrepublik als Gläubigerland in Zukunft zumindest stark verlangsamen. Das wird sich wahrscheinlich auch im Handelsverkehr mit einer Anzahl der an die Bundesrepublik verschuldeten Weichwährungsländer zeigen mit den sich daraus ergebenden positiven Auswirkungen für die Kontinuität unseres Außenhandels mit diesen Ländern. Im übrigen könnte aber die Entwicklung der deutschen Devisenbilanz auch einmal eine Verschlechterung erfahren, z. B. durch Veränderungen im Verhältnis der Preise von eingeführten Rohstoffen und ausgeführten Fertigwaren, wobei sich dann der hohe Wert der inzwischen angesammelten Währungsreserven erweisen würde.

Die vorgenommenen und noch zu erwartenden Lockerungen im Transfer von Kapitalerträgen haben zu einem beträchtlichen Anstieg der *Sperrmarkkurse* geführt. Der

Kurs stieg in Zürich im Laufe des Berichtsjahres um rd. 20% auf 77 sfrs. und hat sich inzwischen weiter dem Paristand genähert. Im Zuge dieser Entwicklung ist es auch zu einer erhöhten Bereitschaft von Sperrmarkbesitzern und ausländischen Anlegern gekommen, ihre Guthaben in der Bundesrepublik in Wertpapiere umzuwandeln oder bereits investierte Beträge dort zu belassen. Es hat sich wieder einmal bestätigt, daß die Neigung des Kapitals, ein Land zu meiden, schwindet, wenn die Aussicht auf freie Verfügbarkeit wächst.

Für die Rückkehr zur *Konvertibilität* sind durch die günstige Entwicklung des deutschen Außenhandels, die dadurch ermöglichte Anlage einer Devisenreserve und die Transfererleichterungen wertvolle Voraussetzungen geschaffen worden. Doch bleibt es weiterhin für die Bundesrepublik entscheidend, daß sich nicht allein die übrigen Gläubigerländer, sondern insbesondere auch Großbritannien und der Sterling-Raum zur Einführung der Konvertibilität in die Lage gesetzt sehen. Erst dann kann diese gegenüber der geltenden Regelung einen wirklichen Fortschritt bringen. Alles, was in der Bundesrepublik inzwischen zur weiteren Stärkung des Vertrauens in die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, für den Abbau oder die Vermeidung diskriminierender Maßnahmen im internationalen Güter-, Geld- und Kapitalverkehr geschieht, wird zugleich dieser großen Zielsetzung förderlich sein.

II

Das Jahr 1953 brachte den Ländern unseres Arbeitsgebietes Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein im allgemeinen eine erhebliche Produktions- und Umsatzsteigerung. Die Beschäftigung in diesen Ländern konnte von Ende 1952 bis Dezember 1953 um 4,8% erhöht werden verglichen mit nur 4,3% in der gesamten Bundesrepublik. Jedoch darf man nicht übersehen, daß das Ausgangsniveau zu Beginn des Jahres zum Teil beträchtlich unter dem des Bundes lag und der Abstand in vielen Wirtschaftszweigen gegenüber dem Bundesdurchschnitt nach wie vor erheblich ist. Dieses Nachhinken der wirtschaftlichen Entwicklung spiegelte sich auch in den Produktionsindizes der Hansestädte Hamburg und Bremen wider, die im Oktober 1953 mit 129 bzw. 127 (1936=100) noch immer wesentlich hinter dem Index Westdeutschlands (170) zurückblieben. Charakteristisch ist auch die Tatsache, daß der norddeutsche Raum an der Gesamtzahl der Arbeitslosen mit 35,5%, an der Zahl der Beschäftigten jedoch nur mit 21,6% im Dezember 1953 beteiligt war.

Bei einer in etwa gleichen Gesamtsituation war das Bild in den einzelnen Wirtschaftszweigen entsprechend der verschiedenartigen Struktur der einzelnen Länder unterschiedlich. Von der gesteigerten wirtschaftlichen Aktivität konnten die norddeutschen Häfen nur in geringem Umfang profitieren. Der Hafenumschlag in Hamburg stieg – zum überwiegenden Teil als Folge verstärkten Transit-Verkehrs – um rund 8%, der von Bremen um etwa 1,3%, während u. a. die Häfen Emden und Lübeck sogar einen Rückgang im Güterumschlag in Kauf nehmen mußten. Das Wettbewerbsverhältnis zu den Benelux-Häfen

ließ nach wie vor zu wünschen übrig. Diese Entwicklung wird durch die Feststellung unterstrichen, daß der Anteil Hamburgs am Gesamtimport der Bundesrepublik zwar geringfügig von 27,5 % 1952 auf 28,4 % 1953 stieg, jedoch die Quote bei der Ausfuhr von 21,2 % auf 19,7 % zurückging.

Im Schiffsverkehr konnte die deutsche Flotte ihre Stellung weiterhin verbessern; in Hamburg war die deutsche Flagge zum ersten Mal wieder führend – eine Folge der Zunahme der Handelstonnage durch Neubauten um 400 000 BRT.

Der Schiffbau – in unserem Geschäftsbereich eine Schlüsselindustrie – vermochte im Jahre 1953 mit einer Ablieferung von nahezu 700 000 BRT ein besonders gutes Ergebnis zu erzielen. Ungefähr 43 % aller Ablieferungen der deutschen Werften gingen ins Ausland. Dieses Ergebnis darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß trotz erleichterter Materialversorgung, insbesondere mit Schiffsblechen, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Werften infolge der Material- und sonstigen Kostensteigerungen beeinträchtigt worden ist. Diese Faktoren haben im Zusammenhang mit dem Nachfragerückgang nach Schiffstonnage und dem verstärkten internationalen Konkurrenzdruck dazu geführt, daß der Ordereingang, vorwiegend bei den mittleren und kleineren deutschen Werften, im letzten Jahr besorgniserregend nachließ. Schon deshalb muß, wenn die Finanzierungsmöglichkeit über den § 7 d des Einkommensteuergesetzes mit dem 31. 12. 1954 entfällt, im Interesse des Schiffbaus der Finanzierungsweg über den Kapitalmarkt erschlossen werden.

Zu den Industriezweigen, die in Norddeutschland neben dem Schiffbau die Produktionssteigerung im wesentlichen getragen haben, zählen u. a. der Fahrzeug- und Maschinenbau, die Mineralölgewinnungs- und -verarbeitungsbetriebe, die Elektroindustrie sowie verschiedene Verbrauchsgüterindustrien. Besonders erfreuliche Erfolge konnte die Kraftfahrzeugindustrie vor allem im Raum Niedersachsen verbuchen; ihre Produktion leistete den entscheidenden Beitrag dazu, daß sich der westdeutsche PKW-Ausstoß im Jahr 1953 auf rd. 360 000 Fahrzeuge belaufen konnte.

Die Erdölgewinnung in der Bundesrepublik, eine nahezu ausschließliche Domäne unseres Kreditbereiches, wies in der gleichen Zeit wiederum eine etwa 25 % höhere Förderleistung als im Vorjahr auf, so daß nunmehr ein Drittel der in den beiden vergangenen Jahren zum Durchsatz gelangten Rohöle aus der heimischen Förderung geliefert werden konnte. An der Spitze der Felder stand erneut der Raum Hannover-Celle. An der Vergrößerung der Raffinerien war Norddeutschland ebenfalls mit einer hohen Quote beteiligt.

Außerordentlich befriedigend verlief die Entwicklung in den typischen Exportindustrien des Braunschweiger Raumes, deren Exportanteile an der Produktion die Bundesresultate hinter sich ließen.

Die Verbrauchsgütererzeugung wurde in Norddeutschland weitgehend von den generellen Auftriebstendenzen in diesem Wirtschaftszweig mit erfaßt. Weniger günstig war hingegen die Lage der eisenschaffenden Industrie des Salzgittergebietes, die von der allgemeinen Konjunkturabschwächung in dieser Branche etwas in Mitleidenschaft gezogen wurde. Dessen ungeachtet machte der Ausbau der Salzgitterindustrie weitere Fortschritte.

Die Landwirtschaft erzielte auch im vergangenen Jahr recht gute Ergebnisse; doch konnten nur bei einigen Anbauprodukten höhere Erträge als im Vorjahr verzeichnet

werden. Das gilt in erster Linie für die ungewöhnlich gute Zuckerrübenernte, die zur vollen Kapazitätsausnutzung der Zuckerfabriken führte.

Ein wesentliches Tätigkeitsfeld unseres Niederlassungsbereiches ist seit jeher das Auslands- insbesondere das Überseege­schäft. Mit wachsender Genugtuung hat unsere Kundschaft die vielfältigen Maßnahmen begrüßt, mit denen die Bundesregierung und die Bank deutscher Länder im vergangenen Jahr in konsequenter Verfolgung ihrer Liberalisierungspolitik den zwischenstaatlichen Zahlungsverkehr erleichterten. Zu diesen Schritten gehörte u. a. die Einführung amtlicher Notierungen für eine Anzahl von Währungen sowie die Zulassung des multilateralen Devisenhandels an den westdeutschen Devisenbörsen.

III

Das Volumen der kurzfristigen Ausleihungen der Kreditbanken erhöhte sich im Berichtsjahr von 6,52 Mrd. DM auf 7,26 Mrd. DM, d. h. um 11,4 %. Der Bedarf der Wirtschaft an kurzfristigen Bankkrediten ist weiterhin im Steigen begriffen. Die gleiche Entwicklung zeigen die Veränderungen in unserem eigenen Kreditvolumen. Die Gesamtsumme der unserer Kundschaft (ausschließlich Banken) zur Verfügung gestellten kurzfristigen Kredite (Laufzeit bis zu 6 Monaten) betrug

am 31. 12. 1952	592 Mill. DM
am 31. 12. 1953	675 Mill. DM.

Eine der wesentlichen Ursachen für die anhaltend hohe Kreditnachfrage bestand unverändert in der Abschöpfung der flüssigen Mittel durch die übermäßige Besteuerung, die keine ausreichende Kapitalneubildung bei den Betrieben zuläßt.

Die Aufteilung unserer Kredite auf die verschiedenen Wirtschaftsgruppen weist gegenüber dem Vorjahr geringe Änderungen auf und entspricht der Wirtschaftsstruktur unseres Aufgabengebietes. Am Ende des Geschäftsjahres waren ausgeliehen:

	1953	1952
an Handel	49,66 %	52,68 %
an Industrie, Gewerbe und Handwerk	43,06 %	42,27 %
an Sonstige	7,28 %	5,05 %.

Unsere Einlagen konnten zwar von 723,8 Mill. DM auf 862,4 Mill. DM, d. h. um 19,1 % gesteigert werden. Wir beobachteten jedoch auch im Geldwesen immer wieder die Auswirkungen des Wirtschaftsgefälles in der Bundesrepublik: Die Produktionskraft im Westen und der dort erreichte höhere Stand der Beschäftigung haben ein Abfließen von Einlagen aus dem norddeutschen Raum zur Folge gehabt.

Der Pflege der bei uns unterhaltenen Einlagen wandten wir auch im vergangenen Jahre unsere ganze Aufmerksamkeit zu. Dabei widmeten wir uns dem weiteren Ausbau des Spargeschäfts sowie der Kundenberatung und Werbung für das steuerbegünstigte Sparen. Die Bedeutung der Sparkapitalbildung wird durch die Tatsache erhellt, daß z. B. unser Anteil an den gesamten Spareinlagen der im Landeszentralbankbezirk Hamburg berichtspflichtigen Kreditinstitute über 10 % und beim steuerbegünstigten Sparen über

25 % beträgt. Die laufende Steigerung der steuerlich geförderten Spareinlagen beweist das Gewicht, das der bisherigen Steuerbegünstigung für die Sparkapitalbildung zukommt und die Gefahr, die in dem vorgesehenen Abbau dieser Anreize liegt, wenn nicht gleichzeitig eine ausreichende steuerliche Entlastung erfolgt.

Unser Auslandsgeschäft konnte im Berichtsjahr weiterhin erfolgreich gesteigert werden, obgleich der Anteil des über Hamburg geleiteten Außenhandels am Gesamthandel der Bundesrepublik sinkende Tendenz aufwies. Allerdings zeigte sich auch bei uns die im westdeutschen Außenhandel festzustellende Verschiebung der Mengen/Wert-Relation. Während nämlich die Anzahl der Geschäftsvorfälle beträchtlich anstieg, blieb der Auftragswert insgesamt relativ zurück. Mit fortschreitender Stabilisierung des Weltmarktes haben sich die Zahlungsbedingungen in vielen Fällen vom Akkreditiv bzw. Inkasso zur glatten Devisenzahlung gewandelt.

Die Erleichterungen im Devisenhandel brachten echte Kurssicherungsmöglichkeiten im Devisengeschäft, führten im Kassa- und Terminhandel zu einer erheblichen Vermehrung der Umsätze mit unseren ausländischen Bankfreunden und damit zur Wiederbelebung einer alten Sparte des Auslandsgeschäfts.

Die günstige Währungsentwicklung und das wiedergewonnene Vertrauen in die westdeutsche Wirtschaft – nicht zuletzt eine Folge des Londoner Schuldenabkommens – fanden ihren sichtbaren Ausdruck in der verstärkten Einräumung von ausländischen Fazilitäten. Die Zahl der bei uns für ausländische Banken geführten DM-Konten, aber auch der Vertreter-, Agenten-, Sonderkonten usw. nahm beachtlich zu.

Mit dem regen Zustrom ausländischer Reisender hat der Ankauf von Reisezahlungsmitteln bei unseren Filialen und Zahlstellen ständig an Umfang gewonnen. Die Umsätze in dieser Sparte haben sich innerhalb eines Jahres um mehr als 25 % erhöht. Zur Erleichterung haben wir zusammen mit unseren Schwesterbanken einen Gemeinschaftsscheck ausgegeben, der unseren ausländischen Korrespondenten für Reisende nach Deutschland zur Verfügung steht. Außerdem geben wir diesen Reisescheck an Stelle des früheren Reisekreditbriefes an unsere Inlandskundschaft ab.

Unser Wertpapiergeschäft belebte sich insbesondere in der zweiten Jahreshälfte. Die steigende Kapitalbildung ermöglichte die Placierung von festverzinslichen Wertpapieren, und zwar sowohl von öffentlichen Anleihen als auch von Pfandbriefen und Industrie-Obligationen. Zum Jahresende war die Nachfrage nach festverzinslichen Papieren im Rahmen des steuerbegünstigten Erwerbs recht lebhaft. Insgesamt konnten wir beträchtlich höhere Umsätze als im Vorjahr verzeichnen.

Während die allgemeine Wertpapierbereinigung im Jahre 1953 für Aktien abgeschlossen werden konnte, ergaben sich auf dem Gebiet der festverzinslichen Werte und aus der Bereinigung der deutschen Auslands-Bonds neue Aufgaben. Auch das Währungsausgleichsgesetz und das Altspargesetz stellten uns vor umfangreiche Arbeiten verwaltungsmäßiger Art. Ein weiterer wesentlicher Arbeitsanfall ergab sich aus dem Umtausch der RM- in DM-Aktien, insbesondere der Nachfolgefirmen der I. G. Farbenindustrie und der Montangesellschaften.

Im Berichtsjahr konnte die Zentrale unseres Instituts den wiedererstandenen Bau Adolphsplatz / Mönkedamm beziehen. Dieser Gebäudeteil war im Jahre 1941 durch Bomben völlig zerstört worden. Die Räumlichkeiten am Alten Wall, die für den Geschäfts-

umfang der ersten Nachkriegsjahre genügten, bedurften vornehmlich wegen des umfangreichen Außenhandelsgeschäfts der Erweiterung. Mit der Vollendung des Wiederaufbaus sind nicht nur die räumlichen Voraussetzungen für die Bewältigung des wachsenden Arbeitsanfalls, sondern gleichzeitig verbesserte Arbeitsbedingungen für einen Teil unserer Mitarbeiter geschaffen worden.

Am 1. Juli konnte unsere im Jahre 1943 auf behördliche Anordnung geschlossene Filiale Lübeck neu eröffnet und damit die Verbindung zu unseren Lübecker Geschäftsfreunden wieder am Platz selbst aufgenommen werden. Weitere Filialen wurden im Verlauf des Jahres in Einbeck, Osterode und Verden errichtet.

IV

Die Gesamtzahl der in unserer Bank Beschäftigten betrug zu Beginn des Geschäftsjahres 2 627 und am Ende des Geschäftsjahres 2 891 (einschl. 136 Lehrlinge), die Zunahme demnach rd. 10%. Der Anteil der weiblichen Betriebsangehörigen ist auch weiterhin angestiegen und beträgt mit 899 etwa 31%.

Im Verlauf des Jahres 1953 konnte wiederum eine größere Zahl von Mitarbeitern den Tag ihrer 25 bzw. 40 jährigen Zugehörigkeit zur Bank begehen. Von der Gesamtzahl der Tarifangestellten gehören Ende 1953 rd. 25 % 25 Jahre und mehr unserem Hause an.

Der Ausbildung des Nachwuchses hat im vergangenen Jahre wieder unsere besondere Aufmerksamkeit gegolten. Neben der praktischen Anleitung im Betrieb wurde sie durch Einrichtung von Fachkursen, Vortragsreihen und fremdsprachlichen Lehrgängen gefördert. Auch der Austausch von Nachwuchskräften innerhalb unserer Bank wie auch mit dem Ausland wurde fortgesetzt.

Mit Wirkung vom April 1953 wurden die Tarifgehälter um rd. 6% erhöht, ebenso erfuhren die Haushalts- und Kinderzulagen sowie die Unterhaltsbeihilfen für Lehrlinge eine Erhöhung. Über die tariflichen Zahlungen hinaus haben alle Tarifangestellten zu Weihnachten eine freiwillige Sondervergütung erhalten.

Im Zuge unserer sozialen Fürsorgemaßnahmen haben wir für die Beschaffung von Hausrat und Wohnraum erneut namhafte Beträge bereitgestellt. Ebenso haben wir unseren Mitarbeitern und ihren Familien wieder in größerem Umfang verbilligten Ferientaufenthalt gewährt.

Die uns im Berichtsjahr gestellten Aufgaben konnten nur durch tatkräftige Mitarbeit unserer Angestellten bewältigt werden. Allen Angehörigen unserer Bank sprechen wir für ihren Fleiß und ihren Einsatz unseren Dank aus.

Bilanzsumme

Die vorliegende Bilanz schließt mit einer Bilanzsumme von 1 027,1 Mill. DM. Während im ersten Geschäftsjahr unseres Instituts (1952) eine Ausweitung des Bilanzvolumens um 14,7 % gegenüber der Eröffnungsbilanz auf den 1. 1. 1952 festzustellen war, brachte das Jahr 1953 eine weitere Erhöhung um 169,4 Mill. DM; die Bilanzsumme ist somit gegenüber der Eröffnungsbilanz um 37,4 % und gegenüber dem Beginn des Berichtsjahres um 19,8 % angewachsen.

Umsätze

Auf den Konten unserer Bankenkundschaft wurden 1953 10 992,0 Mill. DM umgesetzt, auf den Konten der Nichtbankenkundschaft 40 754,8 Mill. DM und auf Sparkonten 121,5 Mill. DM. Die Gesamtumsätze auf den Konten unserer in- und ausländischen Kunden – ohne die Umsätze auf Nostro- und Verrechnungskonten – beliefen sich also auf 51 868,3 Mill. DM gegenüber 46 371,2 Mill. DM im Vorjahr, sie erhöhten sich demnach um 11,8 %.

Liquidität

Die Barreserve – Kassenbestand und Guthaben bei Landeszentralbanken und Postscheckämtern – betrug am Jahresende 104,5 Mill. DM; bei Gesamtverbindlichkeiten von 939,7 Mill. DM aus Einlagen, Nostro- und Akzeptverpflichtungen sowie aufgenommenen langfristigen Darlehen ergibt sich eine Barliquidität von 11,1 % (Ende 1952 11,3 %). Außerdem standen uns an Guthaben bei Kreditinstituten, fälligen Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheinen, an Schecks, bei Landeszentralbanken rediskontfähigen Wechseln und lombardfähigen eigenen Wertpapieren 293,0 Mill. DM zur Verfügung, wodurch sich die leicht verwertbaren Aktiven auf insgesamt 397,5 Mill. DM erhöhen und die Gesamtverbindlichkeiten zu 42,3 % decken.

Bei den *Aktiven* unserer Bilanz auf den 31. 12. 1953 ergeben sich gegenüber dem Vorjahr folgende Veränderungen:

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Landeszentralbanken und Postscheckämtern sind entsprechend der Ausweitung unseres Geschäftes von 88,1 Mill. DM auf 104,5 Mill. DM gestiegen. Die Guthaben bei Kreditinstituten (Nostroguthaben) erhöhten sich um 6,2 Mill. DM auf 72,4 Mill. DM, wobei die Zunahme größtenteils auf Währungsguthaben entfällt.

Wechsel

Die Gesamtsumme der von unserer Kundschaft angekauften Wechsel belief sich Ende des Berichtsjahres auf 310,8 Mill. DM gegenüber 299,6 Mill. DM am 31. 12. 1952. Als Wechselbestand weisen wir 183,5 Mill. DM aus.

Eigene Wertpapiere

In Wertpapieren hatten wir am Jahresende 62,2 Mill. DM angelegt. Die Erhöhung von 47,5 Mill. DM betrifft mit 12,7 Mill. DM die Anleihen des Bundes und der Länder und mit 34,6 Mill. DM sonstige festverzinsliche Wertpapiere; börsengängige Dividendenwerte und sonstige Wertpapiere werden in ungefähr gleicher Höhe wie im Vorjahr ausgewiesen. Alle Effekten haben wir nach dem Niederstwertprinzip bewertet.

ENTWICKLUNG DER KREDITE

900 000 000 DM

800 000 000 DM

700 000 000 DM

600 000 000 DM

500 000 000 DM

400 000 000 DM

300 000 000 DM

200 000 000 DM

100 000 000 DM

1952

1953

Monatsende

1. Jan.

Juni

Aug.

Okt.

Dez.

Febr.

April

Juni

Aug.

Okt.

Dez.

—————

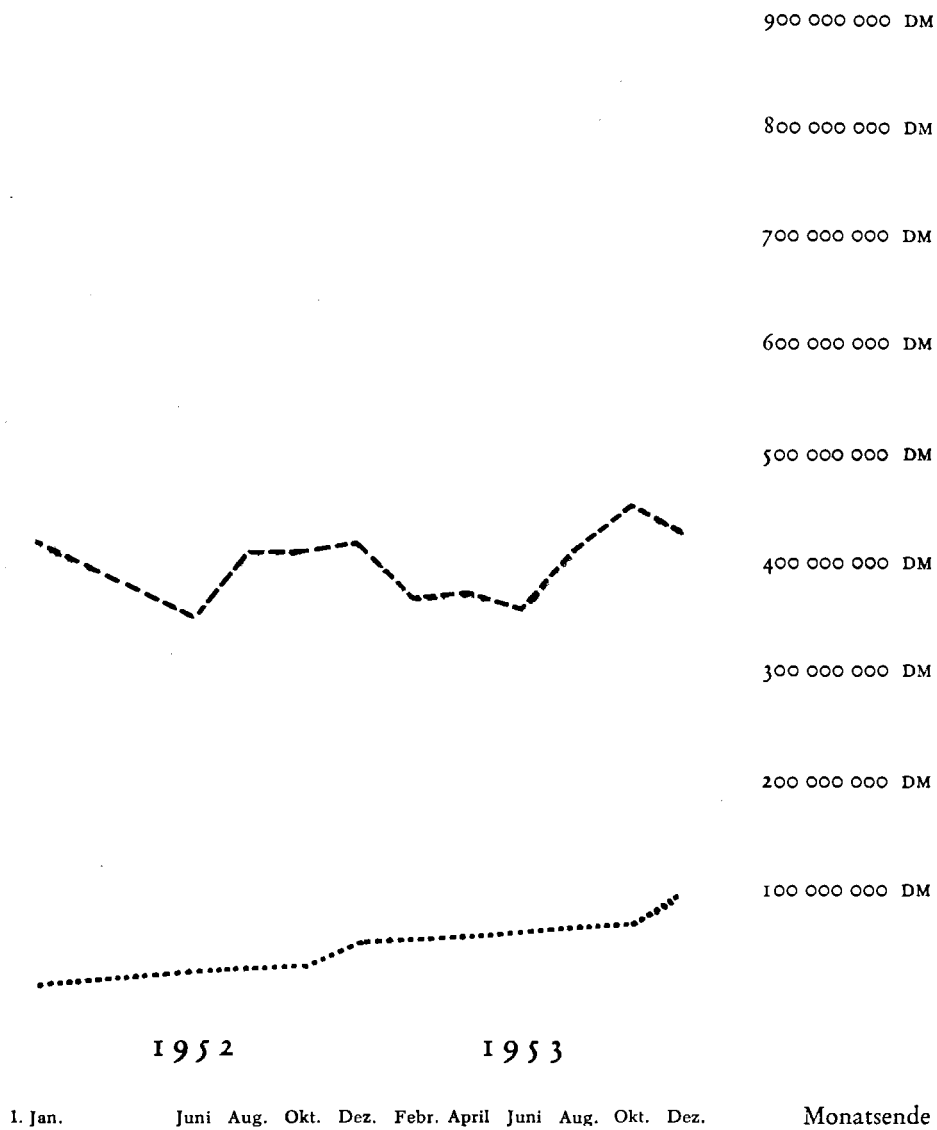
Barschuldner

Wechsel

- - - - -

Akzeptschuldner

ENTWICKLUNG DER EINLAGEN



Sichteinlagen - - - - -

Termineinlagen _____

Spareinlagen

Ausgleichsforderungen

Die Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand stiegen um 0,3 Mill. DM auf 89,6 Mill. DM. Diese Erhöhung ergab sich nach Verrechnung von Tilgungsbeträgen für Sonderausgleichsforderungen mit die Umstellungsrechnung betreffenden Neubewertungen.

Konsortialgeschäft

Unsere Konsortialbeteiligungen werden nur noch mit 47 189,- DM gegenüber 0,5 Mill. DM im Vorjahr ausgewiesen. Dem Geschäftsbericht ist ein Verzeichnis über die Konsortialgeschäfte, an denen wir uns im abgelaufenen Jahr beteiligten, beigelegt.

Ausleihungen

Die Ausweitung unseres Aktivgeschäftes kommt in erster Linie durch die Erhöhung der unter den Debitoren ausgewiesenen *kurz- und mittelfristigen* Kredite zum Ausdruck. Bei einem Bestand von 410,4 Mill. DM beträgt die Zunahme 90,3 Mill. DM, das sind 28,2 %. Dagegen hat sich ihr Anteil an der Bilanzsumme nur geringfügig von 37,3 % auf 40,0 % erhöht.

Ebenfalls gestiegen sind die *langfristigen* Ausleihungen, und zwar von 28,7 Mill. DM auf 68,1 Mill. DM. Ein Betrag von 39,3 Mill. DM betrifft Kredite für Industrieinvestitionen, die wir aus Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu den Bedingungen dieser Anstalt weitergeleitet haben.

Durchlaufende Kredite, die wir nur treuhänderisch verwalten, werden mit 5,6 Mill. DM auf beiden Seiten der Bilanz um 2,6 Mill. DM höher ausgewiesen.

Beteiligungen

Unsere Beteiligungen blieben im wesentlichen unverändert. Auf Kreditinstitute entfallen 2,5 Mill. DM, auf sonstige Unternehmungen 107 700,- DM. Als größere Positionen sind wie im Vorjahr zu erwähnen:

a) Kreditinstitute

AUSFUHRKREDIT-AKTIENGESELLSCHAFT, Frankfurt (Main)

BERLINER DISCONTO BANK AKTIENGESELLSCHAFT, Berlin

GEFA GESELLSCHAFT FÜR ABSATZFINANZIERUNG MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG,
Wuppertal-Elberfeld

b) sonstige Unternehmungen

TRINITAS VERMÖGENSVERWALTUNG GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG,
Düsseldorf.

Die Entwicklung dieser Gesellschaften verlief auch im abgelaufenen Geschäftsjahr befriedigend.

Grundstücke und Gebäude

Unseren Immobilienbesitz weisen wir mit 16,1 Mill. DM für Bankgebäude und 0,5 Mill. DM für sonstigen Grundbesitz um 3,5 Mill. DM höher aus. Im vergangenen Jahr wurden der Wiederaufbau unseres Verwaltungsgebäudes in Hamburg sowie die Neubauten in Bremerhaven und Lübeck vollendet und der Neubau auf einem in Salzgitter erworbenen Grundstück begonnen.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Nach Abschreibung von 500 000,- DM gegenüber 450 000,- DM im Jahr 1952 steht die von der DEUTSCHEN BANK mit 3,2 Mill. DM übernommene Betriebs- und Geschäftsausstattung Ende 1953 noch mit 2,2 Mill. DM zu Buch. Durch die Ausstattung unserer Neubauten und die Neueröffnung verschiedener Filialen und Depositenkassen waren beträchtliche Ausgaben für Möbel, Büromaschinen und sonstige Einrichtungsgegenstände erforderlich. Wie im Vorjahr wurden deren Gesamtkosten sofort abgeschrieben.

Deckungsforderungen

Im Gegensatz zu 1952 weisen wir die Deckungsforderungen gemäß § 11 des Gesetzes über einen Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener nicht mehr unter den sonstigen Aktiven, sondern zusammen mit den Deckungsforderungen gemäß § 19 des Gesetzes zur Milderung von Härten der Währungsreform (Altspargergesetz) im Gesamtbetrag von 2,2 Mill. DM in einer besonderen Position aus. Diese Deckungsforderungen resultieren aus den unter den Spareinlagen ausgewiesenen Währungsausgleichs- und Altspargergutschriften.

Sonstige Aktiva

Die sonstigen Aktiva von insgesamt 3,2 Mill. DM betreffen im wesentlichen unsere Leistung zur Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft, Verrechnungsposten mit der DEUTSCHEN BANK, Berlin, Verwaltungssitz Düsseldorf, Steuerüberzahlungen und Anrechte auf Rückgabe von pro memoria - Brasildollars an die BANK DEUTSCHER LÄNDER.

Bei den Positionen der *Passivseite* ergibt sich folgendes Bild:

Einlagen

Die gesamten Einlagen betrugen Ende 1953 862,4 Mill. DM gegenüber 723,8 Mill. DM im Vorjahr; sie sind also um 138,6 Mill. DM = 19,1 % gestiegen. Von dieser Erhöhung entfallen auf die *Sichteinlagen* von 434,1 Mill. DM 11,5 Mill. DM (2,7 %) und auf die *befristeten* Einlagen von 325,5 Mill. DM 87,4 Mill. DM (36,7 %). Stark gestiegen sind die *Spareinlagen*, und zwar von 63,1 Mill. DM auf 102,7 Mill. DM, das sind 62,7 % mehr als 1952. Die prozentuale Erhöhung beträgt bei den Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist 58,2 % und bei denen mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist, wovon der überwiegende Teil aus steuerbegünstigten Sparverträgen stammt, 64,7 %.

Nostroverpflichtungen

Um 3,3 Mill. DM erscheinen die aufgenommenen Gelder (Nostroverpflichtungen) mit 32,6 Mill. DM höher als im Vorjahr. Darin sind 24,4 Mill. DM seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite enthalten, die durch Inanspruchnahme neuer Rembourskredite eine Steigerung von 2,1 Mill. DM aufweisen.

Akzeptverbindlichkeiten

Unsere Akzepthergabe hat sich um 8,2 Mill. DM auf 72,0 Mill. DM erhöht. Hiervon haben wir Ende des Jahres 66,8 Mill. DM im Bestand gehalten, während sich 5,1 Mill. DM im Umlauf befanden, die wir als Akzeptverpflichtungen ausweisen.

Aufgenommene langfristige Darlehen

Die aufgenommenen langfristigen Darlehen beliefen sich auf 39,5 Mill. DM; hiervon stellte die Kreditanstalt für Wiederaufbau 39,3 Mill. DM, wie unter der Position langfristige Ausleihungen erwähnt, zur Verfügung.

Pensionsrückstellung

Um 0,5 Mill. DM höher weisen wir die Pensionsrückstellung von 16,9 Mill. DM aus. Sie deckt den versicherungsmathematisch errechneten Gegenwartswert der Anwartschaften und der seit 1. 1. 1952 gewährten Ruhegehälter in voller Höhe, während die nach dem mit der DEUTSCHEN BANK, Berlin, geschlossenen Ausgründungsvertrag anteilig übernommenen Altpensionen etwa zur Hälfte Deckung finden.

Sonstige Passivposten

Unter den *sonstigen Rückstellungen* im Gesamtbetrage von 23,5 Mill. DM wurden Steuerrückstellungen und solche Rückstellungen, die gegen Aktivposten nicht aufrechenbar sind, zusammengefaßt.

Der als *sonstige Passiva* erscheinende Betrag von 4 907,43 DM betrifft die bisher nicht erhobene Dividende für das Geschäftsjahr 1952.

Eventualverbindlichkeiten

Die *Verbindlichkeiten* aus *Bürgschaften*, *Wechsel- und Scheckbürgschaften* sowie aus *Gewährleistungsverträgen* beliefen sich Ende 1953 auf 99,4 Mill. DM gegenüber 88,5 Mill. DM am 31. 12. 1952, die *Indossamentsverbindlichkeiten* aus weitergegebenen Wechseln erreichten eine Höhe von 122,8 Mill. DM.

Unsere *Einzahlungsverpflichtungen* auf nicht voll eingezahlte Aktien und G.m.b.H.-Anteile betrugen am Ende des Berichtsjahres noch 1 336 550,- DM.

Aufwendungen und Erträge

Der durch die Geschäftsausweitung und die Neueröffnung von Filialen und Depositenkassen verstärkte Arbeitsanfall erforderte Neueinstellungen von Angestellten, so daß der Personalbestand von 2 627 auf 2 891 im Laufe des Jahres 1953 anstieg. Hierdurch sowie durch Erhöhung der tariflichen Bezüge und Gewährung von Sonderzulagen werden die *Personalaufwendungen* mit 18 944 913,49 DM um 2 051 163,42 DM höher als im Vorjahr ausgewiesen.

Für *soziale Zwecke*, *Wohlfahrtseinrichtungen* und *Pensionen* wurden 3 157 034,50 DM, mithin 241 100,83 DM weniger als im Vorjahr verausgabt. Die Verminderung ist auf die Regelung der Pensionsverbindlichkeiten in Berlin (West), für die nunmehr Ausgleichsforderungen gewährt werden, zurückzuführen. Die übrigen sozialen Aufwendungen sind entsprechend der Erhöhung der Personalausgaben gestiegen.

Die *sonstigen Handlungskosten* liegen mit 6 713 841,36 DM höher als im Vergleichsjahr (4 891 962,54 DM). Der Aufwand für *Steuern und Abgaben* ging dagegen von 14 414 770,31 DM auf 13 312 854,57 DM im Jahre 1953 zurück.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes sowie die von uns übernommenen Ruhegehälter früherer Vorstandsmitglieder der DEUTSCHEN BANK und ihrer Hinterbliebenen betrugen 495 787,95 DM. Der Aufsichtsrat erhält als feste Bezüge 100 170,- DM.

Die Erträge aus *Zinsen und Diskont* sind mit 16 555 725,37 DM, die aus *Provisionen und Gebühren* mit 29 344 918,55 DM in die Gewinn- und Verlust-Rechnung eingestellt worden. Die übrigen Einnahmen wurden zu Abschreibungen und inneren Rücklagen verwandt.

Unsere Gewinn- und Verlust-Rechnung schließt nach Zuführung von
2 000 000,- DM an die Freie Sonderreserve,
die wir beantragen, mit einem Gewinn von

1 772 000,- DM

ab. Wir schlagen vor, hiervon

1 700 000,- DM als Dividende von 8 $\frac{1}{2}$ % auf 20 000 000,- DM Grundkapital
zu verteilen und

72 000,- DM als dividendenabhängige Bezüge
dem Aufsichtsrat zu vergüten.

Nach Genehmigung dieser Anträge belaufen sich unsere eigenen Mittel zum 31. Dezember 1953 auf

Grundkapital	20 000 000,- DM
Gesetzliche Reserve	5 000 000,- DM
Freie Sonderreserve	12 000 000,- DM
	37 000 000,- DM.

HAMBURG, im März 1954

DER VORSTAND

Bechtolf Klasen Ulrich

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

In einer Reihe von Sitzungen des Aufsichtsrats und des aus seiner Mitte bestellten Arbeitsausschusses wurden die vom Vorstand vorgelegten Berichte über die Geschäftsentwicklung und über wichtige Einzelvorgänge erörtert sowie die auf Grund gesetzlicher Vorschrift zur Prüfung und Genehmigung vorgelegten Geschäfte behandelt.

Jahresabschluß und Geschäftsbericht für das Jahr 1953 sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlußprüferin gewählten TREUVERKEHR WIRTSCHAFTSPRÜFUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT, Bielefeld, geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern und den gesetzlichen Vorschriften übereinstimmend befunden worden.

Mit dem vorliegenden Bericht des Vorstandes und mit dem Vorschlag für die Gewinnverteilung erklärt sich der Aufsichtsrat einverstanden.

HAMBURG, im März 1954

DER AUFSICHTSRAT

Dr. Wiegers, Vorsitz

AKTIVA

NORDDEUTSCHE BANK AKTIENGESellschaft

	DM	DM
Kassenbestand		7 544 598,64
Landeszentralbankguthaben		94 916 934,49
Postscheckguthaben		2 058 570,06
Guthaben bei Kreditinstituten (Nostroguthaben)		
a) täglich fällig	61 677 775,03	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
von weniger als 3 Monaten	10 012 673,60	
c) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
von 3 Monaten und mehr	709 706,25	72 400 154,88
Fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine ..		498 519,67
Schecks		3 375 146,09
Wechsel		183 524 638,82
darunter:		
a) zentralbankfähige Wechsel	DM 170 457 140,13	
b) eigene Ziehungen	DM 1 244 563,90	
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes		
und der Länder		—
Wertpapiere		
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes		
und der Länder	13 425 726,44	
b) sonstige verzinsliche Wertpapiere	36 133 557,90	
c) börsengängige Dividendenwerte	11 472 922,74	
d) sonstige Wertpapiere	1 212 437,04	62 244 644,12
darunter: beliehbar bei einer Landeszentralbank	DM 46 248 235,81	
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand		89 607 758,91
Konsortialbeteiligungen		47 189,—
Debitoren		
a) Kreditinstitute	21 473 830,53	
b) sonstige	388 967 300,19	410 441 130,72
Langfristige Ausleihungen		
a) gegen Grundpfandrechte	151 310,98	
b) gegen Kommunaldeckung	—	
c) sonstige	67 920 822,13	68 072 133,11
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)		5 595 090,53
Beteiligungen		2 612 200,—
darunter: an Kreditinstituten	DM 2 504 500,—	
Grundstücke und Gebäude		
a) dem eigenen Geschäftsbetrieb dienende	16 067 200,—	
b) sonstige	553 301,—	16 620 501,—
Betriebs- und Geschäftsausstattung		2 250 000,—
Deckungsforderungen gemäß § 11 Währungsausgleichsgesetz		
und § 19 Altspargengesetz		2 161 840,78
Sonstige Aktiva		3 155 879,—
Rechnungsabgrenzungsposten		762,83
SUMME DER AKTIVA		1 027 127 692,65

In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus Bürgschaften und Indossamentsverbindlichkeiten sind enthalten:

a) Forderungen an Konzernunternehmen	2 247 827,89
b) Forderungen an Mitglieder des Vorstandes und an andere im § 14 Abs. 1 u. 3 Kreditwesengesetz genannte Personen sowie an Unternehmen, bei denen ein Mitglied unseres Aufsichtsrats Inhaber oder persönlich haftender Gesellschafter ist	6 095 649,64

BILANZ zum 31. Dezember 1953

PASSIVA

	DM	DM	DM
Einlagen			
a) Sichteinlagen von			
aa) Kreditinstituten	94 369 994,48		
bb) sonstigen Einlegern	339 761 065,72	434 131 060,20	
b) Befristete Einlagen von			
aa) Kreditinstituten	114 207 686,18		
bb) sonstigen Einlegern	211 293 088,43	325 500 774,61	
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			
von 3 Monaten und mehr	DM 226 238 074,87		
c) Spareinlagen			
aa) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	30 554 928,51		
bb) mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist	72 166 448,52	102 721 377,03	862 353 211,84
Aufgenommene Gelder (Nostroverpflichtungen)			32 624 343,29
darunter:			
a) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			
von 3 Monaten und mehr	DM 1 504 500,—		
b) von der Kundschaft bei Dritten			
benutzte Kredite	DM 24 355 538,11		
Eigene Akzepte und Solawechsel		71 957 255,41	
abzüglich eigener Bestand		66 809 992,77	5 147 262,64
Aufgenommene langfristige Darlehen			
a) gegen Grundpfandrechte		—	
b) sonstige		39 534 646,—	39 534 646,—
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)			5 595 090,53
Grundkapital			20 000 000,—
Rücklagen nach § 11 Kreditwesengesetz			
a) Gesetzliche Reserve		5 000 000,—	
b) Freie Sonderreserve	10 000 000,—		
Zuweisung aus Gewinn	2 000 000,—	12 000 000,—	17 000 000,—
Pensionsrückstellung			16 864 442,71
Rückstellungen (einschließlich Steuerrückstellungen)			23 484 140,70
Sonstige Passiva			4 907,43
Rechnungsabgrenzungsposten			2 747 647,51
Gewinn			1 772 000,—
SUMME DER PASSIVA			1 027 127 692,65

Eigene Ziehungen im Umlauf

darunter: den Kreditnehmern abgerechnet DM	8 101,11
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen	99 424 035,05
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	122 797 437,65
In den Passiven sind enthalten:	
Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen (einschließlich der Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Indossamentsverbindlichkeiten)	288 177,98

AUFWENDUNGEN	GEWINN- UND VERLUST-RECHNUNG	
	DM	
Personalaufwendungen	18 944 913,49	
Ausgaben für soziale Zwecke, Wohlfahrtseinrichtungen und Pensionen	3 157 034,50	
Sonstige Handlungsunkosten	6 713 841,36	
Steuern und ähnliche Abgaben	13 312 854,57	
Zuweisung an Freie Sonderreserve	2 000 000,—	
Gewinn	1 772 000,—	
	DM	45 900 643,92

HAMBURG, im März 1954

NORDDEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT

Bechtolf Klasen Ulrich

für das Jahr 1953	ERTRÄGE
	DM
Zinsen und Diskont	16 555 725,37
Provisionen und Gebühren	29 344 918,55
	DM
	45 900 643,92

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der NORDDEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften.

BIELEFELD/HAMBURG, den 8. März 1954

TREUVERKEHR WIRTSCHAFTSPRÜFUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT

Dr. Möhle, Wirtschaftsprüfer Dr. Dr. Red, Wirtschaftsprüfer

Zusammenstellung

der größeren GEMEINSCHAFTSGESCHÄFTE des Jahres 1953

Übernahmen und Emissionen von öffentlichen Anleihen:

5 %ige Anleihe der Bundesrepublik Deutschland von 1952

5 %ige Anleihe der Freien Hansestadt Bremen von 1953

5 %ige Staatsanleihe der Freien und Hansestadt Hamburg
(2. Ausgabe)

5 %ige Anleihe des Landes Niedersachsen von 1953

5 %ige Anleihe des Landes Schleswig-Holstein von 1953

Übernahmen, Emissionen und Börseneinführungen von sonstigen Anleihen:

Aktiengesellschaft für Berg- und Hüttenbetriebe

Badenwerk Aktiengesellschaft

Robert Bosch GmbH.

Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft

Deutsche Linoleum-Werke Aktiengesellschaft

Deutsche Shell Aktiengesellschaft

Donaukraftwerk Jochenstein Aktiengesellschaft

Dyckerhoff Portland-Zementwerke Aktiengesellschaft

Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft

Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft

Hochofenwerk Lübeck Aktiengesellschaft

(jetzt: Metallhüttenwerke Lübeck Aktiengesellschaft)

Kommunales Elektrizitätswerk Mark Aktiengesellschaft

Mannesmann Aktiengesellschaft

Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg Aktiengesellschaft

Monopol Bergwerks-Aktiengesellschaft

Nordwestdeutsche Kraftwerke Aktiengesellschaft

Nordwestdeutscher Hütten- und Bergwerksverein
Aktiengesellschaft

Preußische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft

Rütgerswerke-Aktiengesellschaft

Ruhrverband (Körperschaft des öffentlichen Rechts)

Schleswig-Holsteinische Stromversorgungs-
Aktiengesellschaft

Übernahmen, Emissionen und Börseneinführungen von Aktien:

Aktiengesellschaft für Luftverkehrsbedarf

Badische Anilin & Soda-Fabrik Aktiengesellschaft

Bayerische Vereinsbank

Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank

Cassella Farbwerke Mainkur Aktiengesellschaft

Consolidation Bergbau-Aktiengesellschaft

Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft

Deutsche Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft

Actiengesellschaft

Deutsche Hypothekenbank (Bremen)

Deutsche Linoleum-Werke Aktiengesellschaft

Essener Steinkohlenbergwerke Aktiengesellschaft

Farbenfabriken Bayer Aktiengesellschaft

Farbwerke Hoechst Aktiengesellschaft

vormals Meister Lucius & Brüning

Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft

Industrie- und Handels-Aktiengesellschaft Peine

I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft i. L. –

Liquidationsanteilscheine

Mannesmann Aktiengesellschaft

Norddeutsche Lederwerke Aktiengesellschaft

Stahlindustrie und Maschinenbau Aktiengesellschaft

Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft i. L. –

Liquidationsanteilscheine

BEZIRKSBEIRÄTE

Braunschweiger Beirat:

Dr. Ing. KONRAD ENDE, *Vorsitzer*
Vorsitzer des Vorstandes der Aktiengesellschaft für Berg- und Hüttenbetriebe
(vorm. Reichswerke), Salzgitter-Drütte

JÜRGEN v. DAMM
Mitglied des Vorstandes der Mühle Rüningen Aktiengesellschaft,
Rüningen, Braunschweig

Staatsminister a. D. Dr. jur. OTTO FRICKE
i. Fa. August Prella, Goslar
Präsident des Gesamtverbandes des deutschen Groß- und Außenhandels

KONRAD GEHLOFEN
Generalbevollmächtigter der Fahrzeug- und Maschinenbau Watenstedt G.m.b.H.,
Salzgitter-Watenstedt

CARL EDUARD HANSEN
i. Fa. Pfeiffer & Schmidt, Braunschweig

CLAUS HEIBEY
i. Fa. Wullbrandt & Seele, Braunschweig

FERDINAND HOPPE
Vorsitzer des Vorstandes der Norddeutsche Portland-Cementfabriken Aktiengesellschaft,
Hannover

OSKAR W. JENSEN
Mitglied der Geschäftsführung der Volkswagenwerk G.m.b.H., Wolfsburg

Dr. jur. PAUL LEMCKE
Mitglied des Vorstandes der Braunschweigischen Kohlen-Bergwerke, Helmstedt

Dipl.-Ing. Dr. HEINRICH MAY
Mitglied des Vorstandes der Wilke-Werke Aktiengesellschaft, Braunschweig

WALTER MENDE
Vorstand der Norddeutsche Zucker-Raffinerie Frellstedt A.G., Frellstedt

HANS JOACHIM RUNTE
Mitglied des Vorstandes der Brunsviga Maschinenwerke Aktiengesellschaft, Braunschweig

CHRISTIAN SCHAEFER
Direktor der Siemens & Halske Aktiengesellschaft, Braunschweig

ROBERT WÄTJEN
Rittergutsbesitzer, Rittergut Halchter b. Wolfenbüttel

Hannoverscher und Hildesheimer Beirat:

a) Hannoverscher Beirat

Dr. jur. HANS FIEHN, *Vorsitzer*
Rechtsanwalt und Notar, Hannover

Dr. GERHARD FRELS, *stellvertretender Vorsitzter*
Vorsitzer des Vorstandes der Gothaer Lebensversicherung a. G., Göttingen

Dr. Ing. Dr. Ing. E. h. OTTO REULEAUX, *stellvertretender Vorsitzter*
Vorsitzer des Vorstandes der Kali-Chemie Aktiengesellschaft, Hannover

HEINZ APPEL
Generaldirektor der H. W. Appel Feinkost-A.G., Hannover

Dr. h. c. HANS BAHLSEN
i. Fa. H. Bahlens Keksfabrik K.G., Hannover

Hüttendirektor i. R. JULIUS FROMME
Vorsitzer des Aufsichtsrates der Ilseder Hütte, Peine

Dr. jur. GEORG GÖBEL
*stellv. Mitglied des Vorstandes der Continental Gummi-Werke Aktiengesellschaft,
Hannover*

Konsul FRIEDRICH GRÜNEWALD
*Hauptgesellschafter der Vereinsbrauerei Herrenhausen-Hannover G.m.b.H.,
Hannover*

Dr. GUSTAV JANSEN
*Vorsitzer des Vorstandes der Hannoverschen Papierfabriken Alfeld-Gronau,
vormals Gebr. Woge, Alfeld/Leine*

WALTER JANTZEN
Mitglied des Vorstandes der Salzdettfurth Aktiengesellschaft, Bad Salzdettfurth

Dr.-Ing. WALTER KRAUSE
i. Fa. Eisen- und Hartgußwerk »Concordia« G.m.b.H., Hameln

OTTO MERKER
*Vorsitzer des Vorstandes der Hannoverschen Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft
vormals Georg Egestorff (Hanomag), Hannover-Linden*

GUSTAV SCHMELZ
Vorstand der Verkaufsgemeinschaft Deutscher Kaliwerke G.m.b.H., Hannover

Dr. CARL SCHMID
Geschäftsführer der Firma Günther Wagner, Hannover

Dr. ERNST-HEINRICH STEINBERG
Mitinhaber der Chr. Hostmann-Steinberg'schen Farbenfabriken, Celle

Dr. GERD WOLFF
i. Fa. Wolff & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien, Walsrode

b) Hildesheimer Beirat

DR. CARL-ERNST BÜCHTING

*Vorstand der Kleinwanzlebener Saatzucht vorm. Rabbethge & Giesecke Aktiengesellschaft,
Einbeck (Hannover)*

ERNST MORSCH

*Vorsitzer des Vorstandes der Eduard Ahlborn Aktiengesellschaft, Hildesheim,
Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Hildesheim*

ERICH PETERS

Vorsitzer des Vorstandes der Lafferder Aktien-Zuckerfabrik, Groß-Lafferde

Osnabrücker Beirat:

EDWIN SCHREIBER, *Vorsitzer*

Mitglied des Vorstandes des Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerkes, Osnabrück

Dr. ERNST HEGELS, *stellvertretender Vorsitzter*

Mitglied des Vorstandes der F. H. Hammersen Aktiengesellschaft, Osnabrück

Bergassessor a. D. CARL DEILMANN

Gesellschafter der Firma C. Deilmann Bergbau G.m.b.H., Bentheim

RICHARD EBERLEIN

Mitglied des Vorstandes der Klöckner-Georgsmarienwerke Aktiengesellschaft, Osnabrück

HELMUT HARDT

Inhaber der Firma N. G. Ringelmann, Osnabrück

ERNST AUGUST HETTLAGE

Gesellschafter der Firma Hettlage & Lampe G.m.b.H., Osnabrück

FRIEDRICH JANSSEN

Mitglied des Vorstandes der G. Kromschröder Aktiengesellschaft, Osnabrück

WILHELM KARMANN

*Gesellschafter und Geschäftsführer der Wilhelm Karmann G.m.b.H.,
Fahrzeugfabrik, Osnabrück*

Dr. OTTO NAHNSEN

Geschäftsführer der Ardetlwerke G.m.b.H., Maschinenfabrik, Wilhelmshaven

GERHARD SCHOELLER

Mitinhaber der Firma Felix Schoeller jr., Burg Gretesch

Dipl.-Ing. CARL STARCKE

Gesellschafter der Firma Rud. Starcke G.m.b.H., Melle i. Hannover

Verzeichnis der GESCHÄFTSSTELLEN

Zentrale: HAMBURG, Adolphsplatz 7

HAMBURG

Alter Wall 37-53

Depositenkassen:

- A Güntherstraße 100
 - B Neuer Pferdemarkt 27
 - C Fuhlsbüttler Straße 3-7
 - D Stralsunder Straße 3
 - E Eppendorfer Weg 58
 - H Eppendorfer Landstraße 70
 - J Baumwall 3
 - K Hofweg 62
 - P Oberhafenstraße 3
 - R Spitalerstraße 16
 - T Jungfernstieg 49
 - U Winterhuder Marktplatz 4
 - V Klosterstern 1
 - W Hopfensack 14
 - X Mittelweg 152
 - DE Sandtorkai 2
- Hamburg-Bergedorf,
Weidenbaumsweg 4
- Hamburg-Wandsbek,
Wandsbeker Marktstr. 77

Zahlstellen:

Flughafen,
Fuhlsbüttel

Hotel Atlantic,
An der Alster 73-79

Schlachthof,
Neuer Kamp 31

HAMBURG-ALTONA

Königstraße 117/119

HAMBURG-HARBURG

Harburger Rathausstraße 44

ALFELD (Leine)

Burgfreiheit 5

BRAUNSCHWEIG

Brabantstraße 10
Bohlweg 64/65
Pippelweg 20

BREMEN

Domshof 22-25
Pappel-, Ecke Friedr.-Ebert-Str.
Schwachhauser Heerstraße 2
Schwachhauser Heerstraße 207

BREMERHAVEN

Borriesstraße 46
Fischereihafen

CELLE

Kanzleistraße 9-10

EINBECK

Altendorfer Straße 41

GÖTTINGEN

Zindelstraße 31
Johannisstraße 19-21

GOSLAR

Fischemäkerstraße 13

HAMELN

Am Markt 3

HANNOVER

Georgsplatz 20
Hannover-Kleefeld,
Kirchröderstraße 104
Hannover-Linden,
Falkenstraße 3
Hannover-List,
Podbielskistraße 5

HILDESHEIM

Bankplatz 1

ITZEHOE (Holstein)

Sandberg 12

LÜBECK

Sandstraße 11-13

LÜNEBURG

Bardowicker Straße 6

NORDHORN

Bentheimer Straße 4

OSNABRÜCK

Wittekindstraße 9-10

OSTERODE (Harz)

Bahnhofstraße 1

SALZGITTER-BAD*

Schützenplatz 18

SALZGITTER-WATENSTEDT

Hauptstraße 66

VERDEN (Aller)

Große Straße 100

WOLFENBÜTTEL

Kommiss-Straße 3-4

WOLFSBURG

Schachtweg 1

* Wird demnächst eröffnet

Itzehoe

Lubeck

Altona

HAMBURG

Bergedorf

Harburg

Elbe

Lüneburg

Bremerhaven

Bremen

Verden

Weser

Celle

Nordhorn

Hannover

Wolfsburg

Osnabrück

Braunschweig

Wolfenbüttel

Salzgitter-Watenstedt

Helm

Hildesheim

Salzgitter-Bad

Alfeld

Goslar

Einbeck

Osterode

Göttingen

N



O

S

RHEINISCH-WESTFÄLISCHE BANK

AKTIENGESELLSCHAFT



GESCHÄFTSBERICHT *für das Jahr 1953*

TAGESORDNUNG

für die am Freitag, dem 9. April 1954, 12 Uhr,

in unserem Bankgebäude Köln, An den Dominikanern 15-27, stattfindende

ORDENTLICHE HAUPTVERSAMMLUNG

1

Vorlage des Jahresabschlusses und Geschäftsberichts für das Jahr 1953
mit dem Bericht des Aufsichtsrats

2

Feststellung des Jahresabschlusses und Beschlußfassung
über die Gewinnverteilung

3

Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats
für das Jahr 1953

4

Festsetzung der Vergütung für den ersten Aufsichtsrat
für das Jahr 1953
und die Zeit vom 1. 1. bis 9. 4. 1954

5

Beschlußfassung über Aufhebung des § 9 Absatz 1, Satz 3-5 der Satzung
(Fortfall des turnusmäßigen Ausscheidens von Aufsichtsratsmitgliedern)

6

Neuwahlen zum Aufsichtsrat gemäß Aktiengesetz § 87 III

7

Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1954

AUFSICHTSRAT

Regierungsrat a. D. HANS OESTERLINK, Köln, *Vorsitzer*

Dr GÜNTER HENLE, Duisburg, *stellvertretender Vorsitzter*

Geheimer Regierungsrat GUSTAV BRECHT, Bad Wiessee

GUSTAV BREDT, Köln

BERNHARD VAN DELDEN, Gronau (Westfalen)

Dr ULRICH HABERLAND, Leverkusen

Dr JOST HENKEL, Düsseldorf

HANS REUTER, Duisburg

WERNER SÖHNGEN, Essen

Dr ERNST HELLMUT VITS, Wuppertal-Elberfeld

OTTO WOLFF VON AMERONGEN, Köln

Vertreter der Arbeitnehmer:

OTTO ALTENDORF, Bielefeld

WALDEMAR BALLWIESER, Dortmund

GEORG DOMBEK, Krefeld

JOACHIM FELDMANN, Düsseldorf

ANTON FINK, Köln

EWALD SEYBERLICH, Wuppertal-Elberfeld

VORSTAND

Dr HANS JANBERG

Dr CLEMENS PLASSMANN

JEAN BAPTIST RATH

OSWALD RÖSLER

stellvertretend:

FRITZ GRÖNING

DIREKTOREN DER HAUPTVERWALTUNG

GEORG J. ADAM	WILHELM REGLING
RICHARD AHLBORN	OTTO RIEN
WILHELM HEITZEBERG, <i>Syndikus</i>	Dr E. W. SCHMIDT
MAX OTT	KURT SPECHT
Dr HANS PASCHKE, <i>Syndikus</i>	ERHARD ULBRICHT
OTTOMAR G. VON PLOTTNITZ	Dr ERNST WIENANDS
Dr HELMUT POLLEMS	

DIREKTOREN DER HAUPTFILIALEN

Aachen	AUGUST KOENEMANN	Köln	Dr ERNST HOPPE
	HEINRICH SCHARF		ROBERT KUTH
Bielefeld	ANTON HELLHAKE	Krefeld	HEINRICH FRANKEN
	Dr MAX SELIGE		NORBERT HESSE
Dortmund	Dr HERMANN GOCKEL	Münster	HEINRICH HOEGEN
	HANS KIPPENBERGER		ERICH KUMMER
Düsseldorf	Dr HERBERT DICKE	Siegen	RUDOLF PLAAS
	WALTER KARKLINAT		HUGO WINKELMANN
	EBERHARD CL.	Wuppertal	PAUL KUTH
	FRHR. VON OSTMAN		HEINZ REITBAUER
Duisburg	MICHAEL FLORACK		WOLFGANG SUCHSLAND
	PAUL PASLAT		HANNS WALTER
Essen	Dr MAX ROHDE		
	Dr ADOLF SCHAEFFER		
	GEORG WIEGMINK		

GESCHÄFTSBERICHT DES VORSTANDES

I

Die *wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik* im Jahre 1953 hat zwar nicht auf allen Gebieten den gehegten Erwartungen entsprochen, stand aber, als Ganzes genommen, im Zeichen weiteren Wachstums und hoher Aktivität. Die Zunahme des Sozialprodukts lag mit 5-6% über der normalen Wachstumsrate, die ein Land mit zunehmender Bevölkerung zur Aufrechterhaltung seines Lebensstandards braucht. Innerhalb des Volkseinkommens hat sich der Anteil der Arbeitnehmer erhöht, während das Einkommen der Selbständigen und der Kapitalgesellschaften relativ gesunken ist.

Der Anstieg von *Investition* und *Verbrauch* war nicht einheitlich. Im Verlauf des Jahres wurde die Beschäftigung stärker vom Verbrauch getragen, während von dem Bereich der Investitionsgüterindustrien schwächere Antriebskräfte ausgingen. Die Beschäftigung dieser Industrien würde sich fühlbarer verschlechtert haben, hätte sie nicht durch Auslandsaufträge eine starke Stütze erfahren. Wohl ist der Bedarf der Wirtschaft an Investitionen, weniger für Vermehrung der Erzeugungskapazitäten als für kostensparende Rationalisierungen, unvermindert hoch, doch stieß seine Befriedigung auf die Grenzen, die durch die Möglichkeiten der Kapitalversorgung gezogen waren. Eine Ausnahme stellte das Gebiet der Bauinvestitionen dar, vornehmlich der Wohnungsbau, der auf der Grundlage einer ausreichenden Bereitstellung langfristiger Kapitalmittel aus öffentlicher und privater Hand zur Steigerung von Produktion und Beschäftigung wesentlich beitrug. Die Bauwirtschaft wird als Schlüsselgewerbe auch weiterhin ihre Bedeutung als dauerhafte Stütze der Konjunktur behalten.

Bemerkenswert für die Gesamtentwicklung im Berichtsjahr war auch die Schaffung einer beträchtlichen Zahl neuer Arbeitsplätze bei gleichzeitig nicht unbeträchtlicher Erhöhung der *Produktivität*. Die je Arbeiterstunde erbrachte Leistung nahm wie schon im Vorjahr erneut um rd. 5% zu. Dieser Erfolg darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch in den kommenden Jahren noch eine erhebliche Steigerung der Produktivität erforderlich ist. Auch der Abbau einer in manchen Wirtschaftszweigen vorhandenen Übersetzung wird unvermeidlich werden.

Verstärkter Übergang zur Mengenkonzunktur, ausgeglichene Preisentwicklung, gesteigerte Beschäftigung und erhöhte Einkommen bieten ein *Gesamtbild fortschreitender wirtschaftlicher Konsolidierung*. Was noch zu tun bleibt, ist die Beseitigung oder Milderung von Gegensätzlichkeiten und Widersprüchen, die das System unserer Marktwirtschaft nach wie vor aufweist. An erster Stelle steht hier unverändert die Forderung, daß der Staat aufhört, die eigene Unternehmertätigkeit auszubauen, sie vielmehr abbaut. Hinzu muß der Verzicht auf alle irgend entbehrlichen Lenkungs Eingriffe treten.

Ordnung von Kapitalmarkt und Wohnungswirtschaft sowie Finanz- und Steuerreform sind die eng untereinander verbundenen Probleme, deren Lösung dringlich bleibt. An erster Stelle muß ein Abbau des Steuerdrucks stehen, der mit Wagemut weit genug geht, um den Weg zur Lösung aller übrigen Fragen frei zu machen. Insbesondere wird die Kapitalmarktfestigung nur erreichbar sein, wenn ihr die Steuerreform ein Fundament von genügender Breite schafft. Zwar hat im Berichtsjahr die Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes erheblich zugenommen. Der Gesamtbetrag der abgesetzten Wertpapiere stieg von 1,6 Mrd. DM im Jahre 1952 auf 3,1 Mrd. DM im Jahre 1953 und war damit fast doppelt so hoch. An den Markt können nunmehr größere Ansprüche gestellt werden. Auch die Aussichten für eine Senkung des Zinsfußes haben sich verbessert. Wie die bei einer Reihe von Industrielanleihen erzielten Erfolge bewiesen haben, ist bei einer den Marktverhältnissen richtig angepaßten Ausstattung und bei Vermeidung einer Überbeanspruchung eine glatte Unterbringung möglich. Besonders erfreulich war auch die Entwicklung der Spareinlagen, deren Jahreszuwachs rd. 3,8 Mrd. DM erreichte und damit – gemessen an Kaufkraft und Bevölkerungszahl – alle in der Vorkriegszeit erzielten Erfolge übertraf.

Dieser günstige Gesamteindruck wird jedoch durch die folgenden Tatsachen erheblich abgeschwächt. Die gesetzgeberischen Maßnahmen haben sich bislang als recht unvollkommene Mittel zur Förderung des Kapitalmarktes erwiesen. Die *öffentliche Hand* nahm die Vorzugsstellung, die ihr das *Kapitalmarktförderungsgesetz* gab, weit stärker in Anspruch, als es zur Finanzierung der staatlichen Investitionen notwendig gewesen wäre. Rund 40 % des Wertpapierabsatzes entfielen auf Anleihen der öffentlichen Hand und auf Kommunal-Obligationen. Dabei kam es sowohl beim Bund wie bei manchen Gebietskörperschaften zur Hortung von Kapitalmarktmitteln, die der dringend kapitalbedürftigen Wirtschaft fehlten. Diese ernststen Störungsfaktoren lassen sich für die Zukunft vermeiden, wenn die öffentliche Hand ihre Investitionen nicht mehr durch Steuern, sondern nur noch durch Anleihen finanziert, sich die Mittel nicht früher beschafft als sie tatsächlich gebraucht werden und darauf verzichtet, die Wettbewerbsbedingungen zum Nachteil der privaten Wirtschaft zu verschieben. Schließlich gilt es zu erreichen, daß der Staat seine Investitionen mehr und mehr auf den öffentlichen Bereich beschränkt und daß nicht fortgesetzt weiteres öffentliches Eigentum aus Steuermitteln gebildet wird.

Das Ergebnis des Kapitalmarktförderungsgesetzes war auch deshalb enttäuschend, weil dieses Gesetz in der steuerlichen Begünstigung der Zinserträge sehr weit ging und dennoch der überwiegende Teil der gesetzlich geförderten Emissionen nicht in die Hand privater Anleger gelangte, sondern von Kapitalsammelstellen und anderen Großzeichnern übernommen wurde.

Schließlich vollzog sich die Wiederbelebung des Kapitalmarktes ohne die Einschaltung der *Aktie*. Ihr Anteil an den Wertpapieremissionen betrug 1953 nur 9%, die überdies den Kapitalmarkt größtenteils überhaupt nicht berührt haben. Alle Bemühungen um die *Aktie* sind bisher an fiskalischen Überlegungen gescheitert, obwohl der Rückgang der Selbstfinanzierung als Folge verminderter Unternehmungsgewinne die Ansprüche an den Kapitalmarkt hat wachsen lassen. Es gilt, eine ausreichende Versorgung der gewerblichen Wirtschaft mit verantwortlichem Eigenkapital und damit ein angemessenes Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdmitteln bei den Unternehmen wiederherzustellen.

Das Jahr 1953 brachte als Folge der *Überschüsse des Außenhandels*, die in Höhe von 2,5 Mrd. DM das Ergebnis einer Zunahme der Exporte bei etwa gleichbleibendem Wert der Importe waren, eine weitere Festigung des Außenwertes unserer Währung. Besonders hervorgehoben zu werden verdient, daß von den noch um rd. 1 Mrd. DM höheren Gesamtüberschüssen im Zahlungsverkehr mit dem Ausland fast 68% in Gold oder US-Dollar anfielen. Schon dieser Umstand macht deutlich, daß die Gläubigerposition der Bundesrepublik nicht etwa überwiegend eine den deutschen Interessen im Grund schädliche Kreditgewährung an devisenschwache Länder darstellt. Doch auch das Ausmaß der Kreditgewährung an die EZU, die Ende 1953 460 Mill. \$ – das sind 14% eines Jahresexportes in die EZU-Länder – erreichte, erscheint nicht bedenklich.

Die Erzielung des hohen Aktivsaldos der Zahlungsbilanz, dessen Niederschlag die Anreicherung des Devisenfonds darstellt, ist nicht ohne Schattenseiten geblieben. Sie bestehen vornehmlich in der erheblichen *Geldschöpfung*, die durch das Zentralbanksystem Hand in Hand mit der Erhöhung der Devisenreserven vorgenommen werden mußte. Sie hat zu einem starken Abfluß von Zentralbankgeld in die Wirtschaft geführt und wesentlich zu der Erhöhung des Geldvolumens um annähernd 4 Mrd. DM beigetragen. So ergab sich eine Verflüssigung des Geldmarktes, die von der Außenwirtschaft her auf die Inlandsentwicklung einwirkt. Im Verlauf des Berichtsjahres wurde in 2 Etappen eine Senkung des Diskontsatzes auf 3½% vorgenommen. Gleichzeitig stieg bei verbilligten Kreditkosten der Gesamtbetrag der kurzfristigen Kredite an Wirtschaft und Private ununterbrochen weiter an. Die Ausweitung des Geldvolumens hat *keine Gleichgewichtsstörungen* zwischen Geld- und Güterseite der Wirtschaft zur Folge gehabt, war sogar eher mit einer leichten Tendenz zu Preisrückgängen verbunden. Die hier angedeuteten Zusammenhänge werfen eine Reihe nicht leicht zu lösender Probleme auf, die nicht zuletzt auch für das Bankgewerbe von großer Bedeutung sind.

Der inzwischen von der Bundesrepublik aufgenommene *Transfer* im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens, die Inanspruchnahme von EZU-Guthaben zur Realisierung des Israel-Vertrages, weitere Maßnahmen zur Liberalisierung im Waren- und Dienstleistungsverkehr, schließlich Transferlockerungen für das ausländische Kapital und seine Erträge, dürften die weitere Stärkung der Bundesrepublik als Gläubigerland in Zukunft zumindest stark verlangsamen. Das wird sich wahrscheinlich auch im Handelsverkehr mit einer Anzahl der an die Bundesrepublik verschuldeten Weichwährungsländer zeigen mit den sich daraus ergebenden positiven Auswirkungen für die Kontinuität unseres Außenhandels mit diesen Ländern. Im übrigen könnte aber die Entwicklung der deutschen Devisenbilanz auch einmal eine Verschlechterung erfahren, z. B. durch Veränderungen

im Verhältnis der Preise von eingeführten Rohstoffen und ausgeführten Fertigwaren, wobei sich dann der hohe Wert der inzwischen angesammelten Währungsreserven erweisen würde.

Die vorgenommenen und noch zu erwartenden Lockerungen im Transfer von Kapitalerträgen haben zu einem beträchtlichen Anstieg der *Sperrmarkkurse* geführt. Der Kurs stieg in Zürich im Laufe des Berichtsjahres um rd. 20% auf 77 sfrs. und hat sich inzwischen weiter dem Paristand genähert. Im Zuge dieser Entwicklung ist es auch zu einer erhöhten Bereitschaft von Sperrmarkbesitzern und ausländischen Anlegern gekommen, ihre Guthaben in der Bundesrepublik in Wertpapiere umzuwandeln oder bereits investierte Beträge dort zu belassen. Es hat sich wieder einmal bestätigt, daß die Neigung des Kapitals, ein Land zu meiden, schwindet, wenn die Aussicht auf freie Verfügbarkeit wächst.

Für die Rückkehr zur *Konvertibilität* sind durch die günstige Entwicklung des deutschen Außenhandels, die dadurch ermöglichte Anlage einer Devisenreserve und die Transfererleichterungen wertvolle Voraussetzungen geschaffen worden. Doch bleibt es weiterhin für die Bundesrepublik entscheidend, daß sich nicht allein die übrigen Gläubigerländer, sondern insbesondere auch Großbritannien und der Sterling-Raum zur Einführung der Konvertibilität in die Lage gesetzt sehen. Erst dann kann diese gegenüber der geltenden Regelung einen wirklichen Fortschritt bringen. Alles, was in der Bundesrepublik inzwischen zur weiteren Stärkung des Vertrauens in die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, für den Abbau oder die Vermeidung diskriminierender Maßnahmen im internationalen Güter-, Geld- und Kapitalverkehr geschieht, wird zugleich dieser großen Zielsetzung förderlich sein.

II

Der Arbeitsbereich unserer Bank umfaßt mit dem Lande *Nordrhein-Westfalen* ein Gebiet starker Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte, dem die besondere Aufmerksamkeit des In- und Auslandes gilt. Die tiefen Eingriffe in die Struktur seiner *Grundstoffindustrien* in Gestalt der Entflechtung sind im wesentlichen beendet. Das Ergebnis ist eine betriebliche Aufsplitterung der Montanindustrie, deren schädliche Auswirkungen bereits zutage treten. Insbesondere von seiten der Eisenindustrie ist mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit betont worden, daß eine gewisse Revision der Entflechtung auf die Dauer unausweichlich werde.

An der Steigerung der industriellen Produktion im Lande Nordrhein-Westfalen, die insgesamt 6% erreichte, waren ebenso wie in der gesamten Bundesrepublik die einzelnen Industriezweige sehr unterschiedlich beteiligt. Der *Steinkohlenbergbau* hat an diesem Anstieg keinen Anteil gehabt. Daß die Kohlenförderung hinter der gesamten Produktionsentwicklung zurück blieb, liegt zu einem großen Teil an den unzureichenden Investitionen. Mit den verfügbaren Finanzierungsmitteln ist es nicht möglich, die Abteufung

neuer Schachtanlagen in dem erforderlichen Umfang durchzuführen. Außerdem haben sich nunmehr die Grenzen gezeigt, die der Aufnahmefähigkeit des Kohlenmarktes bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage im In- und Ausland gesetzt sind. Die Förderung von rd. 124 Mill. t dürfte dem Bedarf entsprochen haben; zusammen mit der eingeführten Kohle war das Angebot eher größer als die Nachfrage. Auch bei zunehmender Wachstumsrate der Wirtschaft liegen die großen Aufgaben des Kohlenbergbaus weniger darin, die Förderung zu steigern als vielmehr die Produktivität zu erhöhen. Hier bleibt noch viel zu tun. Trotz ständiger Bemühungen um Rationalisierung und erheblichen Kapitalaufwandes ist es im Jahre 1953 nicht gelungen, die Schichtleistung je Mann unter Tage zu erhöhen, sie blieb sogar hinter der Durchschnittsleistung des Jahres 1952 etwas zurück. Unabhängig von der Marktlage besteht daher für den Kohlenbergbau das große Problem der Investitionsfinanzierung unverändert fort und hält nicht nur die beteiligten Unternehmen, sondern auch die für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Stellen in großer Sorge.

Ähnlich wie bei der Kohle verlief das Berichtsjahr für die *Eisen- und Stahlwirtschaft* unseres Landes. Während die Höhe der Erzeugung noch im ersten Quartal zu den größten Hoffnungen berechtigte, ließ sie in den folgenden Monaten so stark nach, daß sie im Gesamtergebnis das Vorjahr erheblich unterschritt. Erstmals nach dem Kriege ist damit die aufsteigende Linie der Eisen- und Stahlerzeugung unterbrochen worden. Bei verminderter Auslastung der Kapazitäten wurde die Ertragslage durch den Rückgang der Umsätze beeinträchtigt. Auch hier spiegelt sich in der Umsatzminderung die Anpassung der Erzeugung an den laufenden Bedarf wider, ein Vorgang, der zu einem harten Kampf um den Markt geführt hat. Bei allen Hoffnungen, die man für das Jahr 1954 hegt, bleibt zu beachten, daß Bergbau wie Eisenindustrie in ihrer weiteren Entwicklung beengt sind durch den Mangel an Finanzierungsmöglichkeiten, die für die drängenden Rationalisierungsaufgaben in Anspruch genommen werden könnten. Solche Aufgaben sind nicht nur technischer, sondern teilweise auch organisatorischer Natur. Wenn die Montan-Union in umfassendem Sinn ihre europäische Aufgabe erfüllen soll, wird das gemeinsame Wirken auch dazu führen müssen, daß organisatorische Rationalisierungsprobleme in europäischem Geist gelöst werden.

An der Zunahme der industriellen Gütererzeugung des Landes hatte neben der *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* und den *Verbrauchsgüterindustrien* – voran die *Textilindustrie* mit einem Produktionsanstieg von 14 % – auch das *Baugewerbe* einen besonderen Anteil. Das Bauvolumen vergrößerte sich mehr als doppelt so stark wie im vorangegangenen Jahr. In den Investitionsgüterindustrien blieb die Produktion insgesamt auf der Höhe von 1952, lag aber innerhalb dieser Gruppe sehr unterschiedlich. Während die Fertigung des *Stahlbaus* beträchtlich zunahm, ging die Erzeugung in der *Fahrzeugindustrie* zurück. Im *Maschinenbau* ergab sich gegenüber dem Vorjahr keine wesentliche Veränderung. Als besonderes Kennzeichen dafür, daß auch in einer Periode normalen Konjunkturanstiegs beachtliche Antriebskräfte am Werk waren, kann die Zunahme der Beschäftigten gelten, für die ähnlich wie im Jahre 1952 rund eine Viertelmillion Arbeitsplätze neu geschaffen wurden. Mit einer Arbeitslosenzahl, die mit einem Jahresdurchschnitt von 3,4 % aller Arbeitnehmer einen außerordentlichen Tiefstand hatte, ist praktisch Vollbeschäftigung erreicht worden.

III

Das Volumen der kurz- und mittelfristigen Ausleihungen der Kreditbanken im Bundesgebiet erhöhte sich im Berichtsjahr von 11,9 Mrd. DM auf 13,5 Mrd. DM. Die Zunahme blieb etwas hinter der des Jahres 1952 zurück, läßt aber eine fortgesetzt hohe Inanspruchnahme des kurzfristigen Bankkredits durch die Wirtschaft erkennen. Die gleichartige Entwicklung kommt in der Veränderung unseres eigenen Kreditvolumens zum Ausdruck. Die *Gesamtsumme der von uns gewährten Bar-, Akzept- und Diskontkredite* (Laufzeit bis zu 4 Jahren, ohne Kredite an Banken) betrug

am 31. 12. 1952	1 290 Mill. DM
am 31. 12. 1953	1 400 Mill. DM

Eine der wesentlichen Ursachen für die anhaltend hohe Kreditnachfrage bestand unverändert in der Gewinnabschöpfung durch die Steuern. Hinzu kam die Notwendigkeit, erhöhte Umsätze zu finanzieren und fehlendes Kapital durch Bankkredit zu ersetzen. Die *Wirtschaftskredite der Banken* haben nicht mehr wie in früheren Jahrzehnten reinen Umschlagscharakter, sondern werden mehr und mehr als eine dauernde Ergänzung der Betriebsmittel in Anspruch genommen, auch wenn sie im Umlaufvermögen Deckung finden. Ihre Zurücknahme würde bei einer großen Anzahl von Unternehmen die Gefahr erheblicher Betriebseinschränkungen zur Folge haben. Die Ausweise der Unternehmen zeigen bei steigendem Produktions- und Umsatzvolumen eine fortschreitende Verschlechterung des Verhältnisses von Eigenkapital zu Fremdmitteln, eine Entwicklung, die ihre Ursache immer wieder in der weitgehenden Abschöpfung der flüssigen Mittel durch die übermäßige Besteuerung hat, die keine ausreichende Kapitalneubildung bei den Betrieben zuläßt.

Bei der Erfüllung der an sie gestellten Ansprüche brauchten die Banken das Zentralbanksystem weit weniger in Anspruch zu nehmen als im Vorjahr. Eine der hauptsächlichen Ursachen für die erhöhte Liquidität bildete die günstige Entwicklung der westdeutschen Devisenbilanz, deren Einflüsse stärker waren als die kontraktiven Wirkungen, die von dem ständigen Wachstum der öffentlichen Einlagen beim Zentralbanksystem ausgingen.

Nach der sprunghaften Aufwärtsentwicklung des deutschen Außenhandels in den Jahren 1948/52 hat sich die Zuwachsrate im Jahre 1953 deutlich verringert. Parallel mit dieser Gesamtentwicklung ist auch im *Auslandsgeschäft* unseres Instituts eine Konsolidierung auf dem im Jahre 1952 erreichten Niveau festzustellen. Während noch im Jahre 1952 die Steigerung der Umsätze stärker auf die Einfuhrseite entfiel, hat sich im Berichtsjahr vor allem der Umfang der von uns abgewickelten Ausfuhrgeschäfte erweitert. Auch diese Entwicklung vollzog sich im Gleichtakt mit derjenigen des allgemeinen Exportgeschäfts; die Gesamtausfuhr des Landes Nordrhein-Westfalen erreichte rund 8 Mrd. DM.

Dank der auf eine fortschreitende Liberalisierung ausgerichteten Politik der Bundesregierung und der Bank deutscher Länder sind auf dem Wege zur *Erleichterung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland* bemerkenswerte Fortschritte zu verzeichnen. Die Dezentralisierung des Zahlungsverkehrs mit einer Reihe von Ländern sowie die wachsende Bedeutung der D-Mark als internationales Zahlungsmittel bewirkten im Geschäftsjahr

eine Vermehrung der bei uns geführten ausländischen DM-Konten und der über diese geleiteten Umsätze. In zunehmendem Maße wurden Ein- und Ausfuhrgeschäfte in DM abgewickelt. Zu der Erhöhung der Umsätze trug auch die fortgesetzte Auflockerung im internationalen Devisenhandel bei. Die Zahl der von uns bei ausländischen Banken unterhaltenen Währungskonten nahm ebenfalls zu.

Von besonderer Bedeutung für das Auslandsgeschäft war das Inkrafttreten des *Deutschen Kreditabkommens von 1952*, das einen Bestandteil des am 27. Februar 1953 ratifizierten Londoner Schuldenabkommens bildet und dessen Abschluß eine Erhöhung der uns von ausländischen Banken für die Einfuhrfinanzierung zur Verfügung gestellten Rembourskreditlinien zur Folge hatte.

Auch für den Export bestand keinerlei Kreditmangel, vielmehr waren die Banken bereit und in der Lage, jedes vertretbare Exportgeschäft zu finanzieren. Für die Bedürfnisse der mittelfristigen Finanzierung (bis zu 4 Jahren) hat sich die Einschaltung der AUSFUHR-KREDIT-AKTIENGESELLSCHAFT bewährt.

Im Export von Anlagegütern haben die *langlaufenden Lieferantenkredite* erheblich an Bedeutung gewonnen. Das Zustandekommen von Exporten solcher Art hängt neben wettbewerbsfähigen Preisen und Qualitäten häufig entscheidend von der Laufzeit der angebotenen Kredite ab. Soweit derartige Geschäfte im Interesse der Erhaltung von Export und Inlandsbeschäftigung nicht ausgelassen werden können, müssen sie ihre Finanzierung über den Kapitalmarkt suchen, da sich für eine Depositenbank, die sich in ihrem Kreditgeschäft nur auf kurzfristige Einlagen zu stützen vermag, das Eingehen langfristiger Engagements verbietet.

Die *Effektenmärkte*, über die wir unsere Geschäftsfreunde ausführlich in einer Broschüre »*Das Börsenbild 1953*« unterrichtet haben, standen unter dem Einfluß der wechselvollen politischen Ereignisse im In- und Ausland. Daneben haben die fortgesetzten Diskussionen über die Kapitalmarktgesetzgebung auf Angebot und Nachfrage eingewirkt. Auf Grund des Ersten Gesetzes zur Förderung des Kapitalmarktes vom Dezember 1952, das einseitig den Rentenmarkt begünstigt, verdoppelte sich der Absatz von festverzinslichen Wertpapieren von 1,4 Mrd. DM im Jahre 1952 auf 2,8 Mrd. DM im Berichtsjahr. Dieser Entwicklung entsprechend stiegen unsere Umsätze und erbrachten befriedigende Einnahmen. Insbesondere waren wir auch in der Lage, größere Beträge von Pfandbriefen der uns befreundeten Hypothekenbanken im Kreise unserer Kundschaft unterzubringen.

An den *Aktienmärkten* herrschte infolge der geringen Hoffnungen, die für eine steuerliche Besserstellung der Aktie gegeben waren, monatelang ein Zustand völliger Geschäftslosigkeit. Erst die im Juni verkündete Herabsetzung der Körperschaftsteuer für ausgeschüttete Gewinne von 60 auf 30 % belebte die Geschäftstätigkeit. Im Gesamtergebnis des Jahres lagen auch in Aktien die Umsätze unserer Kundschaft über dem im Vorjahr erreichten Umfang.

IV

Die *Gesamtzahl der in unserer Bank Beschäftigten* erhöhte sich im Verlauf des Geschäftsjahres von 5011 auf 5337 (davon 320 Lehrlinge), die Zunahme betrug demnach 6,5 %. Der Anteil der weiblichen Betriebsangehörigen ist auch weiterhin angestiegen und beträgt mit 2051 etwa 38,4 %. Im Verlauf des Jahres 1953 konnten

67 Mitarbeiter den Tag ihrer 25 jährigen Zugehörigkeit

22 Mitarbeiter den Tag ihrer 40 jährigen Zugehörigkeit

2 Mitarbeiter den Tag ihrer 50 jährigen Zugehörigkeit

zur Bank begehen. Von der Gesamtzahl der Angestellten gehören rd. 24 % 25 Jahre und mehr, etwa 3 % 40 Jahre und mehr unserem Hause an.

Der *Ausbildung des Nachwuchses* hat im vergangenen Jahre wieder unsere besondere Aufmerksamkeit gegolten. Neben der praktischen Anleitung im Betrieb wurde sie durch Einrichtung von Fachkursen, Vortragsreihen und fremdsprachlichen Lehrgängen gefördert. Auch der Austausch von Nachwuchskräften innerhalb unserer Bank wie auch mit dem Ausland wurde fortgesetzt.

Mit Wirkung vom 1. April 1953 wurden die *Tarifgehälter* um rd. 6 % erhöht, ebenso erfuhren die Haushalts- und Kinderzulagen sowie die Unterhaltsbeihilfen für Lehrlinge eine Erhöhung. An den freiwilligen außertariflichen Zahlungen haben alle Tarifangestellten ohne Ausnahme teilgenommen. Für die Beschaffung von Hausrat und Wohnraum wurden wieder größere Beträge bereitgestellt.

Im Zuge unserer *sozialen Fürsorgemaßnahmen* wurde im Interesse der Gesunderhaltung unserer Mitarbeiter und ihrer Familien eine Anzahl erholungsbedürftiger Angestellter verschickt und Kindern unserer Betriebsangehörigen ein Ferienaufenthalt verschafft.

Die FRANZ URBIG- UND OSCAR SCHLITZER-STIFTUNG konnte wie im Vorjahr Zuschüsse zu Erholungsreisen sowie Notstandsbeihilfen leisten.

Einen ausführlichen Sozialbericht haben wir wie alljährlich in unserer am 7. November 1953 abgehaltenen *Gemeinschaftsstunde* erstattet und allen Betriebsangehörigen zugänglich gemacht.

Die uns im Berichtsjahr gestellten Aufgaben konnten wiederum nur durch tatkräftige Mitarbeit unserer Angestellten bewältigt werden. Allen Angehörigen unserer Bank sprechen wir für ihren Fleiß und ihre Pflichttreue unseren Dank aus.

V

Bilanzsumme

Im Berichtsjahr ist die Bilanzsumme unserer Bank von 1 848,2 Mill. DM um 21,3 % auf 2 241,4 Mill. DM angestiegen. Gegenüber dem Jahre 1952, das eine Erhöhung der Bilanzsumme um 299,1 Mill. DM aufzuweisen hatte, ist demnach eine weitere Zunahme um 393,2 Mill. DM zu verzeichnen.

Umsätze

Unsere in- und ausländische Kundschaft (ohne Bankenkundschaft) setzte im vergangenen Jahr auf den bei uns geführten Konten 84 893,3 Mill. DM (gegen 79 968,2 Mill. DM in 1952) und auf den Sparkonten 243,8 Mill. DM (gegen 165,2 Mill. DM in 1952) um. Die Umsätze unserer Bankenkundschaft im In- und Auslande betrugen ohne die Umsätze auf Nostro- und Verrechnungskonten 35 515,8 Mill. DM (gegen 26 159,4 Mill. DM in 1952). Die gesamten Kundenumsätze erhöhten sich mithin von 106 292,8 Mill. DM im Jahre 1952 um 13,5 % auf 120 652,9 Mill. DM.

Liquidität

Den am 31. Dezember 1953 in unserer Bilanz ausgewiesenen Einlagen und aufgenommenen Geldern sowie den Akzeptverbindlichkeiten und den uns mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren und länger überlassenen Geldern von insgesamt 2007,2 Mill. DM standen an Kassenbeständen nebst Guthaben bei der Landeszentralbank und bei Postscheckämtern 197,3 Mill. DM gegenüber, was eine Barliquidität von 9,8 % (Ende 1952 11,7 %) ergibt. Einschließlich dieser Bestände konnten wir am Jahresende über Guthaben bei Kreditinstituten (Nostroguthaben), fällige Zins- und Dividendenscheine, Schecks, bei der Landeszentralbank rediskontfähige Wechsel, Schatzwechsel und beleihbare Wertpapiere in Höhe von 981,7 Mill. DM verfügen, so daß unsere Gesamtliquidität (Deckung der gesamten Verbindlichkeiten durch leicht verwertbare Aktiva) 48,9 % erreichte gegenüber 42,6 % im Vorjahre.

Im Vergleich zur Bilanz vom 31. Dezember 1952 haben sich unsere Kassenbestände und Guthaben bei der Landeszentralbank und bei Postscheckämtern am 31. Dezember 1953 nicht wesentlich geändert. Dagegen erhöhten sich die Guthaben bei Kreditinstituten (Nostroguthaben) infolge des größer gewordenen Geschäftsverkehrs mit in- und ausländischen Banken und der gestiegenen Einlagen von Kreditinstituten von 82,9 Mill. DM am 31. Dezember 1952 auf 142,7 Mill. DM am Jahresende 1953.

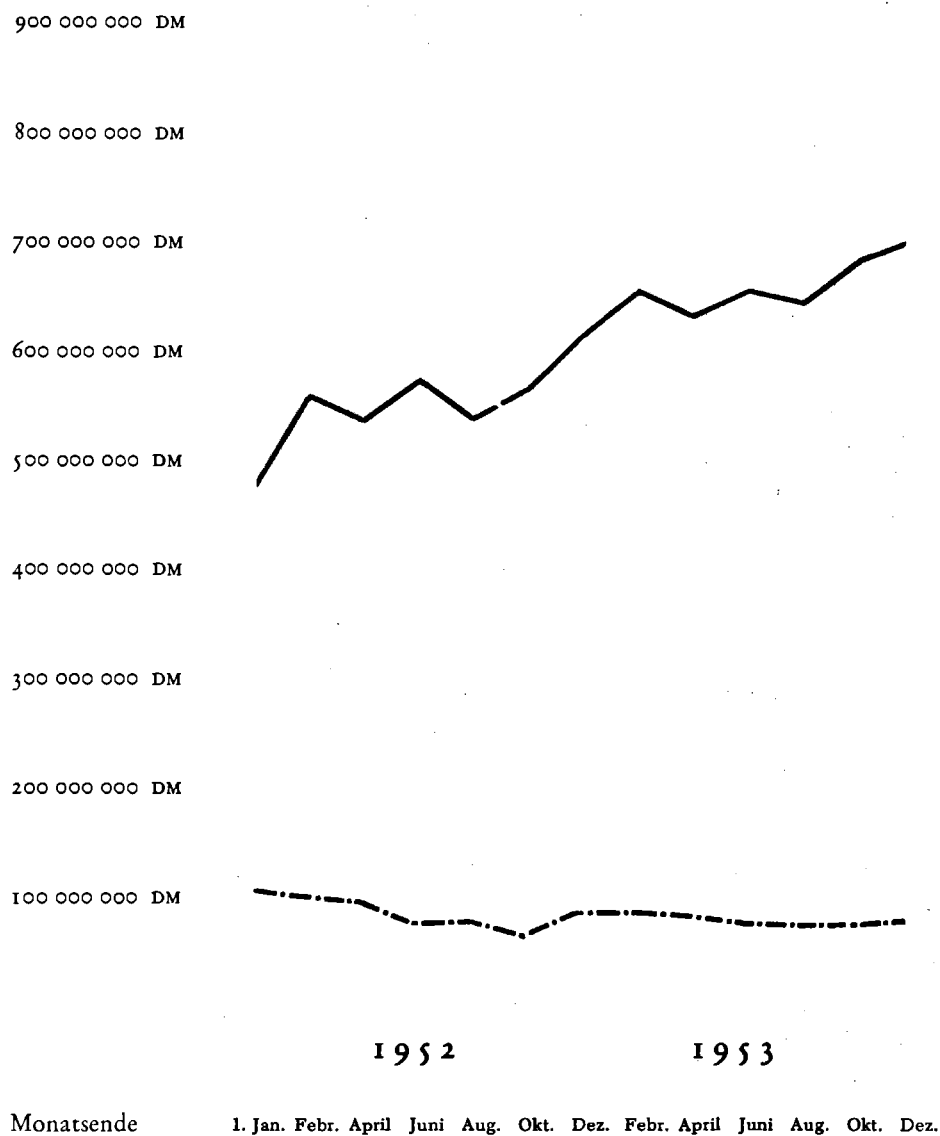
Wechsel

Die Bestände an Wechseln sowie an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen des Bundes und der Länder wurden in der Bilanz des Vorjahres mit 472,2 Mill. DM ausgewiesen; am 31. Dezember 1953 betrugen sie 622,9 Mill. DM. Es konnten somit rund 150 Mill. DM neuer Kundeneinlagen im Wechseldiskontgeschäft angelegt werden. Der Anteil der Wechsel, Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen am Bilanzumfange betrug Ende 1953 27,8 % (gegen 25,5 % am 31. Dezember 1952).

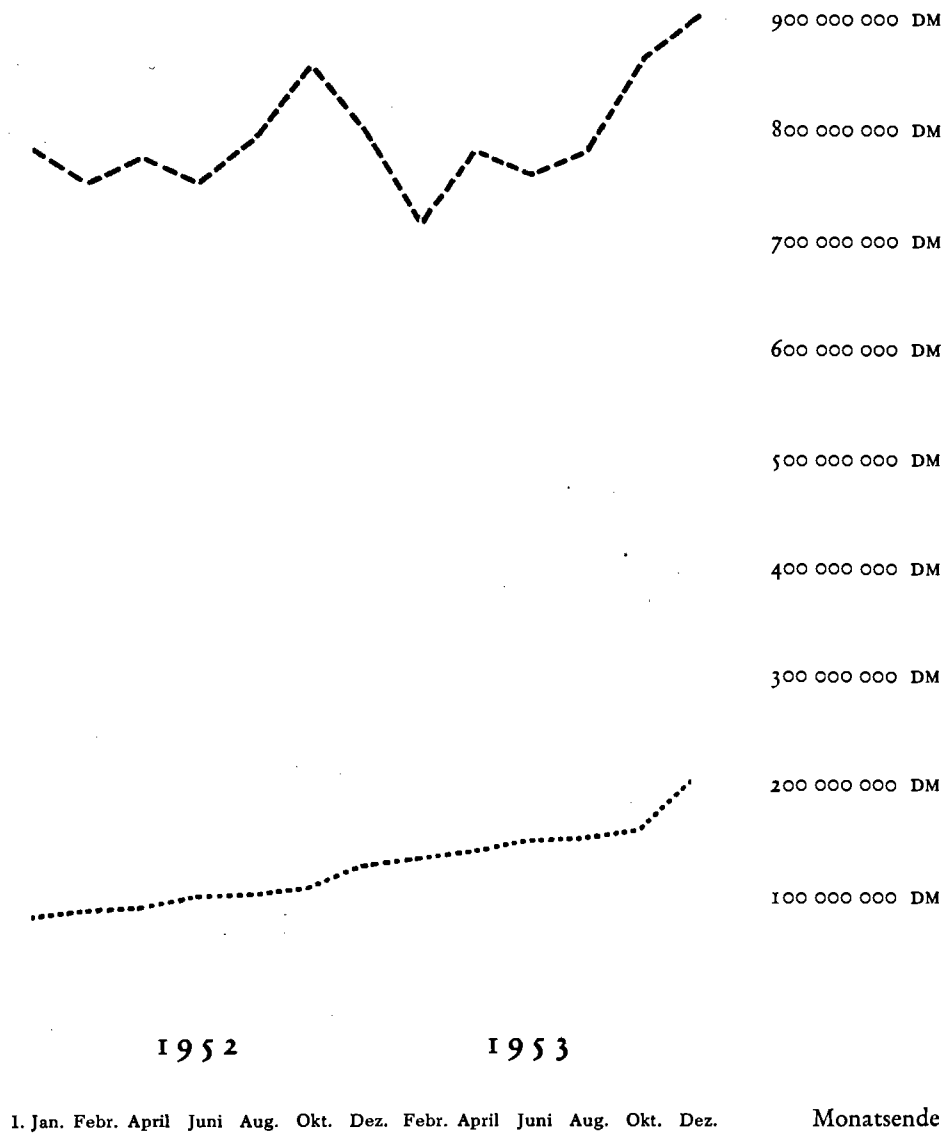
Eigene Wertpapiere

Eine beträchtliche Steigerung weisen die wiederum nach dem Niederstwertprinzip in die Bilanz eingesetzten Bestände an eigenen Wertpapieren auf, die mit 67,7 Mill. DM gegen 31,7 Mill. DM am 31. Dezember 1952 ausgewiesen werden. Die Erhöhung betrifft ausschließlich festverzinsliche Wertpapiere, während die übrigen Bestände keine größeren Veränderungen erfahren haben.

ENTWICKLUNG DER KREDITE



ENTWICKLUNG DER EINLAGEN



Sichteinlagen -----
Termineinlagen
Spareinlagen

Ausgleichsforderungen

Hauptsächlich infolge einer Neubewertung von Aktiven unserer DM-Umstellungsrechnung ermäßigten sich die Ausgleichsforderungen von 137,3 Mill. DM am 31. Dezember 1952 auf 136,4 Mill. DM Ende 1953.

Konsortialgeschäft

Über unser im abgelaufenen Jahre betriebenes Konsortialgeschäft gibt das dem Geschäftsbericht beigefügte Verzeichnis Aufschluß. Die Bestände an Konsortialbeteiligungen beliefen sich auf 11,2 Mill. DM gegenüber 7,2 Mill. DM im Vergleichsjahre.

Ausleihungen

Entsprechend der allgemeinen Geschäftsausdehnung nahmen auch die Ausleihungen im *kurz- und mittelfristigen* Kreditgeschäft (ohne Wechseldiskontkredite) weiterhin zu; sie stiegen von 721,3 Mill. DM am Jahresanfang um 10,9 % auf 800,3 Mill. DM und betragen 35,7 % (gegen 39,0 % am 31. Dezember 1952) der Bilanzsumme.

Die überwiegend der Finanzierung *langfristiger* Industrieinvestitionen dienenden Ausleihungen, welche die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau durch uns zu den Bedingungen dieser Anstalt weitergeleiteten Kredite mit umfassen, erhöhten sich im abgelaufenen Jahre wiederum nicht unbeträchtlich. Der Bilanzposten Langfristige Ausleihungen wird mit 144,8 Mill. DM gegen 95,8 Mill. DM im Vorjahr ausgewiesen. Dagegen blieben die durchlaufenden Kredite, die wir lediglich treuhänderisch für andere, mit der Kredithergabe betraute Institute verwalten, mit 46,7 Mill. DM gegen 45,8 Mill. DM am 31. Dezember 1952 fast unverändert.

Beteiligungen

Unsere Beteiligungen haben im vergangenen Jahre dadurch eine Steigerung erfahren, daß wir einen größeren Posten Berliner Disconto Bank Aktien sowie Anteile der Gefa Gesellschaft für Absatzfinanzierung mit beschränkter Haftung selbst übernahmen und infolge Ausdehnung der Geschäfte der Matura Vermögensverwaltung mit beschränkter Haftung das Kapital dieser Gesellschaft, wie bereits im Geschäftsbericht für 1952 erwähnt, um 250 000,- DM erhöhten. Der Buchwert unserer Beteiligungen belief sich infolgedessen am Jahresende 1953 auf 8 728 301,- DM. Im einzelnen besitzen wir an größeren Posten Aktien oder GmbH-Anteile

a) von Kreditinstituten:

AUSFUHRKREDIT-AKTIENGESELLSCHAFT, Frankfurt (Main)
BANKHAUS J. WICHELHAUS P. SOHN A.-G., Wuppertal-Elberfeld
BERLINER DISCONTO BANK AKTIENGESELLSCHAFT, Berlin
GEFA GESELLSCHAFT FÜR ABSATZFINANZIERUNG MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG,
Wuppertal-Elberfeld

b) von sonstigen Unternehmungen:

MATURA VERMÖGENSVERWALTUNG MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG, Düsseldorf
TRINITAS VERMÖGENSVERWALTUNG GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG,
Düsseldorf.

Alle Beteiligungsunternehmen haben sich im abgelaufenen Jahre befriedigend entwickelt; die uns daraus zugeflossenen Erträge entsprachen unseren Erwartungen.

Grundstücke und Gebäude

Der Wiederaufbau kriegszerstörter Gebäude und die Erweiterung einer Anzahl von Betriebsstätten erforderten erhebliche Beträge. Außerdem vollendeten wir im Rohbau das nach dem Gründer der Disconto-Gesellschaft genannte David Hansemann Haus in Düsseldorf, das dazu bestimmt ist, für die Austausch-Angestellten unserer Bank und in- und ausländischer Geschäftsfreunde eine Lehr- und Wohnstätte zu werden. Grundstücke und Gebäude stehen nunmehr mit 35,2 Mill. DM zu Buche.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Auf die in unserer Eröffnungsbilanz vom 1. Januar 1952 aus steuerlichen Gründen mit 8,6 Mill. DM aktivierte Betriebs- und Geschäftsausstattung hatten wir am 31. Dezember 1952 1,1 Mill. DM abgeschrieben. Den gleichen Betrag haben wir am 31. Dezember 1953 abgebucht, so daß dieser Bilanzposten mit 6,4 Mill. DM ausgewiesen wird, nachdem alle Neuaufwendungen für Möbel, Büromaschinen und sonstige Einrichtungsgegenstände des Jahres 1953 vorweg abgeschrieben worden sind.

Sonstige Aktiva

Die sonstigen Aktiva umfassen wie im Vorjahr in der Hauptsache unseren Beitrag an die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft und Verrechnungsposten mit der DEUTSCHEN BANK in Berlin oder deren Verwaltungssitz Düsseldorf.

Einlagen

Eine beachtliche Steigerung weisen die Einlagen aus. Die uns überlassenen *Sichteinlagen* und *befristeten* Einlagen erhöhten sich von 1346,4 Mill. DM am 31. Dezember 1952 um 21,9% auf 1641,2 Mill. DM, und zwar die Sichteinlagen von 805,5 Mill. DM auf 904,1 Mill. DM, mithin um 12,2%, und die befristeten Einlagen von 540,9 Mill. DM auf 737,1 Mill. DM = 36,3%.

Noch beträchtlicher war die Erhöhung bei den *Spareinlagen* mit insgesamt 52,3%, nämlich von 137,1 Mill. DM Ende 1952 auf 208,8 Mill. DM am 31. Dezember 1953. Daran waren die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist mit einer Steigerung von 52,4 Mill. DM auf 76,1 Mill. DM, mithin um 45,1%, und die mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist mit einer Erhöhung von 84,7 Mill. DM auf 132,7 Mill. DM = 56,7% beteiligt. Bei der letzteren Kategorie überwiegen die steuerbegünstigt gesparten Beträge.

Nostroverpflichtungen

Obgleich unserer Kundschaft seitens unserer ausländischen Bankverbindungen im Laufe des Jahres nicht unerhebliche neue Rembourskredite eingeräumt worden sind, verminderten sich die aufgenommenen Gelder (Nostroverpflichtungen) durch Abwicklung von Vorkriegs-Stillhalte-krediten von 63,1 Mill. DM am 31. Dezember 1952 auf 46,4 Mill. DM.

Akzeptverbindlichkeiten

Akzeptverbindlichkeiten waren Ende 1953 in Höhe von 90,9 Mill. DM vorhanden. Da sich von den Akzepten 87,4 Mill. DM in unserem Besitze befanden, blieben für unsere Bilanz Akzeptverpflichtungen von nur 3,5 Mill. DM (gegen 14,8 Mill. DM im Vergleichsjahre).

Aufgenommene langfristige Darlehen

Entsprechend der Steigerung der langfristigen Ausleihungen nahmen auch die aufgenommenen langfristigen Darlehen, an denen die Durchleitungsposten der Kreditanstalt für Wiederaufbau einen erheblichen Anteil haben, von 68,2 Mill. DM Ende 1952 auf 107,3 Mill. DM zu. Die durchlaufenden Kredite (Treuhandgeschäfte) werden in gleicher Höhe wie auf der Aktivseite unserer Bilanz ausgewiesen.

Pensionsrückstellung

Die Pensionsrückstellung wurde von 30,0 Mill. DM auf 33,5 Mill. DM erhöht. Damit sind die versicherungsmathematisch errechneten Gegenwartswerte der Anwartschaften und der seit dem 1. Januar 1952 gewährten Ruhegehälter gedeckt. Die von uns nach dem mit der DEUTSCHEN BANK geschlossenen Ausgründungsvertrag anteilig zu übernehmenden Pensionen sind, wie im Vorjahrsbericht erwähnt, versicherungsmathematisch etwa zur Hälfte durch Rückstellungen gedeckt; die darüber hinaus gezahlten Beträge wurden zu Lasten unserer Gewinn- und Verlust-Rechnung verbucht.

Sonstige Passivposten

An *sonstigen Rückstellungen* werden diesmal 62,2 Mill. DM ausgewiesen; sie umfassen Steuerrückstellungen und solche Rückstellungen, die gegen Aktivposten der Bilanz nicht aufrechenbar sind.

Bei den *sonstigen Passiva*, die lediglich einige Verrechnungsposten enthalten, sind nennenswerte Veränderungen nicht eingetreten.

Eventualverbindlichkeiten

Die *Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften* sowie aus Gewährleistungsverträgen beliefen sich am Jahresende auf 299,3 Mill. DM (gegen 281,1 Mill. DM am 31. Dezember 1952).

Dagegen ermäßigten sich die *Indossamentsverbindlichkeiten* aus weitergegebenen Wechseln, die von 309,8 Mill. DM am 1. Januar 1952 auf 196,2 Mill. DM am 31. Dezember 1952 zurückgegangen waren, weiterhin auf 128,0 Mill. DM Ende Dezember 1953.

Einzahlungsverpflichtungen auf noch nicht voll gezahlte Aktien oder GmbH-Anteile bestanden am 31. Dezember 1953 mit 3,0 Mill. DM.

Aufwendungen und Erträge

Infolge von Neueinstellungen, Erhöhung der tariflichen Bezüge und Gewährung von Sonderzulagen an weitere bewährte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen stiegen die *Personalaufwendungen* von 32 262 564,64 DM im Jahre 1952 auf 36 187 553,95 DM. Die *Aus-*

gaben für soziale Zwecke, Wohlfahrtseinrichtungen und Pensionen, die im Vorjahre mit 6 443 479,- DM ausgewiesen worden waren, beliefen sich für das Berichtsjahr auf 5 747 448,62 DM. Die Verminderung ist auf die Regelung der Pensionsverbindlichkeiten in Berlin (West), für die nunmehr Ausgleichsforderungen gewährt werden, zurückzuführen. Die übrigen sozialen Aufwendungen sind entsprechend der Erhöhung der Personalausgaben gestiegen.

Sonstige Handlungsunkosten erforderten 13 499 077,82 DM gegen 11 449 283,59 DM im Jahre 1952, und für *Steuern und Abgaben* mußten 36 990 146,60 DM gegen 34 422 386,02 DM für 1952 aufgebracht werden.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes sowie die von uns übernommenen Ruhegehälter früherer Vorstandsmitglieder der DEUTSCHEN BANK und ihrer Hinterbliebenen betrugen 729 254,85 DM. Der Aufsichtsrat erhält als feste Bezüge 111 750,- DM.

Die *Erträge aus Zinsen und Diskont* sind mit 37 113 258,50 DM, die *aus Provisionen und Gebühren* mit 62 854 968,49 DM in die Gewinn- und Verlust-Rechnung eingestellt worden. Die übrigen Einnahmen wurden zu Abschreibungen und inneren Rücklagen verwandt.

Unsere Gewinn- und Verlust-Rechnung schließt nach einer hiermit beantragten Zuführung von

4 000 000,- DM an die *Freie Sonderreserve* mit

3 544 000,- DM *Gewinn* ab. Wir schlagen vor, hiervon

3 400 000,- DM als *Dividende* von 8½% auf 40 000 000,- DM Grundkapital zu verteilen und

144 000,- DM als dividendenabhängige Bezüge dem Aufsichtsrate zu vergüten.

Kapital und Reserven

Nach Zuführung von 4 000 000,- DM an die Freie Sonderreserve betragen unsere eigenen Mittel am 31. Dezember 1953

Grundkapital	40 000 000,- DM
Gesetzliche Reserve	10 000 000,- DM
Freie Sonderreserve	24 000 000,- DM
zusammen	74 000 000,- DM.

DÜSSELDORF, im März 1954

DER VORSTAND

Janberg Plassmann Rath Rösler

Gröning

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

In einer Reihe von Sitzungen des Aufsichtsrats und des aus seiner Mitte bestellten Arbeitsausschusses wurden die vom Vorstand vorgelegten Berichte über die Geschäftsentwicklung und über wichtige Einzelvorgänge erörtert sowie die auf Grund gesetzlicher Vorschrift zur Prüfung und Genehmigung vorgelegten Geschäfte behandelt.

Jahresabschluß und Geschäftsbericht für das Jahr 1953 sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlußprüfer gewählten TREUVERKEHR WIRTSCHAFTSPRÜFUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT, Bielefeld, geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern und den gesetzlichen Vorschriften übereinstimmend befunden worden.

Mit dem vorliegenden Bericht des Vorstandes und mit dem Vorschlag für die Gewinnverteilung erklärt sich der Aufsichtsrat einverstanden.

DÜSSELDORF, im März 1954

DER AUFSICHTSRAT

H. Oesterlink

Vorsitzer

AKTIVA

RHEINISCH-WESTFÄLISCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT

	DM	DM
Kassenbestand		14 371 045,80
Landeszentralbankguthaben		176 532 473,49
Postscheckguthaben		6 394 020,52
Guthaben bei Kreditinstituten (Nostroguthaben)		
a) täglich fällig	117 596 677,33	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
von weniger als 3 Monaten	25 020 121,62	
c) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
von 3 Monaten und mehr	100 000,—	142 716 798,95
Fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine ..		136 682,93
Schecks		7 897 903,24
Wechsel		602 611 909,27
darunter:		
a) zentralbankfähige Wechsel DM 576 431 443,26		
b) eigene Ziehungen DM 9 535 746,21		
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes		
und der Länder		20 272 682,78
Wertpapiere		
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes		
und der Länder	16 389 293,93	
b) sonstige verzinsliche Wertpapiere	23 876 441,14	
c) börsengängige Dividendenwerte	24 473 908,91	
d) sonstige Wertpapiere	2 986 460,50	67 726 104,48
darunter: beleihbar bei einer Landeszentralbank DM 36 938 970,24		
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand		136 367 216,52
Konsortialbeteiligungen		11 234 904,86
Debitoren		
a) Kreditinstitute	68 059 249,49	
b) sonstige	732 242 706,12	800 301 955,61
Langfristige Ausleihungen		
a) gegen Grundpfandrechte	80 903,03	
b) gegen Kommunaldeckung	—	
c) sonstige	144 727 676,23	144 808 579,26
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)		46 700 369,61
Beteiligungen		8 728 301,—
darunter: an Kreditinstituten DM 8 277 800,—		
Grundstücke und Gebäude		
a) dem eigenen Geschäftsbetrieb dienende	32 200 000,—	
b) sonstige	3 000 000,—	35 200 000,—
Betriebs- und Geschäftsausstattung		6 400 000,—
Deckungsforderungen gemäß § 11 Währungsausgleichsgesetz		
und § 19 Altspargesetz		4 552 075,92
Sonstige Aktiva		4 036 080,48
Rechnungsabgrenzungsposten		4 433 192,83
SUMME DER AKTIVA		2 241 422 297,55

In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus Bürgschaften und Indossamentsverbindlichkeiten sind enthalten:

a) Forderungen an Konzernunternehmen	70 728 388,37
b) Forderungen an Mitglieder des Vorstandes und an andere im § 14 Abs. 1 u. 3 Kreditwesengesetz genannte Personen sowie an Unternehmen, bei denen ein Mitglied unseres Aufsichtsrats Inhaber oder persönlich haftender Gesellschafter ist	57 554 946,09

BILANZ zum 31. Dezember 1953

PASSIVA

	DM	DM	DM
Einlagen			
a) Sichteinlagen von			
aa) Kreditinstituten	105 674 398,52		
bb) sonstigen Einlegern	798 409 831,68	904 084 230,20	
b) Befristete Einlagen von			
aa) Kreditinstituten	176 256 408,05		
bb) sonstigen Einlegern	560 898 492,47	737 154 900,52	
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			
von 3 Monaten und mehr DM 514 947 912,56			
c) Spareinlagen			
aa) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	76 109 617,43		
bb) mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist	132 657 899,12	208 767 516,55	1 850 006 647,27
Aufgenommene Gelder (Nostroverpflichtungen)			46 386 186,92
darunter:			
a) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			
von 3 Monaten und mehr DM 6 650 000,—			
b) von der Kundschaft bei Dritten			
benutzte Kredite DM 27 979 616,04			
Eigene Akzepte und Solawechsel		90 885 901,63	
abzüglich eigener Bestand		87 373 151,32	3 512 750,31
Aufgenommene langfristige Darlehen			
a) gegen Grundpfandrechte		—	
b) sonstige		107 309 491,39	107 309 491,39
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)			46 700 369,61
Grundkapital			40 000 000,—
Rücklagen nach § 11 Kreditwesengesetz			
a) Gesetzliche Reserve		10 000 000,—	
b) Freie Sonderreserve	20 000 000,—		
Zuweisung aus Gewinn	4 000 000,—	24 000 000,—	34 000 000,—
Pensionsrückstellung			33 540 750,—
Rückstellungen (einschließlich Steuerrückstellungen)			62 169 685,36
Sonstige Passiva			7 786 030,20
FRANZ URBIG- UND OSCAR SCHLITTER-STIFTUNG			
Stiftungsvermögen		538 765,—	
abzüglich Effektenanlage		477 500,—	61 265,—
Rechnungsabgrenzungsposten			6 405 121,49
Gewinn			3 544 000,—
SUMME DER PASSIVA			2 241 422 297,55

Eigene Ziehungen im Umlauf —

darunter: den Kreditnehmern abgerechnet DM —	
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen	299 293 685,40
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	127 967 440,69
In den Passiven sind enthalten:	
Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen (einschließlich Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Indossamentsverbindlichkeiten)	8 124 976,56

AUFWENDUNGEN

GEWINN- UND VERLUST-RECHNUNG

	DM
Personalaufwendungen	36 187 553,95
Ausgaben für soziale Zwecke, Wohlfahrtseinrichtungen und Pensionen	5 747 448,62
Sonstige Handlungsunkosten	13 499 077,82
Steuern und ähnliche Abgaben	36 990 146,60
Zuweisung an Freie Sonderreserve	4 000 000,—
Gewinn	3 544 000,—
	DM 99 968 226,99

DÜSSELDORF, im März 1954

RHEINISCH-WESTFÄLISCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT

Janberg Plassmann Rath Rösler

Gröning

für das Jahr 1953

ERTRÄGE

	DM
Zinsen und Diskont	37 113 258,50
Provisionen und Gebühren	62 854 968,49
	DM 99 968 226,99

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der RHEINISCH-WESTFÄLISCHE BANK AKTIENGESellschaft sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften.

BIELEFELD/DÜSSELDORF, den 8. März 1954

TREUVERKEHR WIRTSCHAFTSPRÜFUNGS-AKTIENGESellschaft

Dr Möhle

Wirtschaftsprüfer

Dr Dr Red

Wirtschaftsprüfer

Zusammenstellung

der größeren GEMEINSCHAFTSGESCHÄFTE des Jahres 1953

Emissionen von öffentlichen Anleihen:

5 % Anleihe der Bundesrepublik Deutschland von 1952

Übernahmen, Emissionen und Börseneinführungen von sonstigen Anleihen:

Aktiengesellschaft für Berg- und Hüttenbetriebe
Badenwerk Aktiengesellschaft
Robert Bosch G.m.b.H.
Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft
Deutsche Linoleum-Werke Aktiengesellschaft
Deutsche Shell Aktiengesellschaft
Didier-Werke Aktiengesellschaft
Donaukraftwerk Jochenstein Aktiengesellschaft
Dyckerhoff Portland-Zementwerke Aktiengesellschaft
Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft
Hochofenwerk Lübeck Aktiengesellschaft
(jetzt Metallhüttenwerke Lübeck Aktiengesellschaft)
Kommunales Elektrizitätswerk Mark Aktiengesellschaft
Mannesmann Aktiengesellschaft
Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg Aktiengesellschaft
Monopol Bergwerks-Aktiengesellschaft
Nordwestdeutscher Hütten- und Bergwerksverein
Aktiengesellschaft
Rütgerswerke-Aktiengesellschaft
Ruhrtalsperrenverein
Ruhrverband
Schleswig-Holsteinische Stromversorgungs-
Aktiengesellschaft
Wasag-Chemie Aktiengesellschaft

Übernahmen, Emissionen und Börseneinführungen von Aktien:

Aktiengesellschaft für Luftverkehrsbedarf
Badische Anilin- & Soda-Fabrik Aktiengesellschaft
Brown, Boveri & Cie. Aktiengesellschaft
Cassella Farbwerke Mainkur Aktiengesellschaft
Consolidation Bergbau-Aktiengesellschaft
Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft
Deutsche Hypothekenbank (Bremen)
Deutsche Linoleum-Werke Aktiengesellschaft
Diergardt-Mevissen Bergbau-Aktiengesellschaft
Essener Steinkohlenbergwerke Aktiengesellschaft
Farbenfabriken Bayer Aktiengesellschaft
Farbwerke Hoechst A.G. vormals Meister Lucius & Brüning
Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft
Heinrich Bergbau-Aktiengesellschaft
I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft i. L. –
Liquidationsanteilscheine
Klöckner-Humboldt-Deutz Aktiengesellschaft
Mannesmann Aktiengesellschaft
Rheinisch-Westfälische Eisen- und Stahlwerke
Aktiengesellschaft
Rheinpreußen Aktiengesellschaft für Bergbau und Chemie
Rheinstahl-Union Maschinen- und Stahlbau
Aktiengesellschaft
Stahlindustrie und Maschinenbau Aktiengesellschaft
Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft i. L. –
Liquidationsanteilscheine
Westdeutsche Bodenkreditanstalt

Verzeichnis der GESCHÄFTSSTELLEN

Hauptverwaltung: DÜSSELDORF, Königsallee 45/47

AACHEN Friedrich-Wilhelm-Platz 15	DUISBURG-MEIDERICH von-der-Mark-Straße 57	KÖLN An den Dominikanern 15-27	PADERBORN Bahnhofstraße 1
AHLEN (Westfalen)** Gerichtsstraße 3	DUISBURG-RUHRORT Hafenstraße 27/29	Depositenkassen: Dürener Straße 230 Hohenzollernring 14 Krebsgasse 4-6 ** Luxemburger Straße 242 Neußer Straße 253-255 Robertstraße 5 Sechtemer Straße 2 Ubierring 1 Venloer Straße 352	RATINGEN * Düsseldorfer Straße 23
ALTENA (Westfalen) Kirchstraße 9	EMMERICH Steinstraße 27	Zahlstelle: Flughafen Wahn	RECKLINGHAUSEN Königswall 24
BAD GODESBERG Moltkestraße 58	ENNEPETAL-MILSPE (Westf.) Voerder Straße 7	KÖLN-MÜLHEIM Adamsstraße 52-56	REMSCHIED Blumenstraße 33
BAD OEYNHAUSEN Mindener Straße 39 c	ESSEN Lindenallee 29-41	KREFELD Ostwall 131-133	REMSCHIED-LENNEP Kölner Straße 36
BAD SALZUFLEN Osterstraße 45	Depositenkassen: Altenessener Straße 388 Borbecker Straße 122 Kaiser-Otto-Platz 8 * Zweigertstraße 1	KREFELD-UERDINGEN Niederstraße 81	RHEINE (Westfalen) Neuenkirchener Straße 10
BERGISCH GLADBACH Hauptstraße 177	Zahlstelle: Stoppenberger Straße 64 (Städtischer Schlachthof I)	LEVERKUSEN-WIESDORF Kölner Straße 86	RHEYDT Odenkirchener Straße 43
BEUEL Friedrichstraße 64	GELSENKIRCHEN von-Oven-Straße 12/14	LIPPSTADT Bahnhofstraße 30	SCHWELM Schulstraße 37
BIELEFELD Herforder Straße 23	GLADBECK (Westfalen) Horster Straße 10	LÜDENSCHIED Altenaer Straße 14	SIEGEN Koblenzer Straße 7
BOCHUM Husemannplatz 5 a	GOCH Bahnhofstraße 10	MENDEN (Sauerland) Unnaer Straße 6	SOEST Markt 14
BONN Kaiserplatz 9	GREVENBROICH (Niederrh.) Bahnstraße 49	METTAMANN Joh.-Flintrop-Straße 12	SOLINGEN Hauptstraße 214
BOTTROP Osterfelder Straße 17	GRONAU (Westfalen) Wilhelmstraße 11	MINDEN (Westfalen) Gr. Domhof 3	SOLINGEN-OHLIGS Bahnstraße 8-10
DETMOLD Bismarckstraße 3	GÜTERSLOH Kökerstraße 24	M. GLADBACH Bismarckplatz 1-3	SOLINGEN-WALD Deutzerhofstraße 3
DORSTEN Essener Straße 12	GUMMERSBACH Hindenburgstraße 20	MOERS Homberger Straße 80	STOLBERG (Rheinland) Rathausstraße 16 a
DORTMUND Betenstraße 11	HAAN (Rheinland)* Kaiserstraße 68	MÜLHEIM (Ruhr) Wallstraße 6	VELBERT (Rheinland) Nedderstraße 15
Depositenkasse: Heiligerweg 60 (Großmarkt)	HAGEN (Westfalen) Bahnhofstraße 49/51	MÜNSTER (Westfalen) Alter Fischmarkt 13-15	VIERSEN Poststraße 5
DÜLKEN * Viersener Straße 9	HAMM (Westfalen) Bahnhofstraße 5	NEHEIM-HÜSTEN Lange Wende 8 a	WITTEN Widestraße 9
DÜREN Schenkelstraße 14	HATTINGEN (Ruhr) Bismarckstraße 1	NEUSS Hafenstraße 2	WUPPERTAL-BARMEN Neuer Weg 604/6
DÜSSELDORF Königsallee 45/47	HEMER (Kreis Iserlohn) Hauptstraße 110	OBERHAUSEN (Rheinland) Helmholtzstraße 37	WUPPERTAL-CRONENBERG Rathausstraße 6
Depositenkassen: Am Barbarossa-Platz Brehmstraße 1 Brunnenstraße 2 Collenbachstraße 2 Jacobistraße 1	HERFORD Schillerstraße 9	OBERHAUSEN-STERKRADE Steinbrinkstraße 220	WUPPERTAL-ELBERFELD Friedr.-Ebert-Straße 1-11
DÜSSELDORF-BENRATH Hauptstraße 4	HERNE Heinrichstraße 9	OLPE Martinstraße 2	Zahlstelle: Viehhofstraße 121
DUISBURG Königsstraße 11	HOHENLIMBURG Herrenstraße 16	OPLADEN Birkenbergstraße 6	WUPPERTAL-OBERBARMEN * Berliner Straße 173
DUISBURG-HAMBORN Weseler Straße 1 a	ISERLOHN Hagener Straße 2		WUPPERTAL-RONSDORF Erbschlöer Straße 10
	KLEVE Herzogstraße 32		WUPPERTAL-VOHWINKEL Kaiserstraße 2 a
			WYLER

* 1953 eröffnet

** 1954 eröffnet

Granau
Rheine
Minden
Bad Oeynhausen
Herford
Bad Salzuflen
Bielefeld
Münster
Ems
Gütersloh
Detmold
Wylar
Emmerich
Kleve
Ahlen
Paderborn
Soch
Rhein
Darsten
Recklinghausen
Gladbeck
Gelsenkirchen
Herne
Bochum
Dortmund
Oberhausen
Bottrop
Essen
Witten
Menden
Neheim-Hüsten
Moers
Duisburg
Mülheim
Hagen
Hemer
Iserlohn
Krefeld-Uerdingen
Krefeld
Velbert
Hattingen
Schwelm
Hohenlimburg
Rüttgen
Mettmann
Ennepetal-Milspe
Allena
Viersen
Dülken
DUSSELDORF
M. Gladbach
Benrath
Haan
Wuppertal
Solingen-Wald
Remscheid
Lödenscheid
Rheydt
Neuss
Solingen-Ohligs
Solingen
Opladen
Grevenbroich
Leverkusen-Wiesdorf
Bergisch Gladbach
Summersbach
Dipe
Köln
Köln-Mülheim
Siegen
Aachen
Düren
Stolberg
Bonn
Beuel
Bad Godesberg

N

W



O

S

SÜDDEUTSCHE BANK

AKTIENGESELLSCHAFT



GESCHÄFTSBERICHT *für das Jahr 1953*

TAGESORDNUNG

*für die am Freitag, dem 9. April 1954, 12 Uhr,
im großen Sitzungssaal der Industrie- und Handelskammer
in München, Maximiliansplatz 8, 2. Stock, stattfindende*

ORDENTLICHE HAUPTVERSAMMLUNG

I

Vorlage des Jahresabschlusses und Geschäftsberichts für das Jahr 1953
mit dem Bericht des Aufsichtsrats

2

Feststellung des Jahresabschlusses und Beschlußfassung
über die Gewinnverteilung

3

Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats
für das Jahr 1953

4

Festsetzung der Vergütung für den ersten Aufsichtsrat
für das Jahr 1953 und die Zeit vom 1. 1. bis 9. 4. 1954

5

Beschlußfassung über Aufhebung des § 9 Absatz 1, Satz 3-5 der Satzung
(Fortfall des turnusmäßigen Ausscheidens von Aufsichtsratsmitgliedern)

6

Neuwahlen zum Aufsichtsrat gemäß Aktiengesetz § 87 III

7

Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1954

AUFSICHTSRAT

DR. DR.-ING. E. H. DR. H. C. OTTO SEELING, Fürth (Bayern), *Vorsitzer*

DR. H. C. RICHARD MERTON, Frankfurt (Main), *stellvertretender Vorsitzter*

HANS RUMMEL, Stuttgart, *stellvertretender Vorsitzter*

CONRAD BAREISS, Salach (Württemberg)

RICHARD FREUDENBERG, Weinheim (Bergstraße)

RICHARD C. GÜTERMANN, Gutach (Breisgau)

DR. KARL RITTER VON HALT, München

DR. FRITZ KÖNECKE, Stuttgart

DR. ADOLF LOHSE, München

KARL SCHIRNER, Freiburg (Breisgau)

MAX H. SCHMID, Wiesbaden

PROFESSOR DR. DR. H. C. DR.-ING. E. H. CARL WURSTER, Ludwigshafen (Rhein)

Vertreter der Arbeitnehmer:

HEINRICH BRAUN, Frankfurt (Main)

HANS HELMUT BUCHNER, Mainz

CURT HAFERKORN, Stuttgart

LUDWIG RAISS, Mannheim

ARTHUR RIESTER, Freiburg (Breisgau)

LUDWIG STIFTER, München

VORSTAND

HERMANN J. ABS

DR. ROBERT FROWEIN

DR. WALTER TRON

HEINZ OSTERWIND (*stellvertretend*)

DIREKTOREN DER GESAMTBANK MIT GENERALVOLLMACHT

PHILIPP FRANK, Mannheim GERHARD POLFERS, München
DR. TRUDBERT RIESTERER, Stuttgart

DIREKTOREN DER ZENTRALE

FRITZ BAGHORN, München DR. OTTO PIRKHAM, Frankfurt (Main)
DR. PAUL KREBS, Frankfurt (Main) DR. WALTER SCHMIDT, Frankfurt (Main)
LOUIS MAY, Frankfurt (Main) MAX WALTHER, München

DIREKTOREN DER HAUPTFILIALEN

<i>Badisch-Pfälzischer Bezirk</i>	HEINZ CAMMANN, Mannheim DR. HANS FEITH, Mannheim PHILIPP FRANK, Mannheim
<i>Bayerischer Bezirk</i>	FELIX BASSERMANN, München VIKTOR ULBRICH, Nürnberg/München
<i>Hessischer Bezirk</i>	HERMANN KOENIGS, Frankfurt (Main) HERMANN KÜBEL, Frankfurt (Main) DR. LUDWIG SCHROEDER, Frankfurt (Main)
<i>Oberbadischer Bezirk</i>	DR. KARL BUTSCH, Freiburg (Breisgau) DR. GERHARD RÖMER, Freiburg (Breisgau)
<i>Rhein-Mosel-Bezirk</i>	HEINZ KLEIN, Mainz ERICH PUDOR, Mainz OTTO SUDERLAND, Mainz
<i>Württembergischer Bezirk</i>	DR. TRUDBERT RIESTERER, Stuttgart ALFRED ROSEWICK, Stuttgart —
DR. GEORG SIARA, München Syndikus	DR. KURT WINDEN, Frankfurt (Main) Syndikus —
PROFESSOR DR. RUDOLF MEIMBERG, Frankfurt (Main)	Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung

GESCHÄFTSBERICHT DES VORSTANDES

Die *wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik* im Jahre 1953 hat zwar nicht auf allen Gebieten den gehegten Erwartungen entsprochen, stand aber, als Ganzes genommen, im Zeichen weiteren Wachstums und hoher Aktivität. Die Zunahme des Sozialprodukts lag mit 5-6% über der normalen Wachstumsrate, die ein Land mit zunehmender Bevölkerung zur Aufrechterhaltung seines Lebensstandards braucht. Innerhalb des Volkseinkommens hat sich der Anteil der Arbeitnehmer erhöht, während das Einkommen der Selbständigen und der Kapitalgesellschaften relativ gesunken ist.

Der Anstieg von *Investition* und *Verbrauch* war nicht einheitlich. Im Verlauf des Jahres wurde die Beschäftigung stärker vom Verbrauch getragen, während von dem Bereich der Investitionsgüterindustrien schwächere Antriebskräfte ausgingen. Die Beschäftigung dieser Industrien würde sich fühlbarer verschlechtert haben, hätte sie nicht durch Auslandsaufträge eine starke Stütze erfahren. Wohl ist der Bedarf der Wirtschaft an Investitionen, weniger für Vermehrung der Erzeugungskapazitäten als für kostensparende Rationalisierungen, unvermindert hoch, doch stieß seine Befriedigung auf die Grenzen, die durch die Möglichkeiten der Kapitalversorgung gezogen waren. Eine Ausnahme stellt das Gebiet der Bauinvestitionen dar, vornehmlich der Wohnungsbau, der auf der Grundlage einer ausreichenden Bereitstellung langfristiger Kapitalmittel aus öffentlicher und privater Hand zur Steigerung von Produktion und Beschäftigung wesentlich beitrug. Die Bauwirtschaft wird als Schlüsselgewerbe auch weiterhin ihre Bedeutung als dauerhafte Stütze der Konjunktur behalten.

Bemerkenswert für die Gesamtentwicklung im Berichtsjahr war auch die Schaffung einer beträchtlichen Zahl neuer Arbeitsplätze bei gleichzeitig nicht unbeträchtlicher Erhöhung der *Produktivität*. Die je Arbeitsstunde erbrachte Leistung nahm wie schon im Vorjahr erneut um rd. 5% zu. Dieser Erfolg darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch in den kommenden Jahren noch eine erhebliche Steigerung der Produktivität erforderlich ist. Auch der Abbau einer in manchen Wirtschaftszweigen vorhandenen Übersetzung wird unvermeidlich werden.

Verstärkter Übergang zur Mengenkonzunktur, ausgeglichene Preisentwicklung, gesteigerte Beschäftigung und erhöhte Einkommen bieten ein *Gesamtbild fortschreitender wirtschaftlicher Konsolidierung*. Was noch zu tun bleibt, ist die Beseitigung oder Milderung von Gegensätzlichkeiten und Widersprüchen, die das System unserer Marktwirtschaft

nach wie vor aufweist. An erster Stelle steht hier unverändert die Forderung, daß der Staat aufhört, die eigene Unternehmertätigkeit auszubauen, sie vielmehr abbaut. Hinzu muß der Verzicht auf alle irgend entbehrlichen Lenkungs Eingriffe treten.

Ordnung von Kapitalmarkt und Wohnungswirtschaft sowie *Finanz- und Steuerreform* sind die eng untereinander verbundenen Probleme, deren Lösung dringlich bleibt. An erster Stelle muß ein Abbau des Steuerdrucks stehen, der mit Wagemut weit genug geht, um den Weg zur Lösung aller übrigen Fragen freizumachen. Insbesondere wird die Kapitalmarktfestigung nur erreichbar sein, wenn ihr die Steuerreform ein Fundament von genügender Breite schafft. Zwar hat im Berichtsjahr die Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes erheblich zugenommen. Der Gesamtbetrag der abgesetzten Wertpapiere stieg von 1,6 Mrd. DM im Jahre 1952 auf 3,1 Mrd. DM im Jahre 1953 und war damit fast doppelt so hoch wie im Vorjahr. An den Markt können nunmehr größere Ansprüche gestellt werden. Auch die Aussichten für eine Senkung des Zinsfußes haben sich verbessert. Wie die bei einer Reihe von Industrianleihen erzielten Erfolge bewiesen haben, ist bei einer den Marktverhältnissen richtig angepaßten Ausstattung und bei Vermeidung einer Überbeanspruchung eine glatte Unterbringung möglich. Besonders erfreulich war auch die Entwicklung der Spareinlagen, deren Jahreszuwachs rd. 3,8 Mrd. DM erreichte und damit — gemessen an Kaufkraft und Bevölkerungszahl — alle in der Vorkriegszeit erzielten Zugänge übertraf.

Dieser günstige Gesamteindruck wird jedoch durch die folgenden Tatsachen erheblich abgeschwächt. Die gesetzgeberischen Maßnahmen haben sich bislang als recht unvollkommene Mittel zur Förderung des Kapitalmarktes erwiesen. Die *öffentliche Hand* nahm die Vorzugsstellung, die ihr das *Kapitalmarktförderungsgesetz* gab, weit stärker in Anspruch, als es zur Finanzierung der staatlichen Investitionen notwendig gewesen wäre. Rund 40% des Wertpapierabsatzes entfielen auf Anleihen der öffentlichen Hand und auf Kommunal-Obligationen. Dabei kam es sowohl beim Bund wie bei manchen Gebietskörperschaften zur Hortung von Kapitalmarktmitteln, die der dringend kapitalbedürftigen Wirtschaft fehlen. Diese ernstesten Störungsfaktoren lassen sich für die Zukunft vermeiden, wenn die öffentliche Hand ihre Investitionen nicht mehr durch Steuern, sondern nur noch durch Anleihen finanziert, sich die Mittel nicht früher beschafft, als sie tatsächlich gebraucht werden, und darauf verzichtet, die Wettbewerbsbedingungen zum Nachteil der privaten Wirtschaft zu verschieben. Schließlich gilt es zu erreichen, daß der Staat seine Investitionen mehr und mehr auf den öffentlichen Bereich beschränkt und daß nicht fortgesetzt weiteres öffentliches Eigentum aus Steuermitteln gebildet wird.

Das Ergebnis des Kapitalmarktförderungsgesetzes war auch deshalb enttäuschend, weil dieses Gesetz in der steuerlichen Begünstigung der Zinserträge sehr weit ging und dennoch der überwiegende Teil der gesetzlich geförderten Emissionen nicht in die Hand privater Anleger gelangte, sondern von Kapitalsammelstellen und anderen Großzeichnern übernommen wurde.

Schließlich vollzog sich die Wiederbelebung des Kapitalmarktes ohne die Einschaltung der *Aktie*. Ihr Anteil an den Wertpapieremissionen betrug 1953 nur 9%, die

überdies den Kapitalmarkt größtenteils überhaupt nicht berührt haben. Alle Bemühungen um die Aktie sind bisher an fiskalischen Überlegungen gescheitert, obwohl der Rückgang der Selbstfinanzierung als Folge verminderter Unternehmungsgewinne die Ansprüche an den Kapitalmarkt hat wachsen lassen. Es gilt, eine ausreichende Versorgung der gewerblichen Wirtschaft mit verantwortlichem Eigenkapital und damit ein angemessenes Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdmitteln bei den Unternehmen wiederherzustellen.

Das Jahr 1953 brachte als Folge der *Überschüsse des Außenhandels*, die in Höhe von 2,5 Mrd. DM das Ergebnis einer Zunahme der Exporte bei etwa gleichbleibendem Wert der Importe waren, eine weitere Festigung des Außenwertes unserer Währung. Besonders hervorgehoben zu werden verdient, daß von den um rd. 1 Mrd. DM höheren Gesamtüberschüssen im Zahlungsverkehr mit dem Ausland fast 68% in Gold oder US-Dollar anfielen. Schon dieser Umstand macht deutlich, daß die Gläubigerposition der Bundesrepublik nicht etwa überwiegend eine den deutschen Interessen im Grund schädliche Kreditgewährung an devisenschwache Länder darstellt. Doch auch das Ausmaß der Kreditgewährung an die EZU, die Ende 1953 460 Mill. \$ — das sind 14% eines Jahresexportes in die EZU-Länder — erreichte, erscheint nicht bedenklich.

Die Erzielung des hohen Aktivsaldos der Zahlungsbilanz, dessen Niederschlag die Anreicherung des Devisenfonds darstellt, ist nicht ohne Schattenseiten geblieben. Sie bestehen vornehmlich in der erheblichen *Geldschöpfung*, die durch das Zentralbanksystem Hand in Hand mit der Erhöhung der Devisenreserven vorgenommen werden mußte. Sie hat zu einem starken Abfluß von Zentralbankgeld in die Wirtschaft geführt und wesentlich zu einer Erhöhung des Geldvolumens um annähernd 4 Mrd. DM beigetragen. So ergab sich eine Verflüssigung des Geldmarktes, die von der Außenwirtschaft her auf die Inlandsentwicklung einwirkt. Im Verlauf des Berichtsjahres wurde in zwei Etappen eine Senkung des Diskontsatzes auf $3\frac{1}{2}\%$ vorgenommen. Gleichzeitig stieg bei verbilligten Kreditkosten der Gesamtbetrag der kurzfristigen Kredite an Wirtschaft und Private ununterbrochen weiter an. Die Ausweitung des Geldvolumens hat *keine Gleichgewichtsstörungen* zwischen Geld- und Güterseite der Wirtschaft zur Folge gehabt, war sogar eher mit einer leichten Tendenz zu Preisrückgängen verbunden. Die hier angedeuteten Zusammenhänge werfen eine Reihe nicht leicht zu lösender Probleme auf, die nicht zuletzt auch für das Bankgewerbe von großer Bedeutung sind.

Der inzwischen von der Bundesrepublik aufgenommene *Transfer* im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens, die Inanspruchnahme von EZU-Guthaben zur Realisierung des Israel-Vertrages, weitere Maßnahmen zur Liberalisierung im Waren- und Dienstleistungsverkehr, schließlich Transferlockerungen für das ausländische Kapital und seine Erträge dürften die weitere Stärkung der Bundesrepublik als Gläubigerland in Zukunft zumindest stark verlangsamen. Das wird sich wahrscheinlich auch im Handelsverkehr mit einer Anzahl der an die Bundesrepublik verschuldeten Weichwährungsländer zeigen, mit den sich daraus ergebenden positiven Auswirkungen für die Kontinuität unseres Außenhandels mit diesen Ländern. Im übrigen könnte aber die Entwicklung der deutschen Devisenbilanz auch einmal eine Verschlechterung er-

fahren, z. B. durch Veränderungen im Verhältnis der Preise von eingeführten Rohstoffen und ausgeführten Fertigwaren, wobei sich dann der große Wert der inzwischen angesammelten Währungsreserven erweisen würde.

Die vorgenommenen und noch zu erwartenden Lockerungen im Transfer von Kapitalerträgen haben zu einem beträchtlichen Anstieg der *Sperrmarkkurse* geführt. Der Kurs stieg in Zürich im Laufe des Berichtsjahres um rd. 20% auf 77 sfrs. und hat sich inzwischen weiter dem Paristand genähert. Im Zuge dieser Entwicklung ist es auch zu einer erhöhten Bereitschaft von Sperrmarkbesitzern und ausländischen Anlegern gekommen, ihre Guthaben in der Bundesrepublik in Wertpapiere umzuwandeln oder bereits investierte Beträge dort zu belassen. Es hat sich wieder einmal bestätigt, daß die Neigung des Kapitals, ein Land zu meiden, schwindet, wenn die Aussicht auf freie Verfügbarkeit wächst.

Für die Rückkehr zur *Konvertibilität* sind durch die günstige Entwicklung des deutschen Außenhandels, die dadurch ermöglichte Anlage einer Devisenreserve und die Transfererleichterungen wertvolle Voraussetzungen geschaffen worden. Doch bleibt es weiterhin für die Bundesrepublik entscheidend, daß sich nicht allein die übrigen Gläubigerländer, sondern insbesondere auch Großbritannien und der Sterling-Raum zur Einführung der Konvertibilität in die Lage gesetzt sehen. Erst dann kann diese gegenüber der geltenden Regelung einen wirklichen Fortschritt bringen. Alles, was in der Bundesrepublik inzwischen zur weiteren Stärkung des Vertrauens in die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, für den Abbau oder die Vermeidung diskriminierender Maßnahmen im internationalen Güter-, Geld- und Kapitalverkehr geschieht, wird zugleich dieser großen Zielsetzung förderlich sein.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Niederlassungsbereich unserer Bank, auf welchen rd. 40% des Industrie-Umsatzes und rd. 45% der Beschäftigten innerhalb der Bundesrepublik entfallen, verlief etwa wie diejenige im ganzen Bundesgebiet. Die in den vorhergehenden Jahren besonders durch die Zuwanderung aus dem Osten eingetretenen Veränderungen im Wirtschaftsaufbau haben sich im Berichtsjahr konsolidiert. Es erwies sich, daß sie im großen und ganzen als Ausdruck eines organischen Wachstums gelten können, wenn auch einzelne Schwächen nicht zu übersehen sind.

Die *industrielle Produktion erhöhte sich* im Gebiet unserer Bank im vergangenen Jahr — mit Ausnahme von Baden-Württemberg und Bayern — stärker als im gesamten Bundesgebiet. Baden-Württemberg hatte aber das allgemeine Produktionsniveau des Bundes bereits in den Vorjahren erreicht, während Hessen und Rheinland-Pfalz trotz überdurchschnittlichen Zuwachses im abgelaufenen Jahr sowie Bayern noch etwas zurückstehen. Die *Ausfuhr* der Länder unseres Niederlassungsbereiches hat sich noch *günstiger entwickelt* als diejenige im gesamten Bundesgebiet.

Die *Entwicklung* in den *Zonengrenzgebieten* Bayerns und Hessens hielt mit der allgemeinen Aufwärtsbewegung nicht ganz Schritt. In Zukunft wird hier vieles von der raschen und vollständigen Verwirklichung des am 2. 7. 1953 vom Bundestag beschlossenen „Förderungsprogramm für Zonengrenzgebiete“ sowie seiner sinngemäßen Weiterführung abhängen. Im einzelnen sei noch folgendes erwähnt:

In *Bayern*, wo die Arbeitslosenzahl noch beträchtlich über dem Bundesdurchschnitt liegt, nahm die Beschäftigung von Herbst 1950 bis Herbst 1953 um 8% zu gegenüber 12,2% im Bundesgebiet. Die *Textilindustrie*, umsatzmäßig die bedeutendste Industriegruppe des Landes und besonders auf dem Gebiet der Wirk- und Strickwaren durch einen hohen Anteil von Flüchtlingsbetrieben gekennzeichnet, konnte nach der Abschwächung im vergangenen Jahr den Umsatzwert um fast 10% steigern, obwohl die Preise ebenso wie auch in den anderen Teilen des Bundesgebietes zum Teil nicht unwesentlich nachgaben. Der *Maschinenbau* Bayerns hat den hohen Umsatz des Vorjahres nahezu gehalten. Die *elektrotechnische Industrie* steigerte ihren Export um fast 50%. Auch der *Fahrzeugbau* zeigt eine sehr erfreuliche Entwicklung. Das bayerische *Braugewerbe*, auf das mehr als ein Drittel des westdeutschen Bierausstoßes entfällt, hat eine beachtenswerte Steigerung seiner Umsätze, insbesondere seiner Ausführleistungen, zu verzeichnen. Letzteres gilt ebenso für die *Schmuckwarenindustrie* des Landes, die in der Nachkriegszeit durch viele Betriebe des Gablonzer Gebietes bereichert wurde. Der *Fremdenverkehr* des Landes hat sich weiterhin gut entwickelt. Die durch den Waldreichtum für Bayern wichtige *Holzwirtschaft* stand im Berichtszeitraum unter dem Druck scharfer Konkurrenz. Die *Sägeindustrie* litt empfindlich unter einer Überkapazität, die sich infolge von Schnittholzimporten verstärkt bemerkbar machte.

In *Baden-Württemberg*, dem zweitgrößten Industrie- und Exportland der Bundesrepublik, erreichte der *Maschinenbau*, beschäftigungsmäßig nach der Textilindustrie die stärkste Industriegruppe des Landes, übereinstimmend mit der Situation dieses Wirtschaftszweiges in ganz Westdeutschland nur knapp die Leistungen des Vorjahres. Auch die *feinmechanische und optische Industrie* konnte lediglich etwa das Produktionsniveau des Vorjahres halten. Im *Fahrzeugbau* war das Volumen, im Gegensatz besonders zu Hessen, leicht rückläufig. Dagegen haben *elektrotechnische und Textilindustrie* — letztere beschäftigt rd. 25% der westdeutschen Textilarbeiter — ihre arbeitstägliche Erzeugung bedeutend erhöht. Die *Spiel-, Schmuckwaren- und Musikwarenindustrie* des Landes, die eine bedeutende Stellung und einen hervorragenden Anteil der Beschäftigten dieser Industriegruppe innerhalb des Bundes haben, vermochten Umsatz und Produktion weiter zu steigern. Die *Schmuckwarenindustrie* weist zusammen mit der *Spielwarenindustrie* einen Zuwachs von rd. 10% auf. Trotzdem wurde das Produktionsniveau der Vorkriegszeit noch nicht voll erreicht. Die *Ledererzeugung* des Landes, die an erster Stelle des Bundes steht, nahm zu, was insbesondere dem Export zugute kam. Stärker noch als die Ledererzeugung dehnte sich die *Schuhproduktion* Baden-Württembergs aus, die etwa ein Viertel der Bundesproduktion darstellt. Schließlich sei auf die kräftige Weiterentwicklung der *Tabakindustrie* hingewiesen, die fast die Hälfte aller Beschäftigten dieser Industriegruppe des Bundes in ihren Diensten hat.

In *Hessen* verdient die positive Entwicklung der *chemischen* und *pharmazeutischen Industrie*, die auch im Rahmen des Bundes eine führende Rolle spielt, besondere Beachtung. Nach der leicht rückläufigen Entwicklung in 1952 wurde im Berichtsjahr eine kräftige Steigerung, insbesondere des Exports, erreicht, dessen Zuwachsquote mehr als doppelt so groß ist wie die des Inlandsumsatzes. Auch die *Lederverarbeitung* in Hessen, die zwei Drittel der Kapazität des gesamten Bundesgebietes repräsentiert und ihren Schwerpunkt in Offenbach hat, exportierte 1953 um rd. 30% mehr als im vergangenen Jahr. Der *Fahrzeug-* und der *Maschinenbau* Hessens entwickelte sich günstig, nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zum Gesamtgebiet der Bundesrepublik. Die *Elektroindustrie* erreichte ihren seit 1950 größten Produktionszuwachs. Die *Rauchwaren-* und *Pelzwirtschaft*, die in den Nachkriegsjahren von ihren traditionellen Standorten in Leipzig vorzugsweise nach Frankfurt verlagert wurde, hat ihre Position weiter gefestigt.

Rheinland-Pfalz, das deutsche Weinland, hatte infolge der zum Teil beträchtlichen Frostschäden im Frühjahr 1953 eine geringere Weinernte zu verzeichnen als im Vorjahr. Jedoch ist der 53er Wein durch eine sehr gute Qualität ausgezeichnet; von ihr erhofft sich der *Weinbau* einen wertmäßigen Ausgleich für den Rückgang in der Menge. Die *Sektwirtschaft* hat, ebenso wie in Hessen, dem größten westdeutschen Sektproduzenten, ihre Umsätze nach der Steuerermäßigung beträchtlich ausweiten können.

Im industriellen Bereich weisen die *Verbrauchsgüter* den größten Zuwachs auf; sie konnten ihr Produktionsniveau um etwa 20% anheben. Fast ebensohoch ist der Leistungszuwachs der *Nahrungs- und Genußmittelindustrie*. Dagegen haben der *Bergbau* und die *Investitionsgüterindustrie* lediglich etwa das Erzeugungsvolumen des Vorjahres gehalten. Idar-Obersteins *Edelstein- und Schmuckwarenindustrie* hatte besondere Erfolge auf den Auslandsmärkten zu verzeichnen. Bei einem Exportwert von 52 Mill. DM im Jahre 1953 ergab sich gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um mehr als 50%.

Im Berichtsjahr haben wir eine Filiale und eine Stadtdepositenkasse eröffnet, so daß wir jetzt an 80 Plätzen einschließlich der Stadtdepositenkassen mit 103 Geschäftsstellen vertreten sind.

Die Ausweitung des Geschäftes erforderte Neueinstellungen, die eine Erhöhung des Personalbestandes im Geschäftsjahr um 540 auf 6117 *Angestellte* bewirkten. 109 ehemalige Mitarbeiter werden immer noch vermißt oder befinden sich noch in Kriegsgefangenschaft.

Wir hatten im Berichtsjahr den Tod von 18 aktiven Betriebsangehörigen und 58 Pensionären zu beklagen; wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Im Verlauf des Jahres 1953 konnten

73 Angestellte ihr 25-jähriges Dienstjubiläum,

44 Angestellte ihr 40-jähriges Dienstjubiläum

und 7 Angestellte ihr 50-jähriges Dienstjubiläum

begehen.

Von dem Gesamtpersonal gehören 23% 25 Jahre und mehr sowie fast 5% 40 Jahre und mehr unserem Institut an.

Im vergangenen Jahr haben wir uns die *Ausbildung eines guten Nachwuchses* besonders angelegen sein lassen. Die praktische Arbeit im Betriebe fand durch Fachlehrgänge, Vorträge und fremdsprachliche Kurse eine wertvolle Ergänzung. Darüber hinaus galt unsere besondere Aufmerksamkeit dem Austausch von Nachwuchskräften sowohl innerhalb des Instituts als auch mit ausländischen Geschäftsfreunden.

Mit Wirkung vom April 1953 erfuhren die *Tarifgehälter* eine Aufbesserung um rd. 6%. Zum gleichen Zeitpunkt wurden auch die Haushalts- und Kinderzulagen erhöht. An den freiwilligen außertariflichen Zahlungen haben alle Tarifangestellten teilgenommen.

Für die Beschaffung von Hausrat und Wohnraum wurden wiederum größere Beträge in Form von Baukostenzuschüssen, Abstandszahlungen und zinsverbilligten Darlehen bereitgestellt.

Im Zuge unserer *sozialen Fürsorge* haben wir im Berichtsjahr zahlreichen erholungsbedürftigen Mitarbeitern, zum Teil mit ihren Familien, in unserem Erholungsheim einen längeren, verbilligten Urlaub ermöglicht. Einem weiteren Teil unserer Angestellten wurden im Interesse ihrer Gesunderhaltung Zuschüsse zu den Kosten eines Ferienaufenthalts gewährt. In Fällen von Krankheit und Not haben wir individuell Unterstützungszahlungen geleistet.

Die uns im Berichtsjahr gestellten Aufgaben konnten wiederum nur durch tatkräftige Mitarbeit unserer Angestellten bewältigt werden. Allen Angehörigen unserer Bank sprechen wir für ihren Fleiß und ihre Pflichttreue unseren Dank aus.

An der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung des Jahres 1953 hat unsere Bank teilgenommen. Als ein noch nicht befriedigend gelöstes Problem, das mit der noch unzureichenden Ordnung des Kapitalmarktes in Zusammenhang steht, erwies sich die langfristige Finanzierung des Außenhandels. Während wir den an uns gestellten Anforderungen zur kurzfristigen Finanzierung von Außenhandelsgeschäften voll entsprechen konnten und die mittelfristige Finanzierung unter Mitwirkung der AUSFUHRKREDIT-AKTIENGESELLSCHAFT gleichfalls den Ansprüchen genügte, stieß die Deckung des Bedarfs an langfristigen Lieferantenkrediten zur Finanzierung des Exports von Anlagegütern nach wie vor auf Schwierigkeiten. Wir vermögen es nicht als unsere Aufgabe anzusehen, aus den uns anvertrauten Mitteln langfristige Exportkredite zu gewähren.

Zur Bilanz ist im einzelnen folgendes zu sagen:

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Berichtsjahr um mehr als 380 Mill. DM von 1 781,9 Mill. DM auf 2 162,3 Mill. DM. Die Steigerung entsprach mit 21,35% dem Zuwachs im Geschäftsjahr 1952.

Umsätze

Die Gesamtumsätze betrugen 99 495,3 Mill. DM gegen 82 141,5 Mill. DM im Jahre 1952. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um 21,13%. Die Umsätze mit unseren Niederlassungen und auf Verrechnungskonten sind in dieser Summe nicht enthalten.

Liquidität

Die Kassenbestände und die Guthaben bei den Landeszentralbanken und Postscheckämtern haben sich im Vergleich zur Bilanz vom 31. Dezember 1952 um 15,6% auf 215,9 Mill. DM erhöht und ergeben eine Barliquidität von 11,95%. Darüber hinaus verfügten wir am Jahresende über Guthaben bei Kreditinstituten (Nostroguthaben) sowie über Bestände an Zins- und Dividendenscheinen, Schecks, Wechseln, Schatzwechseln, unverzinslichen Schatzanweisungen und beleihbaren Wertpapieren in Höhe von 654,6 Mill. DM. Diese leicht realisierbaren Werte in Höhe von insgesamt 870,5 Mill. DM deckten 48,19% der Verpflichtungen aus Einlagen, aufgenommenen Geldern bis zu 4 Jahren und im Umlauf befindlichen Akzepten gegen 42,2% im Vorjahr.

Nostroguthaben

Die Vergrößerung unseres Auslandsgeschäfts, die sich besonders in einer Ausdehnung der Ausführfinanzierung zeigte, führte zur Neu-Eröffnung von weiteren Nostrokonten im Ausland und von DM-Konten ausländischer Banken bei unserer Bank. Im Zusammenhang damit und durch den verstärkten Geschäftsverkehr mit inländischen Banken erhöhten sich unsere Guthaben bei Kreditinstituten (Nostroguthaben) von 72,5 Mill. DM Ende 1952 auf 90,8 Mill. DM am 31. Dezember 1953.

Wechsel

Das Wechseldiskontgeschäft nahm beträchtlich zu; der Wechselbestand stieg um 41,3% auf 483,8 Mill. DM. Die Abschnitte sind bis auf einen geringen Prozentsatz nach den geltenden Bestimmungen jederzeit rediskontfähig.

Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen

Den Bestand an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen des Bundes und der Länder haben wir verdreifacht. Er wird in der Bilanz mit 17,8 Mill. DM ausgewiesen.

Effektenbestand

Das Effektingeschäft erfuhr im Zuge der wesentlich vergrößerten Emissionstätigkeit im Jahre 1953 und der Belebung und Festigung der Börsen eine beachtliche Ausweitung. Der Wertpapierbestand nahm um 60,7 Mill. DM auf 91,9 Mill. DM zu. Die Erhöhung betrifft in der Hauptsache festverzinsliche Wertpapiere. Die Bewertung der Bestände erfolgte wiederum nach dem Niederstwertprinzip. Nahezu 95% der festverzinslichen Wertpapiere sind bei der LZB beleihbar. Eigene Aktien befanden sich am Bilanzstichtag nicht in unserem Besitz.

Ausgleichsforderungen

Die aus der DM-Umstellungsrechnung herrührenden Ausgleichsforderungen gegen die Länder unseres Niederlassungsbereichs haben gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 2,2 Mill. DM auf 193,2 Mill. DM erfahren. Die Veränderung ist in der Hauptsache auf im Jahre 1953 vorgenommene Umstellungen von Reichsmarkverbindlichkeiten und Berichtigungen von in unserer DM-Umstellungsrechnung enthaltenen Passiven zurückzuführen.

Konsortialbestände

Über die Konsortialgeschäfte, bei denen wir im abgelaufenen Jahr mitgewirkt haben, gibt das dem Geschäftsbericht beigelegte Verzeichnis Aufschluß. Die Konsortialbestände haben sich nahezu verdoppelt und werden mit 4,3 Mill. DM gegen 2,3 Mill. DM Ende 1952 ausgewiesen.

Debitoren

Die *kurz- und mittelfristigen* Debitoren haben um 81,5 Mill. DM auf 792,7 Mill. DM zugenommen. Die Erhöhung entfällt in vollem Umfange auf Barkredite; die *Akzeptkredite* sind in fast unveränderter Höhe wie Ende 1952 mit 104,8 Mill. DM in den Debitoren enthalten. Der Anteil der Debitoren an der Bilanzsumme beträgt 36,6% gegen 39,9% am 31. Dezember 1952.

Das gesamte kurz- und mittelfristige Kreditvolumen einschließlich Wechseleinreicher-Obligo verteilt sich auf folgende Branchen:

Industrie, Gewerbe und Handwerk	=	68,78%
Handel	=	21,10%
Sonstige (einschl. Geldinstitute)	=	10,12%.

23%, also nahezu ein Viertel der vorstehend aufgeführten Kredite, entfallen auf das Auslandsgeschäft.

Stückzahlmäßig verteilt sich unser gesamtes Kreditvolumen einschließlich Avale wie folgt:

78,5% auf Kredite	bis DM	10 000,—
15,3% auf Kredite über DM	10 000,—	bis DM 100 000,—
5,2% auf Kredite über DM	100 000,—	bis DM 1 000 000,—
1,0% auf Kredite über DM	1 000 000,—	

Langfristige Ausleihungen

Die langfristigen Ausleihungen erfuhren eine Erhöhung um etwa 13 Mill. DM auf 180,5 Mill. DM. Von diesem Betrag entfallen 163,3 Mill. DM auf langfristige Darlehen, die uns von dritter Seite zur Verfügung gestellt worden sind. Hierbei handelt es sich in der Hauptsache um Mittel der KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU, die durch uns zu den Bedingungen dieser Anstalt weitergeleitet wurden.

Durchlaufende Kredite

Die von uns treuhänderisch verwalteten Kredite – „Durchlaufende Kredite“ – sind um 6,3 Mill. DM auf 24,0 Mill. DM angestiegen. Es handelt sich bei diesen Krediten in der Hauptsache um Aufbauhilfe-Kredite der LASTENAUSGLEICHSBANK und verschiedener Soforthilfämter.

Beteiligungen

Die Beteiligungen nahmen von 3,1 Mill. DM auf 5,8 Mill. DM zu. Von dem Gesamtbetrag entfallen 5,4 Mill. DM auf Kreditinstitute, der Rest auf sonstige Unternehmungen. Die Erhöhung von etwa 2,7 Mill. DM betrifft im wesentlichen Beteiligungen, die bereits im Vorjahr bestanden.

Neu beteiligt haben wir uns am BANCO ESPAÑOL EN ALEMANIA, Madrid.

Grundstücke und Gebäude

Auch im Jahre 1953 erforderten der noch nicht abgeschlossene Neu- und Wiederaufbau kriegszerstörter und beschädigter Gebäude und betriebsnotwendige Erweiterungsbauten erhebliche Mittel. Nach Vornahme der zulässigen Abschreibungen stehen unsere Grundstücke und Gebäude mit 30,9 Mill. DM zu Buch.

Hiervon entfallen

27,8 Mill. DM auf dem eigenen Geschäftsbetrieb dienende Bankgebäude und

3,1 Mill. DM auf unseren sonstigen Grundbesitz.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Auf unsere Betriebs- und Geschäftsausstattung, die aus Gründen der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeit in der Eröffnungsbilanz vom 1. Januar 1952 mit 7,8 Mill. DM aktiviert war und auf die wir bereits 1952 0,9 Mill. DM abgeschrieben hatten, haben wir am 31. Dezember 1953 wiederum den gleichen Betrag abgebucht. Diese Position wird nunmehr mit 6,0 Mill. DM ausgewiesen. Alle Zugänge im Jahre 1953 wurden in voller Höhe vorweg abgeschrieben.

Deckungsforderungen

Neu erscheinen in unserer Bilanz die Deckungsforderungen gegen den Lastenausgleichsfonds gem. § 11 Währungsausgleichsgesetz und § 19 Altspargesetz im Gesamt-

betrage von 6,3 Mill. DM. Sie sind der Gegenwert der noch nicht freigegebenen Sparguthaben Vertriebenen und der von uns bis zum Bilanzstichtag auf Grund der Altsparerregelung erteilten Entschädigungsgutschriften.

Sonstige Aktiva

Die Position „Sonstige Aktiva“, die mit 4,1 Mill. DM ausgewiesen wird, umfaßt wie im Vorjahr in der Hauptsache unseren Beitrag an die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft und Verrechnungsposten mit der DEUTSCHEN BANK in Berlin oder deren Verwaltungssitz Düsseldorf.

Einlagen

Die gesamten Einlagen einschließlich Sparkonten stiegen von 1 419,0 Mill. DM am 31. Dezember 1952 auf 1 770,9 Mill. DM. Die Zunahme betrug demnach 351,9 Mill. DM, das sind 24,8% des Einlagenbestandes am 31. Dezember 1952.

Während die *Sichteinlagen* um 16,6% zunahmen, belief sich die Steigerung der *befristeten* Einlagen auf nahezu 30%. Trotzdem betrug der prozentuale Anteil der täglich fälligen Gelder an den Gesamteinlagen (ohne Spareinlagen) noch 54% gegen 57% Ende 1952. Die nachstehende Gegenüberstellung zeigt die Entwicklung im vergangenen Jahr

	1953	1952
täglich fällige Gelder	DM 871 797 376,45	747 535 317,56
befristete Einlagen	DM 726 473 545,74	560 482 824,09
	<u>DM 1 598 270 922,19</u>	<u>1 308 018 141,65.</u>

An der guten Entwicklung der *Spareinlagen* im Bundesgebiet hat auch unser Institut teilgenommen. Die Spareinlagen stiegen insgesamt um 55,5% von 111,0 Mill. DM am 31. Dezember 1952 auf 172,6 Mill. DM am 31. Dezember 1953. Die Zunahme hat die vorjährige um 62,6% übertroffen. In den mit besonders vereinbarter Kündigungszeit ausgewiesenen Spareinlagen sind auch die steuerbegünstigten Sparkonten enthalten. Die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigung haben sich um 43%, die mit besonders vereinbarter Kündigung um 70,5% erhöht.

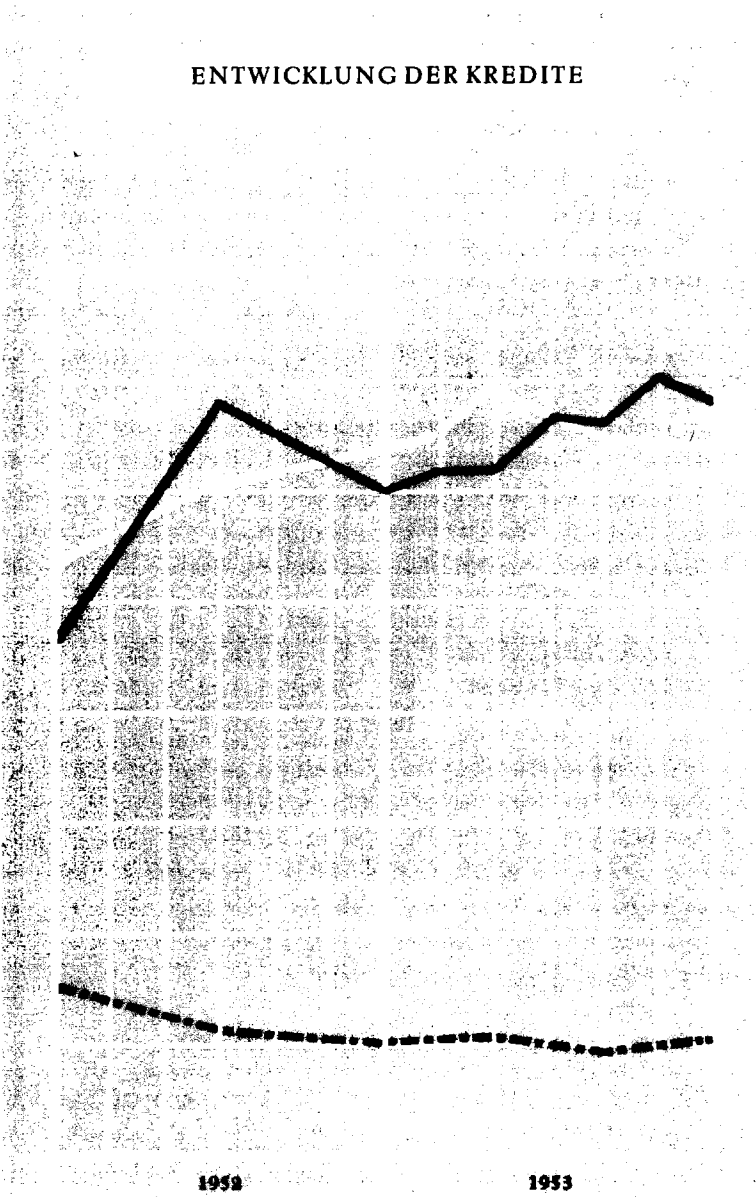
Nostroverpflichtungen

Die aufgenommenen Gelder (Nostroverpflichtungen), die in unserer Bilanz mit 25,8 Mill. DM erscheinen, verminderten sich um 6,67 Mill. DM. Obgleich das Rembours-Neugeschäft im Laufe des Jahres eine beachtliche Ausweitung erfahren hat, ist bei dieser Bilanzposition durch die Abwicklung von Vorkriegs-Stillhalte-krediten ein Rückgang eingetreten.

Das Inkrafttreten des deutschen Kreditabkommens von 1952, das einen Bestandteil des am 27. 2. 1953 unterzeichneten Londoner Schuldenabkommens bildet, hatte eine Erhöhung der von ausländischen Banken für die Einfuhrfinanzierung zur Verfügung gestellten Rembourskreditlinien zur Folge. Diese wurden auch zunehmend in Anspruch genommen. Auch die Rembourskreditlinien, die wir ausländischen Banken eingeräumt haben, gewannen an Bedeutung.

ENTWICKLUNG DER KREDITE

900 000 000 DM
800 000 000 DM
700 000 000 DM
600 000 000 DM
500 000 000 DM
400 000 000 DM
300 000 000 DM
200 000 000 DM
100 000 000 DM



1. Jan. Febr. April Juni Aug. Okt. Dez. Febr. April Juni Aug. Okt. Dez.

—————

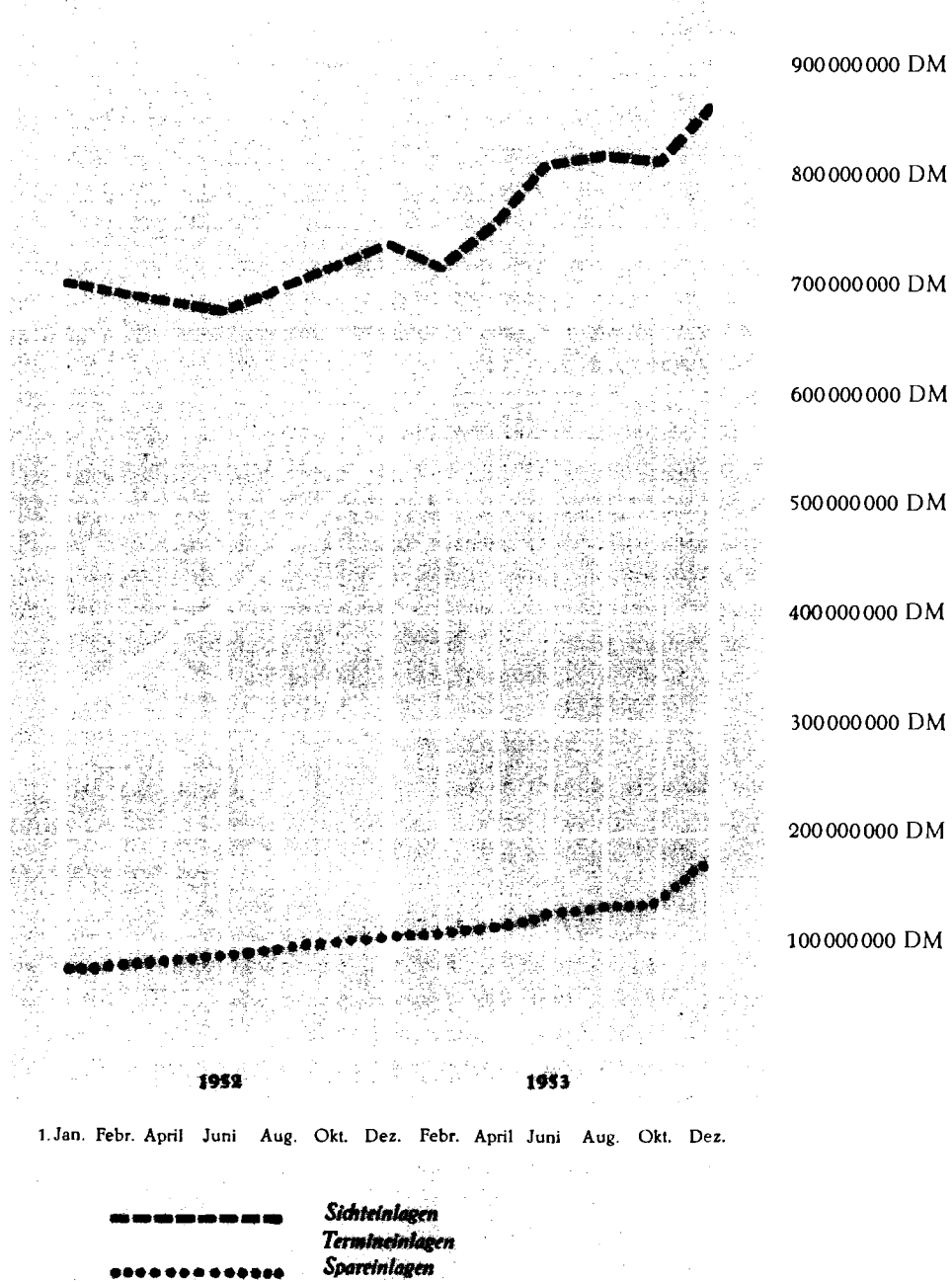
Berschuldner

Wechsel

- - - - -

Akzeptschuldner

ENTWICKLUNG DER EINLAGEN



Eigene Akzepte

Von den gesamten eigenen Akzepten waren am 31. Dezember 1953 9% = 9,7 Mill. DM (im Vorjahr 22,1 Mill. DM) im Umlauf, während die restlichen 96,0 Mill. DM sich in unserem Besitz befanden.

Aufgenommene langfristige Darlehen

Die aufgenommenen langfristigen Darlehen (mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigung von 4 Jahren und mehr), die um 26,1 Mill. DM auf 164,3 Mill. DM gestiegen sind, enthalten fast ausschließlich Durchleitungskredite der KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU, die auf der Aktivseite unserer Bilanz in den langfristigen Ausleihungen miterfaßt sind.

Durchlaufende Kredite

Die Position „Durchlaufende Kredite“ (Treuhandgeschäfte) erscheint in gleicher Höhe wie auf der Aktivseite der Bilanz.

Pensionsrückstellung

Die Pensionsrückstellung wurde auf 39,2 Mill. DM erhöht, womit die versicherungsmathematisch errechneten Gegenwartswerte der Anwartschaften und der seit dem 1. Januar 1952 gewährten Ruhegelder gedeckt sind. Die von uns nach dem mit der DEUTSCHEN BANK geschlossenen Ausgründungsvertrag anteilig zu übernehmenden Pensionen sind, wie im Vorjahresbericht erwähnt, versicherungsmathematisch etwa zur Hälfte durch Rückstellungen gedeckt; die darüber hinaus gezahlten Beträge sind zu Lasten unserer Gewinn- und Verlust-Rechnung verbucht worden.

Sonstige Passivposten

An *sonstigen Rückstellungen* werden diesmal 45,2 Mill. DM gegen 36,5 Mill. DM Ende 1952 ausgewiesen; sie umfassen Steuerrückstellungen und solche Rückstellungen, die gegen Aktivposten der Bilanz nicht aufrechenbar sind.

Eventualverbindlichkeiten

Die *Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen* beliefen sich am Jahresende auf 184,1 Mill. DM gegen 205,1 Mill. DM am 31. Dezember 1952.

Die *Indossamentsverbindlichkeiten* aus weitergegebenen Wechseln gingen um 91,6 Mill. DM auf 205,1 Mill. DM zurück.

Einzahlungsverpflichtungen auf noch nicht voll gezahlte Aktien oder GmbH-Anteile bestanden am 31. Dezember 1953 mit 2,7 Mill. DM.

Aufwendungen und Erträge

In der Gewinn- und Verlust-Rechnung werden die *Personalaufwendungen* durch die im Frühjahr 1953 eingetretene Erhöhung der Tarifgehälter, durch Gewährung von

Sonderzulagen an weitere bewährte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie durch die im Laufe des Jahres vorgenommenen Neueinstellungen um 3,8 Mill. DM höher, und zwar mit 40 066 533,42 DM ausgewiesen.

Für *soziale Zwecke, Wohlfahrtseinrichtungen und Pensionen* wurden 6 182 300,71 DM, mithin 558 013,99 DM weniger als im Vorjahre, verausgabt. Diese Verminderung ist auf die Regelung der Pensionsverbindlichkeiten in Berlin (West), für die nunmehr Ausgleichsforderungen gewährt werden, zurückzuführen. Die übrigen sozialen Ausgaben sind entsprechend der Erhöhung der Personalaufwendungen gestiegen.

Die *sonstigen Handlungsunkosten* erforderten 12 005 310,07 DM gegen 11 512 278,46 DM im Vorjahr.

Eine erhebliche Steigerung zeigen die Aufwendungen für *Steuern und ähnliche Abgaben*, die sich gegenüber 1952 um 7,6 Mill. DM auf 29 390 920,96 DM erhöhten.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes sowie die von uns übernommenen Ruhegehälter früherer Vorstandsmitglieder der DEUTSCHEN BANK und ihrer Hinterbliebenen betrugen 526 034,40 DM. Der Aufsichtsrat erhält als feste Bezüge 116 500,— DM.

Die *Erträge aus Zinsen und Diskont* sind mit 36 246 590,85 DM, die *aus Provisionen und Gebühren* mit 58 942 474,31 DM in die Gewinn- und Verlust-Rechnung eingestellt worden. Die übrigen Einnahmen wurden zu Abschreibungen und inneren Rücklagen verwendet.

Unsere Gewinn- und Verlust-Rechnung schließt nach einer hiermit beantragten Zuführung von

4 000 000 DM an die *Freie Sonderreserve* mit

3 544 000 DM *Gewinn* ab. Wir schlagen vor, hiervon

3 400 000 DM als *Dividende* von $8\frac{1}{2}\%$ auf 40 000 000,— DM Grundkapital zu verteilen und

144 000 DM als gewinnabhängige Bezüge dem Aufsichtsrat zu vergüten.

Nach Genehmigung dieser Anträge betragen unsere eigenen Mittel zum 31. Dezember 1953

Grundkapital	40 000 000,— DM
Gesetzliche Reserve	10 000 000,— DM
Freie Sonderreserve	24 000 000,— DM
zusammen	<u>74 000 000,— DM.</u>

MÜNCHEN, im März 1954

DER VORSTAND

Abs Frowein Tron
Osterwind

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

In regelmäßigen Sitzungen des Aufsichtsrats und des aus seiner Mitte bestellten Arbeitsausschusses wurden die vom Vorstand gegebenen Berichte über die Geschäftsentwicklung und über wichtige Einzelvorgänge erörtert sowie die auf Grund gesetzlicher Vorschrift zur Prüfung und Genehmigung vorgelegten Geschäfte behandelt.

Der vorliegende Jahresabschluß und der Geschäftsbericht sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlußprüfer gewählten TREUVERKEHR WIRTSCHAFTSPRÜFUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT, Bielefeld, geprüft und mit den Büchern und gesetzlichen Vorschriften übereinstimmend befunden worden.

Der Aufsichtsrat hat von dem Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen.

Mit dem vorstehenden Bericht des Vorstandes und der vorgeschlagenen Gewinnverteilung erklärt sich der Aufsichtsrat einverstanden.

MÜNCHEN, im März 1954

DER AUFSICHTSRAT

Seeling, Vorsitzter

AKTIVA

SÜDDEUTSCHE BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

	DM	DM
Kassenbestand		13 331 142,86
Landeszentralbankguthaben		197 888 596,36
Postscheckguthaben		4 669 511,—
Guthaben bei Kreditinstituten (<i>Nostrouguthaben</i>)		
<i>a) täglich fällig</i>	89 045 613,27	
<i>b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist</i>		
<i>von weniger als 3 Monaten</i>	1 008 322,45	
<i>c) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist</i>		
<i>von 3 Monaten und mehr</i>	750 000,—	90 803 935,72
Fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine .		517 803,02
Schecks		13 732 979,19
Wechsel		483 820 120,53
<i>darunter :</i>		
<i>a) zentralbankfähige Wechsel</i> DM 445 623 149,17		
<i>b) eigene Ziehungen</i> DM 355 925,87		
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder		17 780 363,19
Wertpapiere		
<i>a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder</i>	7 439 871,32	
<i>b) sonstige verzinsliche Wertpapiere</i>	43 682 177,59	
<i>c) börsengängige Dividendenwerte</i>	37 906 376,16	
<i>d) sonstige Wertpapiere</i>	2 929 163,29	91 957 588,36
<i>darunter : beliehbar bei einer Landeszentralbank</i> DM 47 995 167,18		
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand		193 200 980,37
Konsortialbeteiligungen		4 256 744,27
Debitoren		
<i>a) Kreditinstitute</i>	29 658 995,65	
<i>b) sonstige</i>	763 019 619,29	792 678 614,94
Langfristige Ausleihungen		
<i>a) gegen Grundpfandrechte</i>	175 774,78	
<i>b) gegen Kommunaldeckung</i>	432 142,48	
<i>c) sonstige</i>	179 924 442,53	180 532 359,79
Durchlaufende Kredite (<i>nur Treuhandgeschäfte</i>)		24 043 411,48
Beteiligungen		5 795 131,25
<i>darunter : an Kreditinstituten</i> DM 5 431 131,25		
Grundstücke und Gebäude		
<i>a) dem eigenen Geschäftsbetrieb dienende</i>	27 870 000,—	
<i>b) sonstige</i>	3 060 000,—	30 930 000,—
Betriebs- und Geschäftsausstattung		6 000 000,—
Deckungsforderungen gem. § 11 Währungsausgleichsgesetz und § 19 Altspargesetz		6 286 382,89
Sonstige Aktiva		4 052 342,95
Rechnungsabgrenzungsposten		60 495,01
SUMME DER AKTIVA		2 162 338 503,18
In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus Bürgschaften und Indossamentsverbindlichkeiten sind enthalten:		
<i>a) Forderungen an Konzernunternehmen</i>		4 131 651,98
<i>b) Forderungen an Mitglieder des Vorstandes und an andere im § 14 Abs. 1 und 3 Kreditwesengesetz genannte Personen sowie an Unternehmen, bei denen ein Mitglied unseres Aufsichtsrats Inhaber oder persönlich haftender Gesellschafter ist</i>		17 279 198,23

BILANZ zum 31. Dezember 1953

PASSIVA

	DM	DM	DM
Einlagen			
<i>a) Sichteinlagen von</i>			
<i>aa) Kreditinstituten</i>	166 322 155,43		
<i>bb) sonstigen Einlegern</i>	705 475 221,02	871 797 376,45	
<i>b) Befristete Einlagen von</i>			
<i>aa) Kreditinstituten</i>	202 433 754,55		
<i>bb) sonstigen Einlegern</i>	524 039 791,19	726 473 545,74	
<i>darunter : mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist</i>			
<i>von 3 Monaten und mehr</i> DM 541 998 642,42			
<i>c) Spareinlagen</i>			
<i>aa) mit gesetzlicher Kündigungsfrist</i>	86 769 806,81		
<i>bb) mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist</i>	85 907 278,33	172 677 085,14	1 770 948 007,33
Aufgenommene Gelder (<i>Nostroverpflichtungen</i>)			25 802 097,49
<i>darunter :</i>			
<i>a) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist</i>			
<i>von 3 Monaten und mehr</i> DM 6 757 000,—			
<i>b) von der Kundschaft bei Dritten</i>			
<i>benutzte Kredite</i> DM 15 822 933,14			
Eigene Akzepte und Solawechsel		105 768 608,01	
<i>abzüglich eigener Bestand</i>		96 045 428,20	9 723 179,81
Aufgenommene langfristige Darlehen			
<i>a) gegen Grundpfandrechte</i>		46 128,55	
<i>b) sonstige</i>		164 262 995,39	164 309 123,94
Durchlaufende Kredite (<i>nur Treuhandgeschäfte</i>)			24 043 411,48
Grundkapital			40 000 000,—
Rücklagen nach § 11 Kreditwesengesetz			
<i>a) Gesetzliche Reserve</i>		10 000 000,—	
<i>b) Freie Sonderreserve</i>	20 000 000,—		
<i>Zuweisung aus Gewinn</i>	4 000 000,—	24 000 000,—	34 000 000,—
Pensionsrückstellung			39 179 863,82
Rückstellungen (<i>einschließlich Steuerrückstellungen</i>)			45 242 184,31
Sonstige Passiva			9 814,80
Rechnungsabgrenzungsposten			5 536 820,20
Gewinn			3 544 000,—
SUMME DER PASSIVA			2 162 338 503,18
Eigene Ziehungen im Umlauf			14 920,07
<i>darunter : den Kreditnehmern abgerechnet</i> DM 14 920,07			
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen			184 148 817,03
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln			205 131 496,68
In den Passiven sind enthalten:			
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen (einschließlich der Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Indossamentsverbindlichkeiten)</i>			10 183 092,48

AUFWENDUNGEN	GEWINN- UND VERLUST-RECHNUNG
	DM
Personalaufwendungen	40 066 533,42
Ausgaben für soziale Zwecke, Wohlfahrtseinrichtungen und Pensionen	6 182 300,71
Sonstige Handlungsunkosten	12 005 310,07
Steuern und ähnliche Abgaben	29 390 920,96
Zuweisung an Freie Sonderreserve	4 000 000,—
Gewinn	3 544 000,—
	DM 95 189 065,16

für das Jahr 1953	ERTRÄGE
	DM
Zinsen und Diskont	36 246 590,85
Provisionen und Gebühren	58 942 474,31
	DM 95 189 065,16

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der SÜDDEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften.

MÜNCHEN, im März 1954
SÜDDEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT
Abs Frowein Tron
Osterwind

BIELEFELD/MÜNCHEN, den 8. März 1954
TREUVERKEHR WIRTSCHAFTSPRÜFUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT
Dr. Möhle, Wirtschaftsprüfer *Dr. Dr. Red*, Wirtschaftsprüfer

Zusammenstellung
der größeren GEMEINSCHAFTSGESCHÄFTE des Jahres 1953

Übernahmen und Emissionen von öffentlichen Anleihen:

5%ige Anleihe der Bundesrepublik Deutschland von 1952	5%ige Anleihe des Landes Baden-Württemberg von 1953
5%ige Anleihe des Landes Hessen von 1953 Serien I und II	5%ige Anleihe der Landeshauptstadt München von 1953
5%ige I., II. und III. Anleihe des Landes Rheinland-Pfalz	

Übernahmen, Emissionen und Börseneinführungen von sonstigen Anleihen:

Aktiengesellschaft für Berg- und Hüttenbetriebe Badenwerk Aktiengesellschaft Bayerische Wasserkraftwerke Aktiengesellschaft Bayernwerk Aktiengesellschaft Bayerische Landeselektrizitätsversorgung Robert Bosch GmbH Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft Deutsche Linoleum-Werke Aktiengesellschaft Deutsche Shell Aktiengesellschaft Didier-Werke Aktiengesellschaft Donaukraftwerk Jochenstein Aktiengesellschaft Dyckerhoff Portland-Zementwerke Aktiengesellschaft Frankfurter Hypothekenbank Großkraftwerk Mannheim Aktiengesellschaft Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft	Hochofenwerk Lübeck Aktiengesellschaft (jetzt Metallhüttenwerke Lübeck Aktiengesellschaft) Innwerk Aktiengesellschaft Kommunales Elektrizitätswerk Mark Aktiengesellschaft Mannesmann Aktiengesellschaft Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg Aktiengesellschaft Monopol Bergwerks-Aktiengesellschaft Nordwestdeutscher Hütten- und Bergwerksverein Aktiengesellschaft Rhein-Main-Donau Aktiengesellschaft Rütgerswerke-Aktiengesellschaft Ruhrverband (Körperschaft des öffentlichen Rechts) Schleswig-Holsteinische Stromversorgungs-Aktiengesellschaft Vereinigte Deutsche Metallwerke Aktiengesellschaft
---	---

Übernahmen, Emissionen und Börseneinführungen von Aktien:

Aktiengesellschaft für Luftverkehrsbedarf Augsburger Kammgarn-Spinnerei Badische Anilin- & Soda-Fabrik Aktiengesellschaft Badische Bank Berchtesgadener Bergbahn Aktiengesellschaft Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank Brown, Boveri & Cie Aktiengesellschaft Cassella Farbwerke Mainkur Aktiengesellschaft Consolidation Bergbau-Aktiengesellschaft Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft Deutsche Hypothekenbank (Bremen) Deutsche Linoleum-Werke Aktiengesellschaft Eichbaum-Werger-Brauereien Aktiengesellschaft Essener Steinkohlenbergwerke Aktiengesellschaft Farbenfabriken Bayer Aktiengesellschaft Farbwerke Hoechst Aktiengesellschaft vormals Meister Lucius & Brüning	Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft i.L. — Liquidationsanteilscheine Mannesmann Aktiengesellschaft Natronzellstoff- und Papierfabriken Aktiengesellschaft Neue Augsburger Kattunfabrik Norddeutsche Lederwerke Aktiengesellschaft Pfälzische Hypothekenbank Phoenix Gummiwerke Aktiengesellschaft Pittler Maschinenfabrik Aktiengesellschaft Rheinpreußen Aktiengesellschaft für Bergbau und Chemie Stahlindustrie und Maschinenbau Aktiengesellschaft Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft i.L. — Liquidationsanteilscheine Voigt & Haeffner Aktiengesellschaft Westdeutsche Bodenkreditanstalt
---	--

BEZIRKSBEIRÄTE

Badisch-Pfälzischer Bezirk — Filiale Mannheim

LEOPOLD ARNSPERGER

Vorsitzer des Vorstandes der Knoll AG, Chemische Fabriken, Ludwigshafen (Rhein)

DR. ALBERT BÜRKLIN

Weingutsbesitzer, Wachenheim (Pfalz)

PROF. DR.-ING. E.H. RUDOLF FETTWEIS

Aufsichtsratsmitglied der Badenwerk Aktiengesellschaft, Karlsruhe

EMIL FREY

Vorsitzer des Vorstandes der Mannheimer Versicherungsgesellschaft, Mannheim

WILHELM GERHOLD

Geschäftsführer der Strebelwerke GmbH, Mannheim

FELIX HOESCH

Mitinhaber der Firma Schoeller & Hoesch, Gernsbach (Baden)

LUDWIG HUMMEL

*Inhaber der Firmen: DUOWE (Deutsche Uhrenrohwerke) L. Hummel & Co, Pforzheim,
Lacher & Co, Uhren- und Uhrgehäusefabrik, Pforzheim,
Wilhelm Wolff GmbH, Metallwarenfabrik, Pforzheim*

KOMMERZIENRAT DR. CARL JAHR

Neckargemünd bei Heidelberg

CHLODWIG KAMMERSCHIED

*Mitglied des Vorstandes der Deutschen Steinzeugwarenfabrik
für Kanalisation und chemische Industrie, Mannheim-Friedrichsfeld*

HUGO LIND

Vorsitzer des Vorstandes der G.M. Pfaff AG, Kaiserslautern

DR. ALFRED HUGO NEUHAUS

Inhaber der Zigarrenfabrik August Neubaus & Co, Schwetzingen (Baden)

JOHANNES PERDELWITZ

Mitglied des Vorstandes der Rheinischen Hypothekenbank, Mannheim

DR. KURT RASCHIG

Gesellschafter und Geschäftsführer der Dr. F. Raschig GmbH, Ludwigshafen (Rhein)

GUSTAV RHEINBERGER

Mitglied des Vorstandes der Eduard Rheinberger AG, Pirmasens

DR. ERNST RÖCHLING

Geschäftsführer der Röchling'schen Eisen- und Stahlwerke GmbH, Völklingen (Saar),

Zweigniederlassung Mannheim,

Persönlich haftender Gesellschafter der Firma Gebrüder Röchling,

Kommanditgesellschaft in Ludwigshafen (Rhein)

WERNER SALVISBERG

Mitglied des Vorstandes der Brown, Boveri & Cie AG, Mannheim

DR. LUDOLF SCHWENKOW

Mitglied des Vorstandes der Heinrich Lanz AG, Mannheim

HUBERT H. A. STERNBERG

Vorsitzer des Vorstandes der Schnellpressenfabrik AG Heidelberg, Heidelberg

DR. NIKOLAUS STUCKMANN

Mitglied des Vorstandes der Fendel Schiffahrts-Aktiengesellschaft, Mannheim

EUGEN WERNER

Geschäftsführer der Werner & Nicola Germania-Mühlenwerke, Mannheim

DR. JOSEF WINSCHUH

Mitinhaber der Tuch- und Filztuchfabrik J. J. Marx, Lambrecht (Pfalz)

Bayerischer Bezirk — Filiale München

WERNER AXT

Mitglied des Vorstandes der Süddeutsche Kalkstickstoffwerke AG, Trostberg (Obb.)

RICHARD CARSTANJEN

Mitglied des Vorstandes der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Nürnberg

GEORG DEY

Mitglied des Vorstandes der Augsburger Kammgarn-Spinnerei, Augsburg

HERMANN ENZENSBERGER

Mitglied des Vorstandes der Bayerischen Elektrizitätswerke, München

HANNS GREWENIG

Mitglied des Vorstandes der Bayerische Motoren Werke AG, München

DR. HANS VON GWINNER

Vorsitzer des Aufsichtsrats der Nitritfabrik AG, München

REINHART KLOEPFER

Mitinhaber der Firma Klöpfer & Königer, Holzgroßhandlung, München

UDO FÜRST ZU LÖWENSTEIN-WERTHEIM-FREUDENBERG

Kreuzwertheim (Unterfranken)

HEINRICH NICOLAUS

Inhaber der München-Dachauer Papierfabriken Heinrich Nicolaus GmbH, Dachau bei München

DR. FRITZ PELS LEUSDEN

Mitglied des Vorstandes der Schnellpressenfabrik Koenig & Bauer AG, Würzburg

FRITZ PIEPENBURG

Mitglied des Vorstandes der Neuen Augsburger Kattunfabrik, Augsburg

W. L. ROHM

Generaldirektor der National-Registrierkassen Augsburg GmbH, Augsburg

ALBERT RUCKDESCHEL

Geschäftsführer der IREKS GmbH, Kulmbach

DR. ERWIN SALZMANN

Mitglied des Vorstandes der Christian Dierig AG, Augsburg

HEINRICH SCHINDHELM

Vorsitzer des Vorstandes der Porzellanfabrik Kahla, Schönwald (Oberfranken)

DR. WALTER SILBERMANN

Mitinhaber der Firma F. B. Silbermann, Chem. Fabriken, Augsburg

AXEL I. STENBERG

Vorsitzer des Vorstandes der Vereinigte Kugellagerfabriken AG, Schweinfurt

WILHELM TAFEL

*Mitglied des Vorstandes der Kabel- und Metallwerke Neumeyer AG, Nürnberg,
Präsident der Industrie- und Handelskammer Nürnberg*

DIPL.-ING. GEORG THOMA

Vorsitzer des Vorstandes der Leonische Drahtwerke AG, Nürnberg

CHRISTOF FREIHERR VON TUCHER

Mitglied des Vorstandes der Frhrl. v. Tucher'schen Brauerei AG, Nürnberg

DR. EBERHARD WURSTER

Mitglied des Vorstandes der Mechanischen Baumwoll-Spinnerei und Weberei Bayreuth, Bayreuth

CURT M. ZECHBAUER

Inhaber der Firmen:

Maysers Hutfabrik, Ulm,

Mayser, Milz & Cie, Lindenberg,

J. A. Seidl, München,

Max Zechbauer, Tabakwaren-Groß- und Einzelhandel, München

Hessischer Bezirk — Filiale Frankfurt

EDMUND BIENECK

Vorsitzer des Vorstandes der Didier-Werke AG, Wiesbaden

HARALD DYCKERHOFF

Mitglied des Vorstandes der Dyckerhoff Portland-Zementwerke AG, Wiesbaden-Biebrich

DR. RUDOLF FLEISCHER

Vorsitzer des Vorstandes der Chemischen Werke Albert, Wiesbaden-Biebrich

DR. GÜNTHER FRANK-FAHLE

Deutsche Commerz GmbH, Frankfurt (Main)

DR. BERTRAM GRAUBNER

Persönlich haftender Gesellschafter der Job. Jac. Vowinkel KG, Wiesbaden

FRITZ H. HARMS

Vorstand der Torpedo-Werke AG, Frankfurt (Main)

OTTO HENKELL

Mitnhaber der Sektkellerei Henkell & Co, Wiesbaden-Biebrich

DR. W. H. HERAEUS

Geschäftsführender Gesellschafter der W. C. Heraeus GmbH, Hanau (Main)

ULRICH KORPIEN

Mitglied des Vorstandes der Wintershall AG, Kassel

DR. FRITZ MERCK

Stellvertretender Vorsitzter des Vorstandes der E. Merck AG, Darmstadt

ALBERT VON METZLER

Mitnhaber des Bankhauses B. Metzler seel. Sohn & Co, Frankfurt (Main)

DR.-ING. E.H. DR.-ING. H. MEYER-HEINRICH

Mitglied des Vorstandes der Philipp Holzmann AG, Frankfurt (Main)

HANS C. DE MIERRE

Mitglied des Vorstandes der Adam Opel AG, Rüsselsheim

DR. OTTO NAUEN

Generalbevollmächtigter der Firma Thoror & Hollender, Frankfurt (Main)

DR.-ING. HUGO OMBECK

Mitglied des Vorstandes der Gesellschaft für Linde's Eismaschinen AG, Wiesbaden

DR. HORST PAVEL

Mitglied des Vorstandes der Accumulatorenfabrik AG, Frankfurt (Main)

DR. KURT WEIGELT

Vorsitzer des Aufsichtsrats der Aktiengesellschaft für Luftverkehrsbedarf, Bad Homburg v.d.H.

PROF. DR. WERNER ZERWECK

Vorsitzer des Vorstandes der Cassella Farbwerke Mainkur AG, Frankfurt (Main)

Oberbadischer Bezirk — Filiale Freiburg

FRANZ ABELMANN

Mitglied des Vorstandes der Ciba Aktiengesellschaft, chemische Fabrik, Wehr

DR.-ING. WILHELM BAUER

Vorstand der Spinnerei & Weberei Offenburg, Offenburg

KOMMERZIENRAT DR.-ING. E.H. HEINRICH BRENZINGER

*Teilhaber der Firma Brenzinger & Cie, Zementwarenfabriken, Beton- und Stahlbetonbau,
Freiburg (Breisgau)*

J. GEORG FAHR

Generaldirektor der Maschinenfabrik Fahr AG, Gottmadingen (Baden)

GEORG FÄRBER

Vorstand der Spinnerei und Webereien Zell-Schönau AG, Zell im Wiesental

PRINZ MAX EGON ZU FÜRSTENBERG

Donaueschingen

PROF. DR.-ING. E.H. OTTO HENNINGER

*Mitglied des Vorstandes der Schluchsewerk AG und der Rheinkraftwerk Albbruck-Dogern AG,
Freiburg (Breisgau)*

DR.-ING. HERBERT KIENZLE

Geschäftsführender Gesellschafter der Kienzle Apparate GmbH, Villingen (Schwarzwald)

WERNER KOEHLER

Vorstand der Papierfabrik Aug. Koehler AG, Oberkirch (Baden)

DR. ADOLF LEUZE

Mitglied des Vorstandes der Gabriel Herosé AG, Konstanz

KOMMERZIENRAT HANS MEZ

Vorsitzer des Aufsichtsrats der Mez AG, Freiburg (Breisgau)

KOMMERZIENRAT RICHARD NESTLER

Vorsitzer des Aufsichtsrats der Albert Nestler AG, Maßstabfabrik, Lahr (Schwarzwald)

KOMMERZIENRAT DR. HANS C. PAULSEN

*Persönlich haftender Gesellschafter der Aluminium-Industrie-Gemeinschaft Konstanz, Konstanz,
Generaldirektor der Aluminium-Walzwerke Singen GmbH, Singen,
Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände e.V., Köln*

KOMMERZIENRAT GEORG RUMMLER

*Vorstand der Spinnerei und Weberei Steinen AG, Steinen,
Präsident des Verbandes der Badischen Textilindustrie e. V., Lörrach (Baden)*

KOMMERZIENRAT MANFRED STROMEYER

Teilhaber der Firma L. Stromeyer & Co, Konstanz

DR. HELMUT WINKLER

Teilhaber der Spinnerei Lauffenmühle Gustav Winkler KG, Tiengen (Oberrhein)

PETER J. ZILS

Mitglied des Vorstandes der Hanf-Union AG, Schopfheim (Baden)

Rhein-Mosel-Bezirk — Filiale Mainz

HERMANN ASBACH

Geschäftsführender Gesellschafter der Firma Asbach & Co, Weinbrennerei, Rüdesheim (Rhein)

DR. CARL BREUER

Mitglied des Vorstandes der Werner & Mertz AG, Mainz (Rhein)

WALTER ENGELBERT

Mitglied des Vorstandes der Stahl- und Walzwerke Rasselstein/Andernach AG, Neuwied

JULIUS LIEBRECHT

Gesellschafter der Firma C. H. Boehringer Sohn, Chemische Fabrik, Ingelheim (Rhein)

DR. FRITZ LUDWIG

Komplementär der Thonwerke Ludwig KG, Koblenz (Rhein)

RUDOLF RHODIUS

Gesellschafter der Firma Gebrüder Rhodius, Burghohl Bez. Koblenz (Rhein)

GUSTAV ADOLF SCHMITT

Inhaber der Firma Gustav Adolf Schmitt'sches Weingut, Weingroßkellereien, Nierstein (Rhein)

DR. ERICH SCHOTT

Geschäftsleiter des JENAer GLASWERK SCHOTT & GEN., Mainz (Rhein)

PETER ZETTELMEYER

*Gesellschafter der Firma Hubert Zettelmeyer KG, Maschinenfabrik,
Eisengießerei und Straßenbau, Konz bei Trier*

Württembergischer Bezirk — Filiale Stuttgart

DR.-ING. ARTHUR BURKHARDT

Vorsitzer des Vorstandes der Württembergischen Metallwarenfabrik, Geislingen (Steige)

KARL EYCHMÜLLER

Vorsitzer des Vorstandes der Wieland-Werke AG, Ulm (Donau)

DR.-ING. OTTO FAHR

*Persönlich haftender Gesellschafter der Firma Werner & Pfleiderer,
Maschinenfabrik, Stuttgart-Feuerbach*

DR. H.C. PAUL HENRICHS

Geschäftsführer der Firma Carl Zeiss, Oberkochen (Württemberg)

DR. RER. POL. KARL HOHNER

Mitglied des Vorstandes der Matth. Hohner AG, Trossingen (Württemberg)

ROBERT LEICHT

Mitglied des Vorstandes der Brauerei Robert Leicht AG, Stuttgart-Vaihingen

ROBERT LEUZE

Gesellschafter der C. A. Leuze, Spinnerei und Weberei, Owen (Teck)

VIKTOR LUSCHKA

Mitglied des Vorstandes der Gebr. Junghans AG Uhrenfabriken, Schramberg (Schwarzwald)

HERMANN MAHLE

Mitinhaber der Mahle KG, Stuttgart-Bad Cannstatt

DR. JUR. HEINZ MATHÉE

Mitglied des Vorstandes der Vereinigte Trikotfabriken Vollmoeller AG, Stuttgart-Vaihingen

ROBERT PIRKER

Mitglied des Vorstandes der Zahnradfabrik Friedrichshafen AG, Friedrichshafen

KARL-ERHARD SCHEUFELN

Persönlich haftender Gesellschafter der Papierfabrik Scheufelen KG, Oberlenningen (Teck)

JAKOB SIGLE

Mitglied des Vorstandes der Salamander Aktiengesellschaft, Kornwestheim bei Stuttgart

ALFRED SILBER-BONZ

*Mitglied des Vorstandes der J. J. Schlayer AG, Reutlingen,
und der Schuhfabrik Pfullingen AG, Pfullingen*

RICHARD SPOHN

Geschäftsführer der Gebr. Spohn GmbH, Jutespinnerei und Weberei, Neckarsulm

DR. JUR. ROBERT STRELL

Mitglied des Vorstandes der Maschinenfabrik Esslingen, Esslingen (Neckar)

HERZOG PHILIPP VON WÜRTTEMBERG

Schloß Altshausen bei Saulgau (Württemberg)

VERZEICHNIS der Geschäftsstellen

Zentrale: MÜNCHEN, Lenbachplatz 2 • FRANKFURT (Main), Roßmarkt 18

AALEN (Württemberg) Schubartstraße 11-13	FREIBURG (Breisgau) Kaiser-Joseph-Straße 262	LÖRRACH Basler Straße 165	RAVENSBURG Marienplatz 37
ALZEY Antoniterstraße 17	FRIEDRICHSHAFEN (Bodensee) Karlstraße 5	LUDWIGSBURG Solitudestraße 1	REGENSBURG Dachauplatz 1
ANDERNACH Bahnhofstraße 28	FURTH (Bayern) Schwabacher Straße 32	LUDWIGSHAFEN (Rhein) Ludwigstraße 44	REUTLINGEN Krämerstraße 20
AUGSBURG Fuggerstraße 1	FULDA Universitätsplatz 5	Depositenkasse: Hemshofstraße 32	RUSSELSHEIM (Hessen) Darmstädter Straße 3
BAD DÜRKHEIM Kurgartenstraße 20	GERNSBACH (Murgtal) Hofstätte 1	MAIKAMMER Schulstraße 8	SÄCKINGEN Basler Straße 2
BADEN-BADEN Sophienstraße 2	GÖPPINGEN Am Marktplatz	MAINZ Ludwigsstraße 8-10	SCHWÄBISCH GMÜND Hofstatt 2
BAD HERSFELD Dudenstraße 11	HANAU Nürnbergers Straße 41	MANNHEIM P 7, 11-15	SCHWENNINGEN (Neckar) Harzer Straße 1
BAD WILDUNGEN Brunnenallee 3	HEIDELBERG Friedrich-Ebert-Anlage 1	Depositenkassen: B 4, 10a	SINGEN (Hobentwiel) August-Ruf-Straße 5
BAMBERG Hauptwachstraße 11	HEIDENHEIM (Brenz) Schnaitheimer Straße 13	Max-Joseph-Straße 1	SPEYER Karmeliterstraße 1
BENSHEIM Rodensteinstraße 9	HEILBRONN (Neckar) Allee 18	Meerfeldstraße 45	STUTTGART Gymnasiumstraße 3
BERNKASTEL-KUES Schanzstraße 23a	IDAR-OBERSTEIN Hauptstraße 71	Neckarau, Am Markt 2	STUTTGART-BAD CANNSTATT König-Karl-Straße 51
BINGEN (Rhein) Mainzer Straße 12	Zahlstelle: Otto-Decker-Straße 10	Q 1, 5-6	STUTTGART-FEUERBACH Bludenzer Straße 1
BRUCHSAL Kaiserstraße 22	KAISERSLAUTERN Stiftsplatz 13	Seckenheimer Straße 72	STUTTGART-VAIHINGEN Hauptstraße 11
COBURG Mohrenstraße 34	KARLSRUHE (Baden) Kaiserstraße 90, Ecke Ritterstr.	Zahlstelle: Mannheim-Seckenheim, Seckenheimer Hauptstraße 110	TRABEN-TRARBACH Poststraße 12
DARMSTADT Luisenplatz 7	Depositenkasse: Karlsruhe-Mühlburg, Rheinstraße 44	MOSBACH (Baden) Hauptstraße 4	TRIBERG** Hauptstraße 63
DEIDESHEIM Weinstraße 28	KASSEL Kölnische Straße 13	MÜNCHEN Lenbachplatz 2	TRIER Simeonstrasse 46
EBINGEN (Württemberg) Gartenstraße 16	Depositenkassen: Kassel-Bettenhausen, Leipziger Straße 105	Depositenkassen: Frauenstraße 6	TÜBINGEN Lustnauer Tor 1
ESSLINGEN (Neckar) Ritterstraße 11	Kassel-Wilhelmshöhe, Wilhelmshöher Allee 259	Gotzinger Straße 56	ULM (Donau) Münsterplatz 33
ETTLINGEN (Baden) Pforzheimer Straße 15	KEHL (Baden) Hauptstraße 1	Leopoldstraße 71	VILLINGEN (Schwarzwald) Kaiserring 10
FRANKENTHAL (Pfalz) Bahnhofstraße 8	KOBLENZ Friedrich-Ebert-Ring 2	Maximilianstraße 36	WEINHEIM (Bergstraße) Bahnhofstraße 8
FRANKFURT (Main) Roßmarkt 18	KONSTANZ Bahnhofplatz 8	Neubauer Straße 6	WIESBADEN Wilhelmstraße 38
Depositenkassen: Bockenheimer Landstraße 140b	LAHR (Schwarzwald) Schillerstraße 2	Schwanthalerstraße 65	WORMS Wilhelm-Leuschner-Straße 17
Friedrich-Ebert-Straße 69	LANDAU (Pfalz) Xylanderstraße 1	NEUSTADT (Weinstraße) Friedrichstraße 32	WÜRZBURG Kaiserplatz 1
Hanauer Landstraße 66-68	LANDSTUHL Kaiserstraße 36	Friedrichstraße 32	ZELL (Mosel) Schloßstraße 41
Mainzer Landstraße 87-89		NEUSTADT (Weinstraße) Friedrichstraße 32	ZWEIBRÜCKEN Poststraße 23
Zeil 96, Ecke Stiftstraße		NEUWIED Hermannstraße 26	
Zahlstelle: Flughafen Rhein-Main*		NÜRNBERG Adlerstraße 23	
		OFFENBACH (Main) Frankfurter Str. Ecke Kaiserstr.	
		OFFENBURG (Baden) Hauptstraße 9	
		PFORZHEIM Westl. Karl-Friedrich-Str. 76	
		PIRMASENS Schloßstraße 42	

* Eröffnet im Februar 1954

** Wird im April 1954 eröffnet

